Heft 6 Juni 1995 8,– DM

C 12611 F

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Bankrotteur de Luxe: 10 Jahre Gorbatschow
- Kollaborateur de Luxe: 14 Jahre Mitterrand
- Deserteur de Luxe: A. Dreggers Fahnenflucht
- US-Milizen: »Kauft euren Kindern ein Gewehr!«
- Der dritte Weltkrieg

4 197202 708006 06

in konkret Juni 1995

von konkret

an konkret

Grün ist no future von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Kauft dem Kind ein Gewehr! von John Goetz
Über die Spezifik faschistischer Tendenzen in der US-amerikanischen Milizbewegung

Der dritte Weltkrieg von Jürgen Elsässer
Die Wiederkehr des Wilhelminismus: Die Mittelmächte Kerneuropas greifen im Bündnis mit den Osmanen nach den Ölfeldern von Baku, Zar Boris sucht im Westen nach der Triple Entente. In Sarajewo fallen Schüsse

Bequeme Niederlage von Oliver Tolmein
Was ist »ernsthafter Antirassismus«, und warum müssen Deutsche leiden, bevor sie gute Antideutschnationale werden können?

Am Kälberstrick von Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow
Arbeit im Großraum: Deutsche Politiker bereiten die Gründung eines »Europäischen Zentrums« für grenzüberschreitende Minderheitenarbeit (EZM) vor. Die beim Bonner Innenministerium angesiedelte Staatsholding plant Interventionen z.B. »in den Minderheitengebieten Osteuropas«, »in Südtirol/Italien, Ostbelgien, Österreich«

A. Dreggers Fahnenflucht von Otto Köhler
Zwar hat der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schließlich doch noch gekniffen, ansonsten aber haben zum 50. Jahrestag der deutschen Kapitulation alle getan, was man von ihnen erwarten durfte

Jeder ist uns der nächste 37 von ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

»... nicht vereinbar« von Klaus Engert
Wofür die Bundesärztekammer Geld hat und wofür nicht

Eindeutscher Experte von Joachim Rohloff
Wie sich dem verstorbenen Professor für Bankbetriebslehre und Herausgeber der »Wirtschaftswoche«, Wolfram Engels, die Welt des Kapitalismus darstellte und was er zu ihrer Vervollkommnung vorschlug. Nachruf auf eine gutbürgerliche Wissenschaft

Ein Kollaborateur von Stefan Ripplinger
Am Ende seiner politischen Laufbahn hat Franois Mitterrand zu jener Haltung zurückgefunden, mit der er sie einst begann

Thermidor von Georg Fülberth
Zehn Jahre Gorbatschow oder Prostitution ist ein Beruf wie jeder andere

Kunst & Gewerbe

Am Scheitel der Parabel von Helmut Ridder
Warum Sebastian Haffners Buch »Der Verrat« so wichtig ist

Bioskopie von Kay Sokolowsky

Guterzogene Grimassen und genervtes Desinteresse: über den Showtalker Alfred Biolek

Zeit der Fehler von Claudia Basrawi
Welche Bedeutung das »gedruckte Wort« für das Leben eines Menschen haben kann, zeigt das autobiographische Werk des marokkanischen Schriftstellers Mohamed Choukri

»Überleben ist auch ein geistiger Akt« von Zvi Hecker, Layla Dawson
Ein Gespräch mit dem Architekten Zvi Hecker über künstlerische Phantasie in der Architektur, über die von ihm entworfene Jüdische Schule in Berlin und über die Gegenwart der deutschen Vergangenheit

Willkommen im eigenen Saft! von Rayk Wieland
Was darf die literarische Polemik? Der Fall Wiglaf Droste

Ein neuer B. Traven? von Frieder Lehmann
"Fritjof Haft« - Annäherung an ein geheimnisvolles Talent

Nichts ist uns zu klein von Barbara Kirchner, Dietmar Dath
Über Nanotechnologie – eine Technik, die es nicht gibt und die dadurch schon heute das Leben verbessert

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/95, S. 4

von konkret

»Wir Männer aus Berlin und Neukölln / wissen manchmal nicht, was wir wölln«, singt Helmut Kohls Lieblingsdichter »Mein Tucho«, aber einer weiß es jetzt (Ordographfie im Orikinal):

Sehr geehrter Herr Berater, Herausgeber, Nichtverleger,

mit ziemlichen Entsetzen habe ich gelesen, wie Sie – wg. einer Nichtigkeit – mit anderen linken Publikationen umgehen. Jemanden wegen einer schlampig recherchierten, sonst keinerlei Schaden anrichtenden Meldung vor Gericht zu ziehen und zu ruinieren erinnert an Methoden, wie sie beim Staatsschutz in den 70er Jahren beliebt waren. Dafür habe ich keinerlei Verständnis.

Ich werde KONKRET, daß ich bisher mehr oder weniger regelmäßig am Kiosk kaufte, in Zukunft rechts liegen lassen. Weiterhin werde ich meine sämtlichen Bekannten über Ihre Methoden informieren.

Uwe Schmegler

Berlin-Neukölln

Zur Erinnerung: Das Zirkular »AK«, das früher für »Arbeiterkampf« stand und seit der Zeit, da dieser wie Mao aus der Mode geriet, für »Analyse und Kritik« steht, hatte mit einer Reihe falscher Behauptungen den Eindruck zu erwecken versucht, Hermann L. Gremliza gebe seine Arbeit für KONKRET auf. Gremliza hatte daraufhin vom »AK« verlangt, die falschen Behauptungen zu widerrufen. Hätte der »AK« das getan, wäre die Geschichte damit (für alle Beteiligten nahezu kostenlos) beendet gewesen. Aber die Falschmelder mußten auch noch pampig werden: Zwar sei, sagten sie, so ziemlich alles, was sie behauptet hatten, »juristisch nicht haltbar« (oder einfach: falsch), aber »tendenziell« stimme alles irgendwie doch. Wenn Gremliza also die Falschmeldungen widerrufen sehen wollte, blieben ihm nur die »Methoden, wie sie beim Staatsschutz in den 70er Jahren beliebt waren«: Er mußte, wie der Staatsschutz das so macht, gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Nachdem die Falschmelder im ersten Durchgang glimpflich davongekommen waren, machten sie sogleich schrecklich dicke Backen und sagten dem Kläger Gremliza eine böse Niederlage voraus. Doch wie das so geht mit den Prognosen des »AK«: Gewiß ist nur, daß es immer ganz anders kommt. Im zweiten Durchgang entschied das Landgericht jetzt, daß der »AK« den von Gremliza verlangten Widerruf abzudrucken sowie 5.500 Mark Strafe (für die Verletzung einer Unterlassungsverpflichtung) und nahezu alle Gerichts- und Anwaltskosten zu zahlen habe. Da war der Jammer groß: »Hilfe! Schon wieder Gremliza!« riefen »Anneliese und Klaus« (»AK«). Um das Geld beizutreiben, hat der verantwortliche Redakteur Heini Eckhoff noch einmal seine Erfahrungen aus der Solibewegung ausgegraben und auf seinen Namen ein Konto eingerichtet, auf das der Leser und die Leserin Spenden zugunsten der Rettung der »Existenz« einer schlechtgehenden Falschmelderei einzahlen kann. Einen Dummen aus Neukölln scheint Heini schon gefunden zu haben.

Ein anderer Falschmelder meldet (sich) aus Stuttgart:

Nein, diese Welt hat ihn nicht verdient, den Hermann Gremliza, der sein KONKRET in Hamburg zurückließ, um in Berlin das ehemalige Zentralorgan der FDJ zu retten. Gremliza, unverrückbar fest im Glauben an den DDR-Sozialismus, hat die »Junge Welt« vollends auf 17.000 Käufer reduziert und 2,4 Millionen Schulden eingefahren, und jetzt isser beleidigt. »Keiner«, so giftet er ausgerechnet seine letzten Leser an, »keiner kann gezwungen werden, eine Zeitung für Leute zu machen, die es nicht gibt oder die keine wollen«. Ja, wenn die Partei die Zeitung verordnet oder zuteilt, dann herrscht Ordnung! Wir wenden uns nun wieder jener Freiheit zu, die es den Menschen erlaubt, sogar mit den Ostertagen anzufangen, was er mag,

was den Menschen in der Zone bekanntlich streng verboten war. Der Name des Verfassers wird der KONKRET-Leserschaft nichts sagen: Günther Kress heißt der Mann, er vertreibt einen Info-Dienst mit allerlei Branchenklatsch und hat sich vor jener Wende, da »unverrückbar fest« noch nicht das stärkste aller deutschen Schimpfworte war und die Bezeichnung Arschkriecher nicht öffentlich als Gütesiegel gehandelt wurde, dem KONKRET-Herausgeber stets mit Respekt und geradezu vorbildlicher Höflichkeit genähert. Er ist nicht so dumm, wie er sich stellt, und weiß natürlich, daß die 2,4 Millionen Schulden aus der Zeit vor Gremlizas Engagement stammen und dieses Engagement das Leben der »jungen Welt« nicht verkürzt, sondern verlängert hat. Er hat sogar genug Abitur um zu ahnen, daß Sozialismus keine Glaubensfrage ist. Er hat diese Schmonzette verfaßt und an die Spitze seines Blättchens gestellt, um den Leuten, die ihren Angestellten den Bezug seines Info-Dienstes zuteilen oder verordnen, die in regelmäßigen Abständen erwartete Mitteilung

zu machen, daß er jederzeit die Gewähr bietet, ihnen zu jedem Info-Dienst gefällig zu sein. Brav, Bello! Bei Fuß!

Um Jürgen Elsässers neues Buch *Wenn das der Führer hätte erleben dürfen – 29 Glückwünsche zum deutschen Sieg über die Alliierten* (»konkret texte« 7) auch dem linksbürgerlichen Publikum anzuzeigen, hatte der Verlag eine Annonce in der »Frankfurter Rundschau« gebucht. Statt eines Belegexemplars und einer Rechnung kam ein Brief:

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir Ihre Anzeige »Wenn das der Führer erlebt hätte« nicht in der Frankfurter Rundschau veröffentlichen können.

Natürlich ist auch uns bewußt, daß es sich bei den »Glückwünschen zum deutschen Sieg über die Alliierten« um eine satirische Aufbereitung handelt. Trotzdem möchten wir im Umfeld des Jahrestages 8. Mai auf die Veröffentlichung verzichten. Hierfür bitten wir um Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Frankfurter Rundschau

Anzeigenleitung Peter Schwalm

Jürgen Elsässer hat mit *Wenn das der Führer hätte erleben dürfen* ein sogenanntes »Sachbuch« geschrieben. Die Anzeigenleitung der »Frankfurter Rundschau« hat daraus die allerschönste Satire auf das Umfeld des Jahrestages 8. Mai gemacht.

Konkret 06/95, S. 6

an konkret

Katastrophismus

KONKRET 3-5/95: »Die Offenbarung der Propheten« von Thomas Ebermann und Rainer Trampert

Die Haltung des Beitrags ist die einer Identifikation mit dem Angreifer (hier: das Kapital). Diese Haltung bestimmt das heutige Verhältnis der Menschen zum Produktionsapparat, wie es von den Autoren selbst beschrieben wird: Da entwickeln Arbeiter persönliche Initiative und Phantasie, um einen Betrieb effektiver zu machen, der objektiv ihr Lebensglück verhindert und ihre Persönlichkeit zerstört. Bei Ebermann/Trampert geht die Identifikation mit dem Angreifer sicher nicht so weit. Sie bedeutet aber zunächst, daß sie eigentlich schon kapituliert haben vor dem globalen Verhängnis, daß sie diese Kapitulation aber nicht eingestehen, sondern mit einer ganz unangemessenen Attitüde von Souveränität zu verleugnen trachten. Die Souveränität, mit der der Artikel daherkommt, erwächst ihnen nämlich nicht etwa aus der Kraft ihrer Analyse, sie ist nicht das Zeichen von subjektiver Widerstandskraft gegen das objektive Verhängnis, sondern ist diesem entlehnt, es ist eben die Souveränität, mit der das Kapital seine Verfügungsgewalt behauptet. Die Identifikation erfolgt nicht aus taktischen Gründen, um mal zu sehen, wohin die Reise geht, sondern die Position des Aggressors ist deutlich libidinös besetzt, was an der Phantasie erkennbar ist, mit der ausgemalt wird, was das Kapital heute anrichtet. Daß es neben der Entwicklung des kapitalistischen Marktgesetzes zum alle Bereiche des Lebens beherrschenden Prinzip auch noch Kräfte geben könnte, die dem widerstreben, mit einer Perspektive, die nicht unter dem Bann dieses Marktgesetzes steht, ist nirgendwo in dem Artikel erkennbar. Man fragt sich dann, auf welcher Seite die Autoren eigentlich stehen.

Wessen Partei sie ergreifen sollten, ist klar, nämlich die des isolierten Bewußtseins des ohnmächtigen einzelnen; Beistand verdient das einsame möglicherweise von den Verhältnissen erniedrigte Subjekt, das sich seiner Lage einigermaßen bewußt, sich selbst nicht völlig entfremdet ist und in der Welt nach wirklichem Leben und realen Glücksmöglichkeiten sucht, anstatt sich mit den vielfältigen Formen des Ersatzes abzufinden, die du System anbietet. Ich meine den KONKRET-Leser. Die Botschaft des Systems an ihn ist klar: Es gibt keine Hoffnung für ihn, er hat keine Chance, und jeder Widerstand ist sinnlos! Das ist das, was wir alle kennen und immer wieder erleben. Das ist aber auch irgendwie die Botschaft von Ebermann/Trampert (und leider auch viel zu vieler anderer Autoren) an den KONKRET-Leser, der das Heft ja kauft und liest, weil er noch irgendwelche Hoffnungen hat. Seine Hoffnungen werden entmutigt und beharrlich zerstört. Immer wieder feststellbar ist eine versteckte Befriedigung, die KONKRET-Autoren offenbar erleben, wenn sie Verhältnisse als besonders schlimm und aussichtslos ausmalen dürfen. Bedenklich daran ist nicht, die Verhältnisse als hoffnungslos darzustellen, sofern sie es denn sind, sondern die Erleichterung, die darüber anscheinend empfunden wird, als hätten die Autoren etwas zu befürchten, wenn es anders wäre. Dies zu spüren ist für den Leser immer wieder enttäuschend, weil er statt mit einer realen Situation stets bloß mit der nach außen gewendeten persönlichen Hoffnungslosigkeit eines Autors konfrontiert wird, die sich nicht auszusprechen wagt. Wenn die mitunter einzige Genugtuung, die KONKRET dem Leser anbieten kann, die ist, welche in der Identifikation mit der Katastrophe liegt, unterscheidet sich die Zeitschrift hierin überhaupt nicht mehr von Verteilern gesellschaftlicher Ideologie.

Was KONKRET statt dessen liefern sollte, wäre das, was Ebermann/Trampert selbst dem Sozialismus zuschreiben, als es ihn noch gab, nämlich eine »die Verhältnisse negierende Vorstellung«.

Ich möchte eine Hoffnung formulieren, die notwendig abstrakt erscheinen muß, weil sie nur so mehr Realität beanspruchen kann, als eine positiv feststellbare Tatsache es tut: Die gegenwärtige, alles durchdringende Herrschaft des kapitalistischen Marktgesetzes ist etwas, was vom Individuum als absolute Hoffnungslosigkeit erlebt wird und dem es sich stets mit seiner noch vorhandenen Lebensenergie widersetzen wird. Von Herbert Marcuse stammt wohl der Gedanke, daß die menschliche Triebstruktur mit dem kapitalistischen Marktgesetz grundsätzlich unvereinbar ist und darum von ihr immer dauerhafter Widerstand ausgehen wird. Aus diesem Gedanken kann die Hoffnung erwachsen, daß das kapitalistische Prinzip nicht so allmächtig bleibt, wie es heute scheint, und irgendwann einmal von etwas anderem überwältigt werden wird. Der Kapitalismus hat es zwar verstanden, den Widerstand, der seinem Gesetz stets und überall zuwächst, zu desorganisieren und seine Artikulation zu verhindern; zum Verschwinden bringen kann er ihn sicher nicht. Das kapitalistische Marktgesetz ist die Pest, die erst alles, einschließlich unserer selbst, bis in die privateste Regung hinein infiziert haben muß, bevor wir dagegen immun werden können.

Wolfdieter Ortlieb

Hamburg

Geschichtsklitterung

KONKRET 5/95: »Allein gegen Hitler«von Paul Kohl

Unbestritten ist, daß die Sowjetunion und deren Rote Armee ab dem 22. Juni 1941 die Hauptlast des Krieges getragen haben. Nicht streiten läßt sich darüber, daß die konkrete militärische Niederlage, die zur bedingungslosen Kapitulation am 8./9. Mai geführt hat, verursacht worden ist durch das Zusammenwirken der Truppen und Verbände der Anti-Hitler-Koalition. Und deshalb haben Anteil an der vollständigen Niederlage Deutschlands auch die Soldaten der US-amerikanischen Truppen, der englischen Truppen, überhaupt all die Soldaten, die auf irgendeiner Seite gegen die deutsche Wehrmacht gekämpft haben. Das ist die geschichtliche Wahrheit. Sicherlich hat die Rote Armee der deutschen Wehrmacht im Winter 1941 eine ganz entscheidende Niederlage beigebracht, als es ihr gelang, vor Moskau den Vormarsch der Wehrmacht aufzuhalten und deren Truppen zurückzuwerfen. Das ändert aber alles nichts daran, daß die vollständige Niederlage als ein konkretes historisches Ereignis den Deutschen und ihrer Wehrmacht von allen Verbündeten der Anti-Hitler-Koalition beigebracht worden ist. Zu den Zeiten, in denen es noch eine Sowjetunion gab, ist diese schlichte geschichtliche Wahrheit auch von sowjetischer Seite nicht bestritten worden.

Höchst ungern lese ich Sätze wie folgenden: »Die Entscheidung Roosevelts trug zwangsläufig dazu bei, daß der Krieg länger dauerte und zusätzlich Millionen von Menschen das Leben kostete.« Dieser Satz schreibt der Roosevelt-Administration die Verantwortung für den Tod von Menschen zu, die allein bei den Deutschen zu suchen ist. Auch ein deutscher Nachgeborener sollte heute nicht solche Sätze schreiben, die zudem der Sache nach eine spekulative und insoweit bodenlose Behauptung aufstellen. Wieviele Menschen auf Seiten der überfallenen Völker auch immer ihr Leben verloren haben, verantwortlich dafür waren und bleiben die Deutschen. Für ebenso bodenlos halte ich die Behauptung, die damaligen Administrationen in den USA und Großbritannien hätten »die endgültige Niederlage der Deutschen« hinauszögern wollen. Für die Richtigkeit dieser Behauptung gibt es m.E. keinen Beleg.

Der Beitrag Kohls ist das Ergebnis einer Geschichtsklitterung, die vielleicht einem anti-amerikanischen Affekt geschuldet ist. Von heute aus gesehen läßt sich trefflich streiten, was mehr als fünfzig Jahre zuvor hätte anders oder gar besser gemacht werden können. Solche Erwägungen sind aber immer Spekulation, weil auch gedanklich die damaligen Verhältnisse nicht mehr reproduziert werden können. Wer spekulieren will, mag dies tun, deutsche Historiker sollten sich an diesen Spekulationen nicht in der Weise beteiligen, wie Kohl es getan hat. Es bleibt ein geschichtliches Verdienst da Roosevelt-Administration und vieler US-amerikanischer Bürger, die sehr viele Emigranten aufgenommen und ihnen Sicherheit gegeben haben. Es bleibt weiterhin ein Verdienst, sich unter großen Opfern Hitler-Deutschland entgegengestellt zu haben, auch wenn die Sowjetunion die größere Last getragen hat und die Menschen dort weitaus höhere Opfer haben bringen müssen. Das liegt aber in der Verantwortung der Deutschen. Es bleibt ein Verdienst der Administration Großbritanniens und des britischen Volkes, zu keiner Zeit, auch nicht, als die deutsche Wehrmacht nahezu ganz Europa besetzt hatte, »klein beigegeben zu haben«.

Sigurd Asper

Köln

Eine Frage

KONKRET S/95: »Die Fähigkeit zu mauern« von Eike Geisel

Mir ist soweit alles klar: Nur echte Juden dürfen jüdische Künstlernamen tragen, und niemand darf sich wegen der Naziverbrechen zu den Juden hingezogen fühlen. Nur eines ist mir nicht klar: Kommt Neigungsjude gleich nach Ostjude und noch vor Halbjude, oder erst danach?

Frieder Lehmann

Berlin

Konkret 06/95, S. 9

Hermann L. Gremliza

Grün ist no future

Oklahoma, where the wind comes
sweepin' down the plain
And the wavin' wheat
Can sure smell sweet
when the wind comes right behind the rain...
We know we belong to the land
And the land we belong to is grand!
And when we say
Yeeow Ayipioeeay!
We're only sayin'
Your doin' fine
Oklahoma! Oklahoma O.K.
Oscar Hammerstein II.

Auch die Zukunft wiederholt sich. Was beim ersten Mal Tragödie war, kommt zum zweiten als Farce: die Revolution als Mord und Totschlag, der Freiheitskrieg als Gemetzel, die Religion, der Hilferuf der gequälten Kreatur, als Scientology und Mullhatschak. Wo Klassenkämpfer standen, lümmeln Banditen und Mafiosi, der Guerillero ist vom Killerkommando, der Gottesgläubige ein rasender Idiot. (Die letztere Wandlung die am wenigsten dramatische.)

Hätte die Zukunft eine andere Zukunft, müßte die Ruine des Federal Building von Oklahoma City als Denkmal für die neue Weltordnung erhalten bleiben. Man wird sie abreißen. Sie ist nicht und darf nicht der exemplarische Ausdruck der perversen Normalität sein, sie ist sensationell und exzeptionell, die Einzeltat eines Einzeltäters, eines »Verführten«, eines Mannes aus einer »krausen Ideenwelt«, der gegen die »Diktatur einer Weltregierung« kämpfen und Rache für den Tod der Davidianer in Waco, Texas, anno 1993, nehmen wollte. Norman Olsen, Bezirkskommandeur der Miliz in Michigan, nennt den Anschlag »ausgleichende Gerechtigkeit« – ein »krankes Hirn« auch er (alle Zitate aus der Wochenzeitung »Die Zeit«).

Die Nachricht aus Oklahoma City fand alle Hörer überzeugt, daß ein Kommando aus einem Staat der Dritten Welt den Anschlag verübt habe. Der Reflex war Resultat nicht nur langjähriger Propaganda betr. »internationaler Terrorismus«, sondern des unbestimmten und doch nicht unberechtigten Gefühls, daß der Einrichtung der One World viele Anschläge auf World Trade Center folgen werden.

Die »neue Weltunordnung«, als die selbst die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« die herrschenden Zustände mittlerweile ironisiert, hat den drei Vierteln der im Elend lebenden Bevölkerung der Erde nicht nur jede Chance genommen, die sie vielleicht nie hatten, sondern auch jede Hoffnung, ja, jede Illusion. Sie haben lernen müssen, daß auf Armut, Hunger, Krankheit und frühen Tod nur tiefere Armut, größerer Hunger, schlimmere Krankheit und früherer Tod folgen werden; daß sie keinen Befreiungskrieg führen können, weil ihre Feinde in die Metropolen und ihre Freunde aus der Geschichte verschwunden sind; daß ihre Leiden ihnen nie vergolten werden; daß dem Bewohner des Südens, der immer Treu und Redlichkeit übt, kein anderer Dank wird als das kühle Grab.

Warum also nicht ein paar der Peiniger mitnehmen? Ein paar Landsleute jenes Senators Jesse Helms, der, weil er einen Neger nicht vom andern und wieviel weniger von einem Ägypter unterscheiden kann, den allzeit gefälligen Generalsekretär der Uno, der ihm die Cowboystiefel nicht blank genug geleckt zu haben scheint, als den Herrn »Boutros Ghali-Ghali« verhöhnt. Und warum Frauen und Kinder von Leuten schonen, die die der andern nie geschont haben. Vieles sprach dafür, daß sich ein Kommando aus Somalia oder Angola aufgemacht hatte, ein wenig »ausgleichende Gerechtigkeit« in die Welt zu bringen. Aber, wie die »Zeit« berichtete,

es kam noch schlimmer. Schon am Tage nach der Explosion mußte Amerika einer ans Unfaßbare grenzenden Entdeckung ins Auge sehen. Vor der offenen Kamera im Kanal 4 von Oklahoma City raufte sich einer der sonst so gefaßten Moderatoren die Haare, schrie es hinaus: »Ich kann's nicht glauben: Amerikaner töten Amerikaner.«

Wo doch die Welt so eingerichtet war, daß Amerikaner nicht Amerikaner töten, sondern Neger oder Chilenen. Oder 1,7 Millionen Vietnamesen. Das ist gerade zwanzig Jahre her. Weite Regionen des Landes sind durch Napalm unbrauchbar gemacht, fünfzig Prozent des Waldes vernichtet. Robert McNamara, der US-Kriegsminister jener Zeit, gibt heute das Verbrechen zu. Jede Nacht schwitze er in Erinnerung daran Blut und Wasser. Ein seltsames Geständnis zu einer Zeit, da unsere Achtundsechziger Blut und Wasser allenfalls in Angst davor schwitzen, an ihre »Ho-ho-ho Tshi-minh«-Rufe erinnert zu werden, und alle glücklich sind, daß die Mädchen von Ho Tshi-minh-Stadt wieder die Freiheit haben, auf den Strich zu gehen statt in die Schule. Es wäre selbst einem Moderator im offenen Kanal 4 von Oklahoma City keine ans Unfaßbare grenzende Entdeckung gewesen, hätte ein gebranntes Kind aus dem Mekong-Delta das Federal Building in die Luft gesprengt. Doch er mußte es glauben: Es waren Amerikaner. Und die Gründe ihres Verbrechens liegen denen, die der Moderator verstanden hätte, so fern nicht. Auch die Erste Welt, die Siegerin aller bisherigen Geschichte, ist ihre Verliererin. Mit der globalen Konkurrenz kam ihr zugleich die Nötigung abhanden, die eigene Gesellschaft sozial einigermaßen erträglich zu gestalten, und so ging mit der realsozialistischen Epoche auch die sozialdemokratische dahin. Wo die Arbeiterklasse nicht zu fürchten ist, hat auch »die Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse« (Lenin) ihren Sinn verloren. Das gilt für Parteien wie Gewerkschaften, überall: in Frankreich, in England, in Spanien und in den USA, wo die »sozialen« Demokraten ihre jahrzehntelange Mehrheit im Kongreß abgeben mußten.

Täglich nun erzählt zu kriegen, daß man Sieger der Weltgeschichte sei, und täglich zu erleben, daß der Sieger ein armer Arsch ist, dem die Regierung wieder eine Hilfe streicht und wieder eine Vorschrift macht, kann einen kleinen Mann aus dem großen weißen Herrenvolk schon sehr verletzen. So sehr, daß er zu den Milizionären von Michigan geht, die – laß dich überraschen! – »gegen die neue Weltordnung« kämpfen.

Rudolf Scharping wird das alles nach zehn weiteren seiner berühmten Wahlerfolge sowenig verstehen wie seine öffentlich-rechtlichen Kanalarbeiter. (Auch Gregor Gysi ist leider kein bißchen klüger, als die Polizei erlaubt.) Dafür hat Deutschland, das Dorado der Ersten Welt, das Gelegenheit hatte, in der Geschichte und durch die Geschichte, im Faschismus und durch die Reedukation lernend sich zu modernisieren und als Phoenix Rheinrohr aus der Asche des braunen Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler an den blauen Himmel über der Ruhr aufzusteigen, die grüne Partei, die rechtzeitig gecheckt hat, was deutsche Frauen und Männer wünschen: daß ihnen, den glücklichen und doch ein wenig beschämten weißen Siegern der Geschichte, das Gefühl gegeben wird, sie seien durch und durch gut (ohne dafür eine Mark dazubezahlen zu müssen, versteht sich).

Und solidarisch, anspruchsvoll, wach und kritisch obendrein, ohne als Angehörigeder »neuen Mittelschichten«, welchen die meisten Wähler der Partei angehören, je in den Verdacht mangelnder Flexibilität zu geraten. Wer in zehn Jahren von Mao, Stalin und Trotzki zu Weizsäcker, Burda und Schäuble sich weiterentwickelt hat, den wird kein Wechselkurs mehr überfordern – schon gar nicht die Revision irgendeines Grundsatzprogramms, in dessen nächster Version die »Profitinteressen des Großkapitals«, die man vormals nicht mochte, durch die »marktwirtschaftliche Fortentwicklung«, die der »grüne Unternehmer und der Öko-Linke« (Krista Sager) gemeinsam wollen, ebenso ersetzt wird wie ein gewisser »Pazifismus« durch »weitergehende« militärische Pflichten, die »Deutsche in Uno und OSZE übernehmen müssen«.

All das gibt ein »scheenet Jefiehl«, das Tucholskys älterer, leicht besoffener Herr an den Sozialdemokraten seiner Zeit schätzte: Man tut was für die Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit), und man weiß (das heißt: weil man weiß), mit diese Pachtei kommt se nie. Man ist irgendwie, wie sie und mit ihr, für das Gute, für the smellin' sweet wavin' wheat und the land we belong to, denn it is grand bzw. »gründlich zivilisiert«, welches Wort der Vizepräsidentin Vollmer man nicht oft genug wiederholen kann, wenn es jedem Synagogenbrand vorausgehen oder folgen soll. Und gegen das Böse: Fundamentalismus, Mafia, Plutoniumhandel, Milizen, Aggression, Unterdrückung, Destruktivität, Totalitarismus, Krieg in Tschetschenien, in Ruanda, Somalia, Bosnien-Herzegowina und noch ein paar Gegenden auf -a.

Auf der neuen Weltordnung bildet diese den Zahnärzten der Grüngürtel angemessene Ideologie ein teils zynisches, teils lächerliches Ornament. Wäre die Zukunft der Erde eine grüne, sie hätte keine.

Konkret 06/95, S. 10

Herrschaftszeiten

Propaganda 1

Zum 50. Jahrestag der Kapitulation ihrer Väter richteten die Jungs und Mädels von der »Gesellschaft für bedrohte Völker« an der Berliner Gedächtniskirche zwei Konzentrationslager ein, aber zwei »symbolische«, in denen einige bosnische Muslime symbolisch eingesperrt wurden, um den »Völkermord der serbischen Eroberer« symbolisch darzustellen und zu weiteren »phantasievollen Aktionen« anzuregen. Gedacht war vielleicht an eine symbolische Gaskammer für die Opfer des jüdischen Völkermords an den Palästinensern, an ein symbolisches Lidice zugunsten des sudetendeutschen Volkes oder an einen symbolischen Kessel von Stalingrad zur Mahnung an die drohende Ausrottung der Wolgadeutschen.

Propaganda 2

Michael Rose, der ehemalige Kommandant der Uno-Truppen in Bosnien, erzählt von seinen Erfahrungen mit den Informanten der »Gesellschaft für bedrohte Völker« und anderen Organen der Pressefreiheit:

Es ist sowohl in den nationalen als auch in den internationalen Medien ein sehr verzerrtes Bild gezeigt worden. Die Propagandamaschine der Kriegsparteien funktioniert sehr gut. Ein Beispiel dafür sind die vermeintlich heftigen Attacken auf Gorazde 1994. Die Entscheidungsträger hatten durch die Medien den Eindruck, daß 60.000 Menschen hier abgeschlachtet werden, und forderten den Einsatz von Waffengewalt. Tatsächlich hatten die Angriffe nicht das befürchtete Ausmaß, und beinahe wäre die UN-Mission durch vermehrte Luftangriffe gefährdet worden.

Die Hinschlachtung von 60.000 Bewohnern der Stadt Gorazde galt monatelang als *das* Corpus delicti für den Völkermord der Serben an den Muslimen (s. KONKRET 8/94).

Propaganda 3

Eine Meldung der Presseagentur AFP vom 9. Mai lautete:

Das UN-Tribunal für Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien hat sich am Dienstag zum ersten Mal mit Kriegsverbrechen der Kroaten beschäftigt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen mutmaßliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die kroatische Soldaten zwischen September 1992 und Juni 1993 im zentralbosnischen Lasva-Tal verübt hatten. Chefankläger Richard Goldstone schloß zugleich Ermittlungen im Zusammenhang mit der jüngsten Offensive der kroatischen Armee gegen die Krajina-Serben nicht aus. Ein Justizsprecher teilte in Den Haag mit, Goldstone sei »sehr beunruhigt« über Menschenrechtsverletzungen, die sowohl von kroatischer wie auch serbischer Seite verübt worden sein könnten.

Diese Meldung wurde von fast allen deutschen Tageszeitungen, die am 10. und 11. Mai ausschließlich serbische Angriffe meldeten, souverän ignoriert.

Propaganda 4

André Glucksmann, Günter Grass, Lew Kopelew, Daniel Cohn-Bendit, Edith Müller, Otto von Habsburg und Rupert Neudeck haben einen Aufruf »an die Staatschefs der Welt« unterschrieben. Die Liste der Unterschriftsteller läßt leicht erraten, worum es ging: um einen Aufruf von André Glucksmann, Günter Grass, Lew Kopelew, Daniel Cohn-Bendit, Edith Müller, Otto von Habsburg und Rupert Neudeck »an die Staatschefs der Welt«.

Glaube

Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung und des Bundesverbands der Freien Berufe durfte der 14. Dalai Lama von Tibet, Seine Heiligkeit Tenzien Gyatso, bei einer Veranstaltung in Bonn »Freiheit wollen – Zeichen setzen«. Ihm zur Seite standen der Freiheitswillige Otto Graf Lambsdorff (»So oder so – die Erde wird gelb«) und der Zeichensetzer W. Biermann. Cohn-Bendit, von Habsburg, Neudeck, Kopelew, Glucksmann, Grass und Edith Müller waren verhindert.

Liebe

Die bayrische Staatssekretärin Monika Hohlmeier, Tochter des Franz Josef Strauß, und ihr Mann in einem Porträt von »Bild am Sonntag«:

Stichwort Treue: Wie wichtig ist die? Da hat Monika Hohlmeier einen ganz einfachen Geschmack: »Appetit darf man sich holen, aber gegessen wird zu Hause!«

Könnten Sie einen Seitensprung verzeihen? Er ergreift sofort das Wort: »Wenn so etwas passieren würde, dannhätte es Gründe gehabt, an denen ich nicht gänzlich unschuldig bin.«

»Von mir kriegst du keinen Persilschein«, warnt sie ihn lächelnd.

Dös is Lamuhr.

Hoffnung

Die »Zeit« berichtet von einem Weltuntergang:

Es kam noch schlimmer. Schon am Tage nach der Explosion mußte Amerika einer ans Unfaßbare grenzenden Entdeckung ins Auge sehen. Vor der offenen Kamera im Kanal 4 von Oklahoma City raufte sich einer der sonst so gefaßten Moderatoren die Haare, schrie es hinaus: »Ich kann's nicht glauben: Amerikaner töten Amerikaner!«

Anstatt, wie sich's gehört, Indianer, Mexikaner, Grenader, Haitianer, Kubaner, Nicaraguaner, Salvadorianer, Chilenen, Vietnamesen, Kambodschaner, Koreaner, Iraner, Iraker und all die anderen Kanaken. Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist um eine Hoffnung ärmer.

Sozis 1

Der sozialdemokratische Innenminister von NRW, Herbert Schnoor, hat gesagt, eine Abschiebung von Kurden in die Türkei könne für die Abgeschobenen »Folter und Tod bedeuten«. Dennoch müsse die Abschiebung jetzt sein, denn es gebe Schlimmeres: daß die CDU die Abschiebung zum Wahlkampfthema gemacht habe und die Bevölkerung des Landes geneigt sein könnte, die Sozialdemokraten abzuwählen, wg. mangelnder Ausländerfeindlichkeit. Dem müsse die SPD-Landesregierung zuvorkommen.

Sozis 2

Eigentlich hatte der jüngste Nachfolger auf dem Stuhl Wilhelm Liebknechts, Rudolf Scharping, den demokratischen Sozialismus mit der Berufung Hans Olaf Henkels, des Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), in den Wirtschaftsrat der SPD vollenden wollen. Aber knapp davor packte ihn doch noch die Scham, und er sagte ab. (Natürlich der Henkel, nicht der Scharping.)

Sozis 3

Nur der Arbeitgeberverband Oldenburg e.V. schämt sich nicht und läßt im »Hundsmühler Krug (Wöbken)« im Rahmen der Vortragsreihe »Wirtschaft und Politik« eine Rednerin auftreten, die er – wie zuvor ein anderer Nachfolger auf dem Stuhl Wilhelm Liebknechts – als »besonders attraktiv empfindet«: »Frau Dr. Brigitte Seebacher-Brandt«. Warum? Weil: »Unsere Gastrednerin ist den politisch Interessierten alles andere als unbekannt – als kritische, originelle, unangepaßte« Witwe der Zeitgeschichte.

Konkret 06/95, S. 12

John Goetz

Kauft dem Kind ein Gewehr!

Über die Spezifik faschistischer Tendenzen in der US-amerikanischen Milizbewegung

Als in Oklahoma die Bombe explodierte, die über 150 Menschen tötete, wandten US-amerikanische Medien ihre Wut zwei Tage lang gegen Araber. Experten für Terrorismus wurden vor die Kameras geholt und berichteten, daß der Anschlag von Terroristen aus dem Mittleren Osten verübt worden sei. Einer dieser Experten erzählte CNN, daß in Rom ein US-Bürger jordanischer Herkunft verdächtiges Gepäck bei sich gehabt habe und verhaftet worden sei. Auf die Frage, was den Verdacht ausgelöst habe, antwortete der Experte: ein Kurzwellenradio und eine VHS-Videokamera »ohne Kassetten«. Es galt von vornherein als unmöglich, daß weiße US-Bürger in etwas so Fürchterliches wie den Bombenanschlag von Oklahoma verwickelt sein könnten.

Doch andererseits schien es unmöglich, den Anschlag nicht mit dem Sturm auf die christliche Sekte (Branch Davidian) in Waco, Texas, in Verbindung zu bringen. Die Bombe von Oklahoma explodierte am 19. April, dem zweiten Jahrestag des Sturms auf die Davidianer-Ranch, bei dem 86 Menschen getötet worden waren. Das Federal Building in Oklahoma war der Ort, an dem 1993 die Aktion von Waco geplant wurde. Die extreme Rechte in den USA, die bereits seit längerem von einem kurz bevorstehenden Bürgerkrieg spricht und 1994 mit dem Aufbau bewaffneter Milizen begann, ist überzeugt, daß dieser Bürgerkrieg mit dem Massaker von Waco begonnen hat.

Nicht ohne Grund nennt sich Timothy McVeigh, der Hauptverdächtige des Oklahoma-Attentats, einen »Kriegsgefangenen«. McVeigh ist nicht der Einzeltäter, an den die Amerikaner glauben wollen. Er und seine Freunde waren Mitglieder der Michigan Miliz, zu deren extrem rassistischem Flügel McVeigh offenbar gehörte. Der folgende Artikel, der drei Wochen vor dem Anschlag von Oklahoma entstand, setzt sich mit der Spezifik faschistischer Tendenzen innerhalb der US-Milizbewegung auseinander.

Es ist kaum zu fassen. In den letzten achtzehn Monaten sind bewaffnete Verbände, die sich selbst Bürgerwehren nennen, nur so aus dem Boden geschossen: In mindestens vierzig Staaten der USA sind derartige Milizen neu entstanden. Unter Namen wie »Guardians of Liberty«, »The Resister« und »Militia of Montana« ist es dieser Bewegung gelungen, zwischen zehn- und zwanzigtausend Personen zu rekrutieren und Millionen von Sympathisanten – Chip Berlet von Political Research Associates schätzt ihre Zahl auf bis zu fünf Millionen – zu gewinnen. Ein kleiner, aber einflußreicher Teil dieser Bewegung verschafft den Milizen Unterstützung bei den Streitkräften und Strafverfolgungsbehörden. John Salvi, der im Dezember letzten Jahres zwei Angestellte einer Klinik, die Schwangerschaftsabbrüche durchführt, ermordete, hatte laut Berichten der Nachrichtenagentur Reuters Verbindungen zu einer solchen Bürgerwehr in Florida. Und Francisco Duran, der bei einem Attentatsversuch auf Bill Clinton vor dem Weißen Haus verhaftet wurde, soll ebenfalls mit einer Bürgerwehr, diesmal in Colorada, zu tun gehabt haben.

Zum ersten Mal hörte ich im Mai 1994 etwas von der Bürgerwehrbewegung. Damals befaßte ich mich im Auftrag einer New Yorker Gruppe, die für das Recht auf Abtreibung eintritt (Public Policy Institute of Planned Parenthood Federation of America), mit der amerikanischen Rechten. Wir hatten jemanden mit einer Videokamera auf eine Konferenz geschickt, bei der prominente Abtreibungsgegner auftreten sollten, die die Tötung von Ärzten, die Abtreibungen durchführen, befürworten.

Der Druck, dem solche Ärzte gegenwärtig in den USA ausgesetzt sind, ist mitunter lebensgefährlich. Sie erhalten regelmäßig Morddrohungen; sie sind es gewohnt, eindrucksvolle Anti-Abtreibungsdemonstrationen vor ihren Häusern zu ertragen und zuzusehen, wie Flugblätter an ihre Nachbarn verteilt werden, auf denen darüber informiert wird, daß »ihr Nachbar Babys mordet«. Ärzte, die Abtreibungen vornehmen, müssen damit rechnen, daß sie auf Schritt und Tritt belauert und beschattet werden. Zahllose einzelne Frauen werden Tag für Tag von Anti-Abtreibungs-Fanatikern belästigt, die sie beim Betreten der Klinik anschreien: »Mami! Bring mich nicht um! Mami! Ich lebe!« Allein in den Jahren 1992/93 wurden 27 Abtreibungskliniken mit Bomben beworfen, 299 Kliniken auf andere Art verwüstet und 50 Kliniken durch Aufmärsche blockiert. In den vergangenen 21 Monaten sind bei Mordanschlägen auf Klinikpersonal fünf Personen getötet und fünf schwer verletzt worden.

Da einige der Theoretiker der Anti-Abtreibungsbewegung, die die Losung »Ärzte sind das schwache Glied in der Kette« ausgegeben hatten, auf jener Konferenz anwesend sein sollten, war ich neugierig, wie sie sich darstellen würden, und setzte mich hin, um mir das Band anzuschauen. Ich konnte nicht glauben, was ich hörte: Ein führender Vertreter des »Mord ist gerechtfertigt«-Flügels der Anti-Abtreibungsbewegung, Reverend Matt Trewhella, fragte die Konferenz: »Was sollen wir tun?« und antwortete: »Wir sollten tun, was tausende von Menschen dieser Nation tun. Wir sollten Milizen aufstellen ... Kirchen können Feiertage zur Milizaufstellung ausrufen und ihre männlichen Mitglieder lehren, wie man kämpft ... Wir planen unseren Widerstand.« Der Reverend erläuterte der Konferenz, welche Familienwerte er seiner Gemeinde predigt:

»Diese Weihnachten wünsche ich mir, daß ihr das Liebevollste tut. ... Kauft jedem eurer Kinder ein SKS-Gewehr und 500 Patronen Munition.« (SKS-Gewehre können leicht in vollautomatische Maschinengewehre umgebaut werden, die 20 Patronen in 1,6 Sekunden abfeuern können und zu ca. 89 Dollar gehandelt werden.) »Meinem Sohn Jeremiah, dem bringe ich jetzt bei, was es heißt, ein freier Mann zu sein. Ich nehme seinen Abzugsfinger, er ist sechzehn Monate alt, und wenn man ihn fragt: ›Jeremiah, wo ist dein Abzugsfinger?‹, dann krümmt er ihn sofort so.«

Trewhellas Gesinnungsgenosse Jeff Baker offerierte der Konferenz eine Erklärung für das Ausbleiben von Wahlerfolgen für die extreme Rechte: »Weil wir zu angepaßt sind, statt daß wir aufstehen und erklären: ›Abtreiber sollen sterben. Sie sind Mörder.‹« Im übrigen bewies das Videoband, daß führende Gewaltbefürworter der Anti-Abtreibungs-Bewegung mit einem 80er-Jahre-Veteranen des bewaffneten Untergrunds der extremen Rechten auftraten: Byron Dale von der »Posse Commitatus«, einer gewalttätigen Gruppe von Steuergegnern und Regierungsfeinden, die in den 70ern und 80ern aktiv und in die Ermordung von fünf Regierungsagenten verwickelt war.

Die Abtreibungsgegner vertrieben auf ihrer Konferenz Broschüren, die eine Anleitung zur Aufstellung bewaffneter Untergrundeinheiten gaben: »Acht Mann können eine effektive Truppe zur Erstürmung eines Hauses bilden. Während vier Mann das Gebäude unter Feuer nehmen, können die übrigen vier in ein Haus oder kleines Gebäude eindringen. Sobald sie drinnen sind, können zwei Mann die Räume betreten und durchsuchen, während die beiden andern die Gänge und offenen Räume überwachen ... Je weniger deine Frau und deine Kinder über die Freie Miliz und deine Teilnahme daran wissen, desto besser. Ihre Mitwisserschaft kann nicht viel Gutes bewirken, aber sie erhöht die Anzahl der Leute, die ›singen‹ könnten. Außerdem wirst du, wenn du sie liebst, nicht wollen, daß sie in Gefahr oder mit dem Gesetz in Konflikt geraten.«

Nachdem ich weitere Nachforschungen über den Rev. Matt Trewhella angestellt hatte, erfuhr ich, daß er mit einer Frau zusammenarbeitet, die als eine der führenden Figuren der neuen Milizbewegung gilt: Linda Thompson. Wenige Wochen vor jener Konferenz im Mai 94 hatte Thompson die Milizbewegung zu einem bewaffneten Marsch auf Washington/DC aufgerufen. Wenn der Kongreß sich ihren Forderungen verschließen sollte, würden seine Abgeordneten »als Verräter gekennzeichnet und vor einem Volksgerichtshof des Verrats angeklagt werden«. Der Aufruf verlangte, daß »Milizsoldaten uniformiert und bewaffnet erscheinen. Wenn ihr bewaffnet seid und militärische Abzeichen tragt, die euch als Mitglieder einer bewaffneten Einheit kennzeichnen, muß man euch laut Gesetz im Falle einer Gefangennahme als Kriegsgefangene anstatt als verhaftete Kriminelle behandeln.«

Was war das eigentlich für eine »Milizbewegung«, die da eine Verbindung zwischen führenden, zum Mord aufrufen-den Abtreibungsgegnern und zum bewaffneten Marsch auf Washington bereiten Gruppen herstellte? Welche Forderungen stellte Linda Thompson an die Kongreßabgeordneten?

Thompsons Beziehungen zur Milizbewegung waren ein direktes Ergebnis der Belagerung und Erstürmung des Davidianer-Grundstücks in Waco, Texas, im Frühjahr 93. Sie verlangte eine Untersuchung der Ereignisse in Waco, wo sie während der Belagerung Zeugin war, durch den Kongreß.

Die Davidianer waren eine kleine religiöse Sekte, die die Behörden im Februar 1993 – wg. vermeintlich illegalen Waffenbesitzes der Sektenmitglieder – eingekreist hatten. Nach einer anfänglichen Schießerei und einer darauf folgenden 50tägigen Waffenruhe stürmte die Bundespolizei das Grundstück mit Panzerfahrzeugen und tötete 86 Personen, darunter 23 Kinder. Im Vorfeld der Erstürmung hatten die Behörden die Elektrizitätsversorgung des Geländes gesperrt, ein letztes Verhandlungsangebot der Sekte ignoriert, alle umstehenden Bäume gefällt, die Bewohner der Anlage mit Flutlicht terrorisiert und sie mit Lärm bedröhnt, darunter Nancy Sinatra-Aufnahmen, Gesänge tibetischer Mönche, donnernde Lokomotiven und die Geräusche, die beim Schlachten von Hasen entstehen. Als die Gebäude mit den eingeschlossenen Bewohnern in Brand gerieten, weigerte sich das FBI 21 Minuten lang, die Feuerwehr einzulassen, in der Zeit verbrannten viele der Eingeschlossenen. Es stellte sich heraus, daß das angeblich illegale Arsenal der Sekte auch nicht eine nichtregistrierte Waffe enthielt. Ein Beobachter vor Ort bemerkte, daß das Waffenlager der Davidianer wahrscheinlich wesentlich kleiner war als der Vorrat, den der Expräsidentschaftskandidat Ross Perot in jedem Keller seiner Häuser hortet.

Entsetzt über die Ereignisse in Waco produzierte Linda Thompson ein Video mit dem Titel »Waco: The Big Lie«, in welchem eine ausgedehnte Verschwörung der Bundesbehörden behauptet wird, die die Verhängung des Kriegsrechts zum Ziel habe. Frau Thompson, die als Rechtsanwältin früher eine Abtreibungsklinik in der Gegend von Atlanta vertreten hatte und heute mit einer Gruppe zusammenarbeitet, die Verbindungen zur extremen Rechten unterhält (Greg Dixons »Unregistered Church Movement« in Indianapolis), wurde schließlich zu einem der populärsten Talkshowgäste bei christlichen Radiostationen in den USA, und ihre Videos (zu denen auch ein »Waco: The Big Lie«-Musikvideo gehört) wurden zu Hunderttausenden vertrieben. Ihren Vorträgen, in denen sie den Überfall auf Waco als Anbruch der Neuen Weltordnung beklagte, lauschten Tausende von Menschen. Eine dieser Veranstaltungen, in denen Thompson ihre Anhänger immer wieder dazu aufrief, bewaffnete Milizen zur Bekämpfung der Neuen Weltordnung aufzustellen, wurde von Rev. Matt Trewhella gesponsort.

Thompson beklagte sich bei ihren Auftritten und in ihren Videos aber nicht nur über die Belagerung von Waco. Sie nahm auch Bezug auf die Belagerung des »weißen Suprematisten« Randy Weaver in Ruby Ridge, Colorado, im August 1992, und bezeichnete den Vorfall als einen Akt der Regierungstyrannei. (»Weiße Suprematisten« sind Anhänger der rassistischen Ideologie einer weißen Vorherrschaft, etwa die weitverbreitete »Christian Identity«-Bewegung*, der sich auch die rechte Terrorgruppe »The Order« und der weiter unten erwähnte Bo Gritz zurechnen, A.d.Ü.) Damals hatten 400 Regierungsbeamte Weavers Berghütte umzingelt, die Beschuldigung lautete auf illegalen Waffenbesitz. Während der elftägigen Belagerung schossen die Beamten Weavers Ehefrau ins Gesicht, töteten das zehn Monate alte Baby, das sie im Arm hielt, und trafen seinen 13jährigen Sohn in den Rücken. Weiteres Blutvergießen konnte dank der Intervention eines Mannes namens Bo Gritz vermieden werden. Gritz ist heute einer der geistigen Führer der Milizbewegung. Während des Gerichtsverfahrens gegen Weaver wurden »Fehlleistungen« der Behörden bekannt, die denen in Waco durchaus ähnlich sehen. Schließlich mußten bis auf zwei unbedeutende alle Anklagepunkte gegen Weaver fallengelassen werden.

Anders als die abgedrehte Linda Thompson, die zur zentralen Figur eines riesigen Komplexes von Waco-Verschwörungstheorien geworden ist, war Bo Gritz, der Held der Ruby-Ridge-Belagerung und tatsächliches Vorbild der Filmfigur »Rambo«, in der Lage, seinen Ruhm in konkrete politische Organisationserfolge umzumünzen. Zum einen verfügt er über die Adressenlisten seiner 1993er Präsidentschaftskampagne für die »Populistische Partei« (Popular Party). Zum anderen verdient Gritz, ein ehemaliger Green Beret, seinen Lebensunterhalt mit paramilitärischen Ausbildungsprogrammen im Rahmen eines Unternehmens namens »Spike« (Specially Prepared Individuals for Key Events). Eine Anzeige für ein »Spike«-Training erläutert: »Sie werden lernen, welche Waffen- und Munitionstypen in Situationen ernster Bedrohung die geeignetsten sind; wie man eine Handfeuerwaffe effektiv trägt, zieht, hält und gegen verschiedene Ziele einsetzt. Sie werden die neuesten Ruger Halbautomatik-Pistolen mit Laser- und Roter-Punkt-Zielmarkierungsgeräten abfeuern. Sowohl Straßenkampf wie freies Schießen werden gelehrt, ebenso instinktive ›Schnelltötungs‹-Fertigkeiten. Alle Waffen und Munition werden bereitgestellt.«

Gritz ist dafür bekannt, daß er antisemitische Theorien über das Bankkapital mit Verschwörungstheorien über die Neue Weltordnung vermischt, alles im Rahmen der »Christian Identity«-Bewegung. Er hat mit Rassisten wie dem »ehemaligen« Ku-Klux-Klan-Mann und Präsidentschaftskandidaten David Duke zusammengearbeitet. Gritz weiß aber auch, wann er aufhören muß, und hat beispielsweise Dukes Nazi-Vergangenheit mit dem Hinweis darauf verurteilt, daß sein Vater im 2. Weltkrieg im Kampf gegen Nazideutschland gefallen sei. Bis heute behauptet Gritz, er sei kein Rassist, und sein Hitlergruß für Weavers Anhänger während des Ruby-Ridge-Prozesses sei bloß ein »Armausstrecken wegen Verspannung« gewesen.

Gritz hat der Milizbewegung eine Utopie geliefert, die Rudolf Bahro Herzklopfen bereiten könnte: »Bündische Kommunen«. Das sind kleine, dezentralisierte, ländliche Gemeinschaften, die geeignet sein sollen, die heraufziehende Apokalypse zu überleben. In »Almost Heaven«, Idaho, hat Gritz eine Modellkommune errichtet. Ausdrücklich nicht rassistisch in der Theorie (wenn auch bestimmt in der Praxis), rufen diese Kommunen zu einer Regeneration der Nation durch Bekämpfung des städtischen Kosmopolitismus auf. Gritz fordert, daß die Kommunenbewohner mit primitiver Technologie wirtschaften, weil Maschinen, die von fossilen Brennstoffen abhängen, nicht mehr funktionieren würden, wenn der Antichrist eintrifft. Dessen baldige Ankunft schließt Gritz aus den Strichcodes auf Produktverpackungen, die er als »Malzeichen des Tiers«, das in der Offenbarung Johannis angekündigt wird, betrachtet.

Als »Rambo«-Inkarnation hat Gritz der Milizbewegung ein weiteres wichtiges Motiv geliefert: die Dolchstoßlegende betreffend angebliche amerikanische Kriegsgefangene (POWs, Prisoners Of War), die bis heute in geheimen vietnamesischen Kerkern schmachten sollen. Schließlich befreite Rambo in Vietnam amerikanische POWs, die von vietnamesischen Kerkermeistern brutal gefoltert wurden.

Wer heute die USA bereist,kann die Fahne der POW-Bewegung immer wieder se-hen: vor schwarzem Hinter-grund ein weißer, bärtiger Veteran, der in einem stracheldrahtumsäumten Kreis sitzt. Man sieht diese Fahne nicht nur vor den Häusern rechtsradikaler Beknackter, sondern überall, vor Polizeistationen, Feuerwehrstationen, Zollkabüffchen, auf Brücken. Es gibt sogar eine große Ausstellung der POW-Bewegung vor dem Lincoln Memorial-Denkmal in Washington, DC. Um die Bedeutung dieser Bewegung zu verstehen, muß man wissen, daß sie daran glaubt, daß bis heute zigtausend amerikanische POWs in Vietnam gefangengehalten werden, und daß es eine Verschwörung gibt, die von Kissinger bis zum Antivietnamkriegsdemonstranten Clinton die Existenz dieser Gefangenen geheimgehalten hat.

Das Ressentiment, das ein verlorener Krieg entfacht, kann sehr nützlich für eine äußerst reaktionäre Politik sein. Die deutschen Freikorps haben nach dem 1. Weltkrieg davon Gebrauch gemacht, und in Frankreich wäre es nach dem Algerienkrieg beinahe zu einem Militärputsch gekommen. Für die Millionen, die daran glauben, daß »unsere Jungs« immer noch in vietnamesischen Bambuskäfigen sitzen, während die Sesselfurzer in Washington alles vertuschen, ist Bo Gritz, ob Rassist und Antisemit oder nicht, ein Held. Und wenn er anfängt, Milizen auszubilden, die die Bundesregierung und ihre »Neue Weltordnung« bekämpfen sollen, findet er unter den Anhängern der amerikanischen Dolchstoßlegende reichlich

Zulauf. Wie Gritz in einer seiner Reden sagte: »Die Neue Weltordnung ist wie ein rasender Zug, aber im Züge-Entgleisen-Lassen bin ich sehr gut.«

Mit seiner Fiktion eines neuerlichen Überfalls auf Vietnam repräsentiert »Rambo« Gritz diejenige Tradition der USA, die dem europäischen Betrachter wohl am bizarrsten anmutet: die einer bewaffneten Bevölkerung. Besonders in Deutschland, wo das staatliche Gewaltmonopol ein Recht des einzelnen, Waffen zu tragen, nie zugelassen hat, gibt es kaum Traditionen, die darauf beruhen, daß der Bürger das Recht in die eigenen Hände nimmt. Aber genau das ist die Substanz zahlreicher amerikanischer My-then. Der weiße Siedler mußte bewaffnet sein, um den amerikanischen Ureinwohnern ihr Land zu stehlen. Der Sklavenhalter mußte bewaffnet sein, um seine Sklaven beherrschen und züchtigen zu können. Ein unbewaffneter Daniel Boone oder Davy Crockett ist nicht denkbar. Das Recht, Waffen zu tragen, ist auch ein unverzichtbares Element der Lynchjustiz des Ku-Klux-Klan, des Aufstiegs der »Posse Commitatus«-Gewalt und der Bedrohung von Richtern in den 80ern. Wenn es stimmt, daß die nationale »Wiedererwek-kung« ein unabdingbares Schlüsselelement des Faschismus ist, dann sucht die Milizbewegung diese Wiedererweckung gerade in der Tradition einer bewaffneten Bürgerschaft.

Das Recht, Feuerwaffen zu tragen, war tatsächlich vom Jakobinerflügel der amerikanischen »Siedler/Sklavenhalter«-Revolution gefordert worden – als Mittel zur Verhinderung einer tyrannischen Regierung. Es war der Sklavenhalter Thomas Jefferson, der damals schrieb: »Der Baum der Freiheit muß gelegentlich mit dem Blut von Patrioten und Tryannen begossen werden ...« So wurde das Recht, sich zu bewaffnen, in der US-Verfassung verankert: »Da eine gut ausgebildete Miliz für die Sicherheit eines freien Staates erforderlich ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden« (Zusatzartikel 2). Damit war keineswegs – wie amerikanische Liberale glauben machen wollen – eine exklusiv rechte Tradition gestiftet worden. Der bewaffnete Überfall John Browns auf das Harper's Ferry Arsenal etwa sollte die Ausgabe von Waffen an Sklaven und deren Befreiung ermöglichen. Auch konnten die freien Kommunen, die von befreiten Sklaven nach ihrer Emanzipation im Westen aufgebaut wurden, nur entstehen, weil sie das Recht, Waffen zu tragen, zur Verteidigung gegen Überfälle weißer Siedler in Anspruch nehmen konnten. Robert Williams Programm der bewaffneten Selbstverteidigung gegen rassistischen Terror in den frühen 60er Jahren des 20. Jahrhunderts markierte den Übergang eines Teils der Bürgerrechtsbewegung zu revolutionärer Politik. Auch die Chicanos beanspruchten das Recht auf Waffenbesitz, um ihr Land im Südwesten gegen Übergriffe durch weiße Siedler zu verteidigen. Und schließlich gründeten sich Black Panthers und American Indian Movements als bewaffnete *städtische* Selbstverteidigungsgruppen gegen polizeiliche Gewalt.

Folgerichtig ist einer der Hauptgründe für das gegenwärtige Anwachsen der Milizbewegung die von beiden großen Parteien aus unterschiedlichen Gründen getragene Brady Bill – das erste bundesweite Verbotsgesetz für eine Reihe von Waffentypen in der Geschichte der USA. Traditioneller Gegner jeder Art von Waffenbeschränkungsgesetzen ist die rechte »National Rifle Association« (NRA), die ihre Sache in den überregionalen Medien hauptsächlich unter Berufung auf die Rechte der Jäger verteidigt. Sie ist wegen vermeintlich kapitulatorischer Politik gegenüber Clinton von der extremen Rechten scharf kritisiert worden, die jetzt ihre eigene Anti-Waffenbeschränkungs-Organisation, »Gun Owners of America« (GOA), gegründet hat, um das Recht auf Feuerwaffenbesitz nicht zu Hobbyzwecken, sondern aus den ursprünglichen Grundsätzen der Verfassung zu beanspruchen – weil eine freie Bürgerschaft Waffen brauche, um eine tyrannische Regierung zu bekämpfen.

Es wäre falsch, einfach auf die »weißen Suprematisten« in den höhereren Rängen der Milizbewegung zu deuten und zu schlußfolgern, daß die Milizbewegung der USA das Ergebnis eines Diversifizierungsprozesses – geplant oder nicht – von Klan/Nazigruppen ist. Die »Christian Identity«-Bewegung und Vorstellungen weißer Vorherrschaft sind sicherlich Bestandteile des Milizen-Eintopfs, der jedoch eine insgesamt neue Mischung unterschiedlicher Phantasmen enthält. Linda Thompson und Bo Gritz vertreten, was inzwischen zum Mainstream der Milizideologie gehört: eine bizarre und bunte Welt obskurer politischer Ängste und Paranoia. Dan Junas, der die Szene erforscht, hat das Weltbild eines der extremeren Milizenführer so beschrieben: »(Er) glaubt, daß internationale Eliten planen, die UN-Truppen für eine militärische Invasion und Besetzung der USA einzusetzen, im Rahmen einer von multinationalen Konzernen vorbereiteten Übernahme der USA. Diese Eliten ... planen die Reduktion der Weltbevölkerung auf zwei Milliarden bis zum Jahr 2000. (Er) berichtet auch davon, daß schwarze Helikopter ohne Kennung überall in den USA gesichtet worden seien, die sowohl die US-Bevölkerung bedrohen sollen wie eine Vorhut ausländischer militärischer Technologie für die bevorstehende Invasion darstellen. (Er) benutzte zum Beweis sogar eine Landkarte, die er auf der Rückseite einer Kix-Frühstücksflockenpackung gefunden hatte, die einen tatsächlichen Plan zur Teilung und Besetzung der Nation darstellen soll.«

Viele linke und liberale Beobachter in den USA sind mit Vergleichen zwischen der Milizbewegung und den rechten Mord- und Schlägerbanden der Weimarer Republik allzu rasch bei der Hand. Einige setzen neue Standards der Abgedroschenheit, indem sie direkte Vergleiche zum Nationalsozialismus ziehen. Nicht nur mageres Geschichtswissen bringt sie dazu, so zu argumentieren, sondern auch das Bemühen um eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners gegen die offene weiße

Vorherrschaft, der natürlich alle – von Bill Clinton bis Bob Dole – zustimmen. Diese Art Volksfront vernachlässigt den grundlegenden Konsens, der die Milizen nicht nur mit Bob Dole, sondern auch mit Bill Clinton verbindet.

Die Milizbewegung ist durchdrungen von einer prinzipiell rassistischen Ideologie. Ihrer »Eliten«-Theorie, ihrer Anti-Freimaurer-Agitation und ihren Angriffen auf die sieben Familien, die angeblich die kompletten nationalen Währungsreserven kontrollieren, liegt ein Potential extremen Antisemitismus' zugrunde. Es ist jedoch bemerkenswert, daß sie daraus nicht ihre Hauptanziehungskraft gewinnen. Viele Beobachter der Milizbewegung haben die zahlreichen Verbindungen »weißer Suprematisten« zur Bewegung betont. Dennoch wäre es ein grober Fehler, der Milizbewegung die Nazi-Rassenideologie als eine Erkennungsmarke umzuhängen, die sie braucht, um als gefährlich gelten zu können. Es ist die Neuerfindung der faschistischen Ideologie in einer spezifisch amerikanischen Form, die die Milizen so bedrohlich macht.

Wer sich damit zufriedengibt, festzustellen, die Milizen wollten bloß die weiße Vorherrschaft, gäben es nur nicht zu, ist hilflos, wenn es darum geht, zu begreifen, warum Norman Olson, der Führer der »Michigan Miliz«, vehement bestreitet, daß seine Gruppe rassistisch oder antisemitisch sei, oder warum ein schwarzer Führer der »Ohio Miliz« auf Anschuldigungen, seine Gruppe sei rassistisch, nur mit einem Lachen reagiert, oder warum Bo Gritz' Vision »Bündischer Kommunen« ausdrücklich Juden und Nichtweiße einbezieht. Warum hat Linda Thompson gedroht, jeden zu verklagen, der sie eine Rassistin nennt? Wenn die Milizen nur aufgemotzte Nazis sind, warum zitieren sie Pastor Niemöller? Warum waren Juden zwecks Verhinderung der Waffenkontrollgesetze bei der Milizdemonstration in Washington so zahlreich vertreten? Warum unterstützt Bo Gritz die Bürgerrechte der Schwulen und Lesben? Es wäre ein schwerer Fehler, all das als Bestandteile eines zynischen Täuschungsmanövers der Milizbewegung zu betrachten. Dennoch macht nichts davon diese Bewegung weniger bedrohlich.

Was an der Milizbewegung »faschistisch« ist, ist nicht ihre Gegnerschaft gegen Waffenkontrollgesetze. Es ist auch nicht ihr Haß auf Republikaner und Demokraten, wie viele liberale Beobachter behaupten. Es hat ebenfalls nichts mit der Verteidigung der Religionsfreiheit einer verrückten christlichen Sekte in Texas zu tun. Was an der Milizbewegung »faschistisch« ist, ist ihre Fähigkeit, traditionelle isolationistische Ideologien wiederzubeleben, sie mit sehr starken Verschwörungstheorien über logenartig organisierte Eliten und POW-Verschwörungen zu verquicken und erfolgreich eine Bedrohung der Bürgerrechte durch Waffenkontrollgesetze zu behaupten. Dieser Bewegung ist es geglückt, Elemente nationaler Wiedererweckung nicht im Kampf für die Reinheit der weißen Rasse, sondern im Einsatz für die Regeneration des siedlertümelnden Amerikanismus zu finden – eine Formel mit mehr Potential als ein paar Skinheads unterm Hakenkreuz.

***** Über Christian Identity, Rassetheorien und andere Obskuritäten der US-Rechten siehe *Religion and the Racist Right. The Origins of the Christian Identity Movement* von Michael Barkun, University of North Carolina Press 1994.

Übersetzung aus dem Englischen von Dietmar Dath

Für KONKRET 7/94 sprach John Goetz mit Valentin Falin

Konkret 06/95, S. 16

Jürgen Elsässer

Der dritte Weltkrieg

Die Wiederkehr des Wilhelminismus: Die Mittelmächte Kerneuropas greifen im Bündnis mit den Osmanen nach den Ölfeldern von Baku, Zar Boris sucht im Westen nach der Triple Entente. In Sarajewo fallen Schüsse

Vielleicht erinnert sich noch jemand an die Sprechblase von der Neuen Weltordnung, die – ausgehend von einer Rede des US-Präsidenten Bush – während des Golfkrieges ihren Siegeszug durch Leitartikel und Feuilletons antrat. Yankee-Freunde und Antizionisten, Westler und Antiwestler verstanden darunter dasselbe, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen: daß nach der Implosion des realen Sozialismus nun der vereinigte Norden dem armen Süden gegenüberstehe.

Fünf Jahre später ist evident, daß die mit diesem Schlagwort verbundenen Erwartungen im Guten wie im Schlechten schlecht begründet waren: Es droht nicht der weltweite Durchmarsch der Marktwirtschaft und der Krieg Nord gegen Süd; all das haben wir längst. Statt dessen droht das Ende des marktwirtschaftlichen Siegeszugs und der Krieg jeder gegen jeden. Die Internationale des Kapitals hat sich zu Tode gesiegt, und kaum ist der einigende Gegner im Osten gefallen, werden die konkurrierenden ökonomischen Kräfte als antagonistische Nationalismen freigesetzt.

Ob das das »höchste Stadium des Kapitalismus« ist, das Lenin im Zusammenhang mit dem 1. Weltkrieg analysierte? Steht gar der »Zusammenbruch« des Ware-Geld-Systems zu erwarten, wie Robert Kurz, Kollaps-Theoretiker in der Tradition von Rosa Luxemburg, hofft? Es ist wohl eher so, daß am Ende der »langen Welle« des Fordismus die Voraussetzungen für einen Wiederaufschwung der kapitalistischen Akkumulation so geschaffen werden müssen wie immer: durch eine gewaltförmige Neustrukturierung des Verhältnisses der Klassen im Innern und der Nationalökonomien global. Ähnlich wie Rudolf Hilferding vor 1914 ist es auch diesmal ein Sozialdemokrat, der die zu erwartende Entwicklung des Imperialismus skizziert. Wolfgang Michal demonstriert in seinem Buch *Deutschland und der nächste Krieg* (Rowohlt Berlin) zwar seine Unkenntnis ökonomischer Zusammenhänge, hat aber das unbestreitbare Verdienst, als erster Autor herausgearbeitet zu haben, wie sich von Deutschland aus der Knoten zum Dritten Weltkrieg schürzt: »Die Geschichte des Deutschen Reiches wiederholt sich. Es läuft wieder genau so ab wie nach der Reichsgründung 1871. Das wiedervereinigte Deutschland wird das europäische Gleichgewicht zerstören. Bei Bismarck folgte auf die Reichseinigung 1871 eine kurze Phase stabilisierender Europapolitik, dann eine längere des europäischen Zerfalls, parallel eine kurze Periode der Weltpolitik und schließlich ein langer Anlauf zum Krieg. Bei Hitler ging alles wie im Zeitraffer. Wie viele Jahre brauchen wir?«

Michal analogisiert 1995 in etwa mit 1876: Fünf Jahre seit der Herstellung eines großen, einheitlichen Deutschland sind vergangen, an der Spitze des Staates steht mit Bismarck bzw. Kohl ein Politiker, der mit einer komplizierten Bündnis- und Rückversicherungsstrategie die europäische Balance austarieren will. Die Strategie scheitert am Balkan, wo sich die Ambitionen der Großmächte kreuzen. Der Lotse Bismarck geht von Bord, Wilhelm Zwo und Tirpitz träumen vom Platz an der Sonne, der Krieg wird unvermeidlich.

Zwischen 1876 und 1914 lagen 38 Jahre. Einiges spricht dafür, daß es diesmal etwas schneller gehen könnte. Betrachtet man die beiden Hauptachsen deutscher Großmachtpolitik – die Schaffung Kerneuropas und die Konfrontation mit England bzw. den USA, die Spaltung Osteuropas und die Konfrontation mit Rußland – , so hat sich in den letzten Wochen, kurze Zeit also nach Abfassung von Michals Buch, das Tempo verschärft. Die Rede von Militärminister Volker Rühe vor der Bundessicherheitsakademie am 20. April war eine gezielte Provokation gegen das transatlantische Bündnis, eine Kampfansage an die USA. Europa und Amerika seien »auf dem Markt Konkurrenten«, und Europa müsse konkurrenzfähig werden. Dies gelte insbesondere im Bereich der Rüstungsgüter: Der Forderung »Kaufe amerikanisch!« müsse die Forderung »Kaufe europäisch!« entgegengesetzt werden.

Erstmals forderte Rühe das Ende der Nato: »Auf längere Sicht« müsse der Nato-Vertrag gekündigt und »durch eine neue vertragliche Bindung zwischen EU und Nordamerika« ersetzt werden. Weltweit müsse das Verhältnis Europas zu Amerika »von Gleichrangigkeit« bestimmt sein, die EU als »globaler Akteur« auftreten, »strategisch neben Amerika handlungsfähig werden«. Daß es sich bei diesem EU-Europa lediglich um ein Pseudonym für Deutschland handelt, macht der künftige Kanzler Wolfgang Schäuble in regelmäßigen Abständen deutlich. Pünktlich zum 8. Mai hat er im »Focus« gefordert, die EU solle in außenpolitischen Fragen das Einstimmigkeitsprinzip aufgeben und ein einheitliches Oberkommando (»exekutive Instanz«) für Außen- und Militärpolitik schaffen.

Bereits im letzten Herbst hatte Schäuble skizziert, wie ein deutsch-französisches Kerneuropa die Herrschaft über die Rest-EU übernehmen könnte. Die verbitterten Reaktionen der von ihm ausgegrenzten Staaten wie Italien und Großbritannien konterte Schäuble mit einer Drohung: »Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west-)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.«

Die Hoffnung Mitterands, den Koloß Deutschland durch das Spinnennetz der Maastrichter Institutionen fesseln und ihm schließlich seine bislang wirkungsvollste Waffe, die Deutschmark, im Austausch gegen den ECU rauben zu können, hat

sich böse blamiert. Die Geldpolitik der Bundesbank hat Pfund und Peseta in den Keller getrieben und die Lira massakriert, selbst der Franc steht ständig unter Druck. Vom ECU spricht keiner mehr, es sei denn als Umschreibung für die Ausweitung der DM-Zone, d.h. für die fiskalische Kapitulation Rest-Europas vor dem deutschen Kern.

Nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch macht sich Deutschland von den alten Bindungen frei. Am 1. Januar 1995 wurde ein »Führungszentrum der Bundeswehr« gebildet, am 1. April nahm es seine Arbeit auf. Die alte Bundesrepublik hatte ein solches Oberkommando nicht: Die deutschen Soldaten waren nach dem Torteneckenprinzip in die multinationale Frontlinie an der Grenze zum Warschauer Pakt eingegliedert, die Befehlsstrukturen liefen über die Nato-Stäbe. Für die Westalliierten war es beruhigend, daß Deutschland erstmals in diesem Jahrhundert keine eigenständige Militärführung hatte.

Tempi passati: Deutschland muß jetzt – so eine vertrauliche Planungsanweisung von Generalinspekteur Naumann – »mit dieser Führungseinrichtung im Rahmen multinationaler Einsätze die Aufgaben der lead nation übernehmen können«. Sicherheitshalber werden die multinationalen Schlüsselpositionen von Deutschen besetzt, damit für die »lead nation« nichts schiefgeht: Mit Theodor Paschke und Manfred Eisele stellt die BRD seit Herbst 1994 den UN-Generalinspekteur und den weltweiten Koordinator für UN-Blauhelmeinsätze, ab 1. Januar 1996 übernimmt Naumann den Vorsitz des Nato-Militärausschusses.

Die notwendigen Aufklärungsdaten für den deutschen Generalstab soll ein Satellitennetz liefern, das die Hardthöhe von den Daten der US-Weltraumspäher unabhängig macht. Am 21. April startete der EU-Satellit ERS II, angeblich zur Erforschung des Ozonloches, de facto aber als Prototyp für den deutsch-französischen Helios II, der ab 2001 die Zielplanung für die Force de frappe leisten soll. Zug um Zug werden auch alle anderen Schwachstellen ausgebessert, die den Einsatz der WEU-Eingreiftruppe (50.000 Mann, ab Oktober 1995) oder der deutschen Ledernackenverbände (»Krisenreaktionskräfte« mit 50.000 Mann, Bereitstellung ab 1. Januar 1996) behindern könnten: Die Anschaffung von Transportflugzeugen, die den Rückgriff auf die amerikanische Galaxy oder gar die russische Antonov überflüssig machen, und der Bau von Großlandungsschiffen stehen deshalb auf Rühes Wunschliste ganz oben.

Wie es um die Nato steht, zeigt ein Blick auf die traditionellen Herbstmanöver: Als multinationale Übungen gab es sie 1994 fast nirgendwo mehr. Zu den Hintergründen zitierte die »Neue Zürcher Zeitung« im November einen spanischen General: Es sei »derzeit kaum mehr damit zu rechnen, daß die Nato als geschlossener Block militärisch aktiv werde. Viel eher ist demnach zu erwarten, daß sich je nach Art und Ort einer Krise spezifische Zusammenschlüsse ergeben.«

Überall gehen die Deutschen besondere Wege: Sie veranstalten Manöver mit Frankreich in Vorbereitung der künftigen EU-Armee, aber auch Manöver mit osteuropäischen Staaten. Diese Übungen wurden »als Anhängsel an das Nato-Programm Partnerschaft für den Frieden (PFP) bezeichnet, obwohl das eigentlich gar nicht stimmt«, erklärte ein Bundeswehr-Pressesprecher, da sie im Unterschied zu Nato-Manövern nur bi- oder trilateral vereinbart worden seien. Die »Neue Zürcher Zeitung« machte die eklatanten Unterschiede deutlich zwischen den von der gesamten Nato getragenen PFP-Übungen und den vor allem von Deutschland geführten Manövern. So übt die Nato mit ihren osteuropäischen Aspiranten Aufgaben für typische Blauhelmmissionen wie Verkehrskontrolle, Konvoischutz, Flüchtlingstransport – also keinerlei Kampfeinsätze. Demgegenüber wurden beim deutsch-polnisch-dänischen Manöver »Tatra 94« offensive Operationen trainiert, »bei denen unschwer zu erkennen war, gegen wen Landesverteidigung mit Blickrichtung Osten betrieben wurde« (»NZZ«). Muß man sich wundern, daß Moskau da die Nato-Osterweite-rung für eine existenzielle Bedrohung hält? Bis 1990 verlief die Frontlinie für die Sowjetunion 2.000 km westlich der Staatsgrenze, ein Krieg hätte irgendwo im Fulda Gap begonnen. Würden sich die deutschen Vorstellungen durchsetzen, stünden Nato-Panzer eine Stunde vor St. Petersburg, und die Enklave Kaliningrad wäre von den Nato-Truppen Polens, Litauens und Deutschlands eingekesselt. Moskau reagierte daher leicht panisch, als im Dezember 1994 auch die USA auf die deutsche Vorstellung zur Osterweiterung umschwenkten: Außenminister Kosyrew ließ die feierliche Unterzeichnung der »Partnerschaft für den Frieden« platzen. Dabei haben die USA nur versucht, das Schlimmste zu verhindern und den Deutschen die Initiative bei der Osterweiterung wieder aus der Hand zu nehmen.

Doch das Dilemma der USA ist, daß sie den Osteuropäern nur in einem Punkt mehr bieten können als die Deutschen: Atomwaffen. Würden aber in den neuen Nato-Staaten auch diese noch stationiert, wäre das für die Russen ebenso fatal, wie wenn die Nato ohne Atomwaffen, dafür aber unter deutscher Führung an ihrer Grenze aufmarschierte. Angesichts dieser Wahl zwischen Pest und Cholera hat der russische General Lebed im April davor gewarnt, eine Nato-Expansion bedeute den Dritten Weltkrieg, was Clinton wiederum so erschreckte, daß er Jelzin im Mai gleich die Nato-Mitgliedschaft anbot, natürlich nur als »theoretische Option«. Doch Generalinspekteur Naumann hat den US-Präsidenten sofort dementiert: mit uns nicht.

Einstweilen werden Stellvertreterkriege geführt: Nicht nur auf dem Balkan, wo die Triple Entente aus Frankreich, England und Rußland das Kräftegleichgewicht im jugoslawischen Nachfolgekrieg bewahren will, während die Mittelmächte Deutschland-Österreich und die Türkei ihre Kettenhunde Izetbegovic und Tudjman mit Geld bzw. Waffen füttern. Auch am Kaukasus wird gekämpft, es geht um die Ölvorkommen am Kaspischen Meer, die zweitgrößten der Welt. Soll die

Pipelineführung über Tschetschenien laufen oder über kurdisches Gebiet? Der Zar und die Hohe Pforte konkurrieren darum, wer die Aufstände rund um die Öltrasse am schnellsten erstickt. Deutschland stützt den kranken Mann am Bosporus und liefert Waffen zur Vernichtung der PKK, andererseits wird der sogenannte Außenminister der tschetschenischen Sezessionisten im April in Bonn zum Staatsbesuch empfangen. Ideen verbinden sich mit Interessen, der Knoten ist geschürzt.

Jürgen Elsässer ist Redakteur und Leitartikler der Tageszeitung »junge Welt«

Konkret 06/95, S. 18

Oliver Tolmein

Bequeme Niederlage

Was ist »ernsthafter Antirassismus«, und warum müssen Deutsche leiden, bevor sie gute Antideutschnationale werden können?

»Kein Frieden mit Deutschland – Gegen die Kollaboration mit der Nation« – der Titel des Aufrufes zum»Antinationalen Aktionswochenende« am 6./7. Mai klingt anspruchsvoll, aber, vergegenwärtigt man sich die aktuellen politischen Verhältnisse, auch etwas unbestimmt: »Kein Frieden mit Deutschland« – ist das eine Zustandsbeschreibung oder eine Aufforderung? Heißt das Krieg? Bürgerkrieg? Ist es, mangels Masse und Sachverhalt, eher als unverbindliche Absichtserklärung gemeint? Oder vielleicht gar Ausdruck einer Hoffnung auf die Zukunft? Und wie ist es um das »Deutschland« im Titel bestellt: Ist es dasjenige, von dem Dregger träumt, an dessen Herstellung Schäuble arbeitet, oder dasjenige, in dem wir seit 30, 20, 5 Jahren leben – und wie verträgt es sich, dieses Gebilde einerseits als realexistierend zu behandeln und andererseits, am Schluß des langen Textes, zu fordern, es möge »Nie wieder Deutschland« geben?

Ein Flugblatt, das, von Gruppen aus dem gleichen Spektrum unterzeichnet, für eine »Diskussionsveranstaltung zum 8. Mai« wirbt, entwirft ähnlich unklare, aber vollmundige Parolen: »Deutsche Befreiung – Antideutsche Mobilisierung«. Zwar bleibt offen, ob die »deutsche Befreiung« ironisierend für die Wiedervereinigung steht oder ob sie sich auf den 8. Mai 1945 bezieht – die »antideutsche Mobilisierung« jedenfalls erscheint, bierernst und voll antinationalen Zorns, als relevante aktuelle Gegenmacht. Diffus bleibt allerdings auch hier, wer denn da, Kompanie liiiiiinks schwenkt marsch!, »mobilisiert« werden soll und wozu die »Mobilmachung« dienen könnte. Einen kleinen Hinweis liefert vielleicht die Benennung der Referenten auf den zumindest in Hamburg überaus zahlreich verklebten Plakaten: Der antinationale Kongreß erweist sich vor allem als Forum für weiße, deutsche Männer. Und weil »der Zusammenhang zwischen Rassismus, sozialer Position und Weltmarkt nicht durch unmittelbare Erfahrung, sondern nur durch kritische Reflexion erkannt werden (kann)«, verzichten die Antideutschnationalen auf die kritische Reflexion ihrer unmittelbaren eigenen Erfahrungen. »Deutschsein« ist in ihren Augen zwar (und da haben sie recht) »ein Privileg, das die ärmste deutsche Sau von Nichtdeutschen unterscheidet«. Es unterscheidet, und das wird im Text des Aufrufs konsequent ausgeblendet, aber nicht nur die arme Sau, sondern auch die radikalsten aller Deutschen, die oft besser begüterten Vaterlandsverächter, von denen, die hier von Amts wegen nur geduldet werden.

Vielleicht ist es den Veranstaltern des immerhin »Aktionskonferenz« genannten Treffens auf Grund ihres gesicherten Status' relativ leicht gefallen, die politische Praxis mit Bescheidenheit zu übergehen: »Wer sagt, radikal linke Politik könne derzeit etwas erreichen, hat sich die Gesellschaft bereits zurechtgelogen.« Immerhin haben die Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner, von der antinationalen Frauen-Lesbengruppe (Hamburg) über die Gruppen K (Hamburg und Berlin), die Redaktion »17å C« und zweiundvierzig (mutmaßlich Personen, Oldenburg), freundlicherweise vorher noch eingeräumt: »Es geht uns nicht darum, zu bestreiten, daß z.B. die antirassistische und antifaschistische Praxis notwendig und wünschenswert auch dann ist, wenn sie zwischen Aktivismus und Sozialarbeit aufgerieben zu werden droht. Kämpfen soll jedeR dort, wo sie/er sich aufhält.« Darüber, wie denn diese Kämpfe am Aufenthaltsort aussehen könnten und wie sie tatsächlich aussehen, was die eigenen Erfahrungen mit nunmehr sechsjährigem antinationalen Engagement tatsächlich besagen, verliert der sonst so beredte Aufruf kein Wort. Damit befördert er einen Blick auf Deutschland, eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung, die seltsam starr und leblos wirken: So allmächtig und monolithisch scheint das Objekt des Interesses, so unbeeinflußbar und stetig, daß sich die Auseinandersetzung damit gar nicht wirklich lohnt – tatsächlich führt sie ja auch zu wenig mehr als zu einem abstrakten Satz: »Kein Frieden mit Deutschland«.

In der Mai-Ausgabe von KONKRET hat Otto Köhler eine Geburtstagsfeier angekündigt, die dann doch nicht stattgefunden hat: Dregger, Zitelmann und Nolte kamen am Vorabend des 8. Mai nicht in München zusammen, weil der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht, wie verabredet, die Eröffnungsrede auf der Rechtsaußen-Konferenz halten wollte. Daß der Stahlhelmer dann auch noch damit begann, wenngleich sehr verhalten, den von ihm selbst unterzeichneten Aufruf »Gegen das Vergessen!« zu kritisieren, zeigt, daß »Deutschland« wenigstens gelegentlich eine Überraschung mehr zu bieten hat, als gedacht. Dreggers wankelmütiges Verhalten ist selbstverständlich weder ein Zeichen dafür, daß Deutschland doch ein zivilisiertes Land ist, noch daß Antje Vollmer und Heiner Geißler irgendwann einmal die geistige Hegemonie errungen hätten. Es ist aber ein kleiner Hinweis darauf, daß auch die apodiktische, mit einem F.J. Strauß-Zitat von 1988 (!) endende Aussage: »Die deutschen Landsleute feiern den deutschen Frieden, der seit 1990 gilt, sie feiern die neue Freiheit ... und sie feiern schließlich sich selbst als ein Volk, _das nicht mehr den gebeugten Gang des Sträflings der Weltgeschichte geht «, den Wunsch der Deutschnationalen und die deutsche Wirklichkeit unzulässigerweise behandelt, als wäre beides ein und dasselbe. Unzweifelhaft ist wahr, daß »radikalisierter Antisemitismus, rassistischer Terror, aggressive Außenpolitik« Charakteristika des neuen Deutschland sind, Charakteristika, die weder in der Welt noch von manchen Fraktionen der zersplitterten deutschen Linken so ernst genommen werden, wie es notwendig wäre.

Im Gegenteil freunden sich etliche Linke und Ex-Linke langsam mit dem neuen Land an. Nicht alles ist schließlich schlecht, die Mecklenburger Seenplatte z.B. ist sogar ganz schön, die besetzten Häuser in Leipzig und der Prenzlauer Berg sind es auch – und selbst die deutsche Friedensbewegung war schließlich erfolgreich, die Amis sind fast alle raus, die Sowjets sowieso, wir alle endlich nicht mehr besetzt, hurra ...! Soviel Bereitschaft zum gelassenen bis erfreuten Arrangement mit der souverän gewordenen Nation hat die Autoren des Aufrufs zum »antinationalen Aktionswochenende« (und die Stellungnahmen und Texte etlicher, nicht aller, Antideutschnationaler in den letzten Monaten) offensichtlich motiviert, die Misere im Gegenzug besonders düster auszumalen, so daß es nicht nur keinen Lichtblick mehr gibt, sondern auch alle politischen Schattierungen braunschwarz überdeckt werden.

Vor allem wird in dem »Aufruf« der Unterschied verwischt zwischen denen, die tatsächlich daran arbeiten, ein chauvinistisches Großdeutschland in die Position einer aggressiven Weltmacht zu manövrieren, und denen, die, oft mit untauglichen und ideologisch fragwürdigen Mitteln, etwas anderes wollen. Wo sich Kritik, gar Widerstand regt, wird nicht nach Anknüpfungspunkten geschaut, sondern nach der falschen Ideologie, die geeignet scheint, die Opposition als Kollaboration mit der Nation zu entlarven. Die einst so bemühte unbedingte Suche nach dem breiten Bündnis ist durch eine scharfe Abgrenzung des eigenen pathetisch definierten Kreises ersetzt. »Ernsthafter Antirassismus kann nicht darauf hoffen, die >Massen< durch den Appell an ihre Interessen zu gewinnen, weil er ihren warenförmigen Interessen nicht entspricht: Er wird, er muß minoritär sein.« Bei so ernstem Bemühen um korrekte Reflexion der warenförmigen Interessen bleibt nicht nur die Spaßguerilla außen vor. »Es geht darum ..., die Ideen von links an jene heranzutragen, die ihr Leiden an den Verhältnissen nicht nur abreagieren wollen.« Das hätte Petra Kelly kaum gefühlig-trauriger formulieren können. Auf wen es gemünzt ist, bleibt im »Aufruf« allerdings unklar, denn die (von Migrantinnen/Migranten, Flüchtlingen und Deutschen gebildete) Opposition kommt im dort entworfenen Deutschlandbild gar nicht vor: weder die z.T. großen Kundgebungen und Demonstrationen nach Angriffen auf Behinderte in Halle und bei Hannover noch die nach den Brandanschlägen in Mölln, Solingen und Lübeck; weder die Initiativen für Kirchenasyl noch die Aktivitäten antirassistischer Gruppen. Weil sie nicht so groß und zahlreich sind, wie es notwendig wäre, werden sie ganz ausgeblendet. Eine Ausnahme wird nur gemacht, wenn sich zeigen läßt, daß das »bessere Deutschland« genauso chauvinistisch ist wie das »böse«, wenn die Aktivitäten sich einpassen lassen ins homogen strukturierte Bild: Die Thematisierung der Lichterketten liefert dafür ein tristes Beispiel.

Der »Aufruf« konstatiert für 1991/92 zutreffend eine rassistische Massenmobilisierung und analysiert: »Mit der Asylkampagne sollte die Volksvergemeinschaftlichung auf eine neue Stufe gehoben werden ... Der Staat hatte rassistische Erwartungen geschürt, deren Einlösung auf sich warten ließ, weshalb das Pack die ›Lösung‹ des ›Problems‹ in die eigenen Hände nahm. Unter dem Eindruck des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen gab die SPD schließlich bekannt, die Asylrechtsabschaffung mittragen zu wollen. Es bedurfte nun einer aufwendigen, von Richard von Weizsäcker angeschobenen Gegenmobilisierung, um die über die nützlichen Stränge schlagende deutsche Volksgemeinschaft wieder zu disziplinieren. Auch wenn sich die militante Massenmobilisierung mit den Lichterketten in ihrer Erscheinungsform ändern ließ, wurde der Rassismus durch die faktische Abschaffung des Asylrechts auf eine neue Stufe gehoben.«

Die Autoren mühen sich zwar, eine widerspruchsfreie, konsistente Erklärung der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland zu liefern, tatsächlich beeindruckt aber bestenfalls ihr phantastisches Vorstellungsvermögen, dem es gelingt, gegensätzliche Tendenzen – Pogrom und Lichterketten – mit Hilfe des Kunstgriffs, beide als »von oben« gesteuert zu beschreiben, als gleichgerichtete darzustellen. Die »herrschende Politik«, einmal repräsentiert durch den damaligen CDU-Generalsekretär Volker Rühe, kurz darauf durch Richard von Weizsäcker, läßt »die da unten«, »das Pack«, von der Leine und diszipliniert es anschließend wieder. Und spiegelverkehrt zur Redaktion der autonomen Zeitung »wildcat«, die die Attacken des wildgewordenen Mobs als »riot von rechts« zum Bestandteil des antikapitalistischen Kampfes macht, schlagen die »Aufruf«-Autoren die Lichterketten als »militante Massenmobilisierung ..., die sich in ihrer Erscheinungsform ändern ließ«, umstandslos der rassistischen Volksbewegung zu.

Das ist schon deswegen blödsinnig, weil es z.B. für Flüchtlinge durchaus einen Unterschied macht – und nicht etwa nur einen in der Erscheinungsform – , ob Feuer benutzt wird, um einen Molli zu entflammen, der ihnen das Dach über dem Kopf abbrennen soll, oder um eine Kerze zu entzünden, die jemand nächtens durch die Straße tragen will, weil er oder sie dagegen ist, daß Menschen abgefackelt werden. Gerne wüßte man auch, warum »die herrschende Politik« die selbstgeschürten rassistischen Erwartungen nicht schnell genug erfüllte, wo die Grenze der Nützlichkeit des »Rassismus von unten« verlief und warum sich Richard von Weizsäcker die Mühe machen mußte, eine »Gegenmobilisierung« anzuschieben, die doch nur die »Massenmobilisierung in ihrer Erscheinungsform« veränderte. Was es überhaupt mit der neuen Stufe der – welch ein Wort! – »Volksvergemeinschaftlichung« auf sich hat, wie sie aussieht, wie sie wirkt, scheint so selbstverständlich, daß es nicht niedergeschrieben werden muß. Dabei spricht doch alles dafür, daß auch »Deutschland« eine von Widersprüchen und unterschiedlichen, ja bisweilen gegensätzlichen Interessen geprägtes Land ist, es also wenig Sinn macht, die »Deutschland«-Kritik so schematisch aufzuziehen wie einstmals die »Imperialismus«-Analyse.

Aber statt scheinbar zwangsläufige Entwicklungen nachzuzeichnen und zu zeigen, wo sie sich möglicherweise unterbrechen ließen (und wo sie nicht unterbrochen worden sind), liefern die »Lichterketten« endgültig nur noch ein

Stichwort, um den »volksgemeinschaftlichen Konsens« zu beschreiben: »Lichterketten, Asylschnellverfahren und Deportationsabkommen«. Konsequenterweise hätte es nach dem Vorangegangenen wohl heißen müssen: »Brandsätze, Lichterketten, Asylschnellverfahren und Deportationsabkommen ...« – nur hätte dieser Satz sich nicht ganz so glatt und widerspruchslos runterschreiben lassen, weil offensichtlich gewesen wäre, daß in ihm Widersprüchliches auf einen Nenner gebracht werden soll. So bleibt die Frage, ob ein Ausbleiben der Lichterketten bzw. eine geringere Beteiligung an ihnen gezeigt hätte, daß »Deutschland« weniger rassistisch verfaßt ist und der Konsens der Volksgemeinschaft weniger gefestigt?

Es geht mir nicht um eine verspätete Rehabilitierung einer politischen Aktionsform, die auch ich kritisiert habe, weil sie nur eine diffuse Stimmung »gegen Gewalt« ausdrückte, weil vielerorts und in vielen Texten die Sorge um Deutschlands Ansehen im Ausland die Sorge um die von Deutschen Bedrohten überlagerte und der Zusammenhang von rassistischer Politik im Parlament und den Attacken des Mobs verschwiegen wurde. Trotzdem war der Wille der Leute auf der Straße, gegen rassistische Gewalt aufzutreten, evident – und nichts spricht dafür, »die da unten« als solche zu sehen, die bloß ausführendes Organ einer »von oben« veranlaßten »Gegenmobilisierung« gewesen sind.

An den Überlegungen der »Aufruf«-Autoren zu den Lichterketten und zum Verhältnis von »herrschender Politik« und rassistischer Gewalt auf der Straße wird ein zentrales Problem der antideutsch-antinationalen Argumentation sichtbar: Ihr Ergebnis ist stets vorgegeben – es erscheint ausgeschlossen, daß, und sei es auch nur an einem Punkt, eine positive Entwicklung, ein Erfolg, eine Überraschung konstatiert wird. Sie nimmt Wirklichkeit nur als Versatzstücke wahr, bricht sich Belegstücke heraus – was zugegebenermaßen keiner großen Mühe bedarf und nicht darauf angewiesen ist, etwas von weit herzuholen – , die die eigene Analyse stützen, und läßt den Rest unbeachtet liegen. Der antideutsch-antinationale Ansatz ermöglicht so keinen schärferen Blick, keine präzisere Analyse, er bringt nicht zusätzliche Aspekte in die Diskussion, sondern läßt nur andere weg. Die Perspektive ist eine andere als in den guten alten Zeiten, aber nur weil die Sichtweise an einem anderen Ausschnitt verengt wird.

So unternimmt der »Aufruf« im Zusammenhang einer ausführlichen Attacke gegen die deutschnationale Streitschrift *Weil das Land sich ändern muß* einen kurzen Ausflug in die »Euthanasie«-Debatte: »Wie die ›Zeit‹ in der ›Euthanasie-Debatte‹ sich zur Propagierung der Singerthesen zur Tötung behinderter Säuglinge als Stichwortgeber zukünftiger deutscher Politikziele betätigt ...« Ein paar Federstriche, und schon ist die Volksgemeinschaft, von der »Zeit« bis zur »herrschenden Politik«, die die deutschen Politikziele vorgibt, auch hier hergestellt. Nun spielen für die »Euthanasie«-Debatte aber gerade die »deutschen Politikziele« eine äußerst geringe Rolle, die »Reinhaltung der Rasse« wird, anders als die »Aufruf«-Verfasser nahelegen, von keinem der zur Zeit maßgeblichen deutschen Teilnehmer an dieser Debatte als bevölkerungspolitisches Ziel benannt (daß derlei bei populistischen Propagandisten dieser Ideen gleichwohl eine Rolle spielen kann und Stoiber sich in anderem Zusammhang gegen die »durchmischte und durchrasste« Gesellschaft ausgesprochen hat, widerspricht dem nicht und ist vorallem kein taugliches Unterscheidungsmerkmal von deutscher und niederländischer oder US-amerikanischer Debatte, wo sich ebenfalls traditionalistische rassistische Argumente finden lassen).

Charakteristisch für die »Euthanasie«-Debatte ist gerade ihr internationaler Charakter, maßgeblich bestimmt wird sie vor allem von US-amerikanischen, britischen und australischen Ärzten, Ärztinnen und Ethikern. In der Bundesrepublik ist die Lage, verglichen mit der in anderen Ländern, sogar noch positiv: Weil die Behindertenbewegung frühzeitig den Bezug der »Euthanasie«-Praxis zur NS-Ideologie und zur internationalen Eugenik- und »Euthanasie«-Debatte der zwanziger Jahre hergestellt hat, befanden sich die Befürworterinnen und Befürworter von »Euthanasie« lange in der Defensive; es konnte sich hierzulande eine relativ starke Oppositionsbewegung herausbilden, die punktuell und bis in die neunziger Jahre hinein durchaus Erfolge erzielte; trotz der engagierten Befürwortung vor allem durch Juristen und Philosophen gibt es hierzulande zur Zeit – anders als z.B. in US-Bundesstaaten oder den Niederlanden – auch keinen Ansatz für eine staatliche »Euthanasie«-Gesetzgebung. Das ist kein Grund zur Entwarnung, kein Anlaß, deutsche Zivilität zu beschwören (schon ein Verweis auf die zahlreichen freigesprochenen NS-»Euthanasie«-Ärzte steht dem entgegen). Zudem kann diese Situation in kurzer Zeit radikal umschlagen, und dann gilt umgekehrt: Wenn in Deutschland die Tötung von schwerkranken Alten oder behinderten Neugeborenen legalisiert werden sollte, droht eine weitaus radikalere Praxis, als sie derzeit in den Niederlanden geübt wird – dennoch macht es keinen Sinn, eine solche Entwicklung in vorauseilender Katastrophenerwartung als ganz selbstverständlich und unabänderlich vorwegzunehmen.

Hannah Arendt hat in ihrem Aufsatz über »Persönliche Verantwortung unter der Diktatur« (KONKRET 6/91) versucht, den Unterschied zu erklären zwischen dem »sprachlosen Entsetzen, in welchem man nichts lernt, und der keineswegs grauenhaften, doch sehr widerwärtigen Erfahrung ..., bei der es um das Verhalten von Menschen geht, das mit normalen Maßstäben gemessen werden kann«. Das »Deutschland« des »Aufrufs« ist so determiniert, daß Menschen sich darin gar nicht mehr tatsächlich verhalten müssen (und können): Sie erscheinen vor allem als ausführende eines großen, schrecklichen Planes. Damit wird die Niederlage bequem, weil sie unausweichlich scheint. Auch die scharfe, aber schematische Kritik kann so zu einer Form des Sich-Einrichtens werden, zumal nichtbehinderten, weißen Deutschen – was

die allermeisten »Aufruf«-Autoren ebenso sind wie der Schreiber dieser Zeilen – daraus keinerlei schwere Nachteile und Gefahren erwachsen müssen.

Daß der »Aufruf« einer Auseinandersetzung wie der um »Euthanasie« nur wenige Zeilen einräumt, überrascht dagegen nicht: Der antinational-antideutsche Ansatz interessiert sich, so wie er sich zur Zeit präsentiert, nicht sonderlich für die Sphäre der Reproduktion. Das ist zwar mit Blick auf den Nationalsozialismus, der in diesem Bereich mindestens ebenso terroristisch gewirkt hat wie in der Produktion, nicht zu begründen, erklärt sich aber vielleicht aus dem Unwillen der Antideutschnationalen, ihre eigene Position in der Gesellschaft kritisch zu reflektieren. Sicher ist das auch eine Ursache dafür, daß ausgerechnet in diesem Umfeld, das 1989 ff. auch gegen orthodoxe linke Politik angetreten ist, die alte Theorie des Hauptwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit derzeit fröhliche Urständ feiert. Daß man sich mit der locker antinationalkapitalistisch formulierten Attacke gegen »den Benimm-Katalog der political correctness«, der angeblich untersagt, aus der Alu-Dose zu trinken und gegen die »feministische Grammatik« (?) zu verstoßen, dann doch wieder heim ins Reich der Leggewies, Schäubles und Theo Sommers schreibt, ist wenigstens als Treppenwitz gut. Wir ernsten Antirassisten haben ja sonst wenig zu lachen.

Oliver Tolmein war 1990 einer der Initiatoren der Zeitung »Nie wieder Deutschland!«

Konkret 06/95, S. 21

Walter von Goldendach, Hans-Rüdiger Minow

Am Kälberstrick

Arbeit im Großraum: Deutsche Politiker bereiten die Gründung eines »Europäischen Zentrums« für grenzüberschreitende Minderheitenarbeit (EZM) vor. Die beim Bonner Innenministerium angesiedelte Staatsholding plant Interventionen z.B. »in den Minderheitengebieten Osteuropas«, »in Südtirol/Italien, Ostbelgien, Österreich«

Referatsleiter Rolf Goßmann in Abteilung Vt III 5 des Bonner Innenministeriums (»Vertriebene, Aussiedler, Ostdeutsche Kulturarbeit«) bat Ende Februar um vertrauliche Behandlung der abschließenden Planungsschritte für ein sorgsam vorbereitetes Unternehmen. Nach mehrjährigen Konsultationen, die im Rausch der deutschen Vereinigung begonnen hatten, legte Goßmann ein »Anforderungsprofil für den Standort des geplanten EZM« vor. Im März war das »Europäische Zentrum für Minderheitenfragen« bereits bis zur ministeriellen Raumbedarfsliste gediehen, soll aber weiterhin als »nichtstaatliche Institution« ausgegeben werden.

Goßmanns interne Papiere (»Nur für den Dienstgebrauch«) realisieren eine Übereinkunft zweier christdemokratischer Innenminister (Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters) mit der sozialdemokratischen Führung (Björn Engholm). Die stillschweigenden Koalitionäre sind seit 1992 im Begriff, das traditionelle Einfallstor großdeutscher Hegemonialpolitik in fast sämtlichen Staaten Europas aufzustoßen und nehmen sich deswegen verstärkt der Minderheiten im Ausland an. Der Zufall will es, daß unter diesen Bevölkerungsgruppen das »Deutschtum« am zahlreichsten ist (so etwa in Polen) oder aber anderen Minoritäten zur Seite gestellt werden kann, um mit gemeinsamen Forderungen nach »Territorialautonomie« die europäischen Nationalstaaten aufzubrechen. Nach dem Vorbild der 20er und 30er Jahre, als das Auswärtige Amt »die Minderheitenfrage ... zur außenpolitischen propagandistischen Ausnutzung« bereithielt, sollen Minderheitenansprüche wie »ein von allen politischen Erwägungen und Bedenken vollkommen unabhängiges Naturrecht« erscheinen (KONKRET 2/95). Im Kontinuum dieser großdeutschen Europapolitik möchte die Abteilung Vt III 5 des Bonner Innenministeriums der »minderheitenrechtlichen Diskussion« (BMI) auf die Sprünge helfen. Den Planern des »Europäischen Zentrums« »fehlt eine gezielte Konfliktforschung der Problematik Mehrheitsvölker und nationale Minderheiten«, um »die Einzelbereiche nationaler Minderheiten und Volksgruppen oder, bezogen auf einzelne Regionen, Strukturen der Minderheiten und ihrer Lebenssituation zu untersuchen«. »Das EZM muß deshalb diesen Fragen eine neue Dimension verleihen« und werde »umgehend benötigt«.

Bei den bevorstehenden »Untersuchungen« für eine »neue Dimension« gezielter Konfliktforschung jenseits der deutschen Grenzen baut das Innenministerium auf einschlägige Strukturen. »In die Zusammenarbeit ... einbezogen werden« soll »insbesondere die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)«, verfügt das BMI. Gemeint ist eine NS-Nachfolgeorganisation mit Sitz in Flensburg, die bis heute den Wert nationalsozialistischer Minderheitenarbeit rühmt und in ihren Schriften (»Europa Ethnica«) mehrmals antisemitische »Volksgruppenführer« ehrte. Sie behauptet, 80 Organisationen zu vertreten (u.a. in Großbritannien und Frankreich), denen etwa 100 Millionen Mitglieder angehören sollen. Vor der FUEV hatte zu Beginn der 60er Jahre sogar das Auswärtige Amt gewarnt. Unter Referatsnummer 606-80.06 schrieb damals Ministerialdirektor Sattler (»Vertraulich«), die Spezialität der FUEV sei es, »künstlich Minderheitenprobleme dort zu erzeugen, wo sie bisher noch nicht vorhanden waren. ... So wird heute auf den Tagungen der FUEV von Minderheiten wie ... der rätoromanischen in der Schweiz, der französischen im Aosta-Tal, der bretonischen in Frankreich, der Friulaner in Italien gesprochen. Die künstliche Erweckung von Minderheitengefühlen ist geeignet, Unruhe zu stiften.« Eben diese FUEV, vom Auswärtigen Amt 1961 als eine Organisation von Provokateuren eingestuft, stellt im vergrößerten Deutschland der neunziger Jahre den eigentlichen Bezugspunkt grenzüberschreitender »Volkstumspolitik« dar. Am »Sitz der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), des Zusammenschlusses der nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Europa«, solle auch das neue Zentrum angesiedelt werden, heißt es in den Planungen unter Oberaufsicht von Staatssekretär Walter Priesnitz (BMI). »Dem EZM würde der Kontakt zu den einzelnen Volksgruppen dadurch erleichtert.«

Der in Aussicht genommene Standort »im deutsch-dänischen Grenzland ... (u.a. Tondern/Leck, Apenrade/Flensburg, Husum)« macht Sinn. Zum einen wegen der politischen Zielprojektionen: »Vom deutsch-dänischen Grenzland aus lassen sich auch Veranstaltungen in den Minderheitengebieten Osteuropas gut organisieren.« Zum anderen, schreibt das BMI vertraulich, ist dort »die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig« (Dänemark) zu Hause und kann Funktionen als »Teil eines Netzwerkes ausüben«, das Organisationen in ganz »Europa umfaßt, die sich mit Minderheitenfragen beschäftigen«.

In der Tat beherrscht die Netzwerktätigkeit der »deutschen Volksgruppe in Nordschleswig« fast sämtliche Vorfeldorganisationen der verdeckten Bonner Außenpolitik. Bereits in den 50er Jahren bediente sich das »Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen« bekannter NS-Kollaborateure aus Nordschleswig und setzte die Politik einer massiven Finanzierung dieser »Grenzgebiete« (»Referat I 5«) bis zur deutschen Vereinigung fort. Inzwischen wird die »deutsche Volksgruppe« mit Millionensummen vom BMI gesteuert und ihr Führungspersonal für Schaltstellenarbeit eingesetzt.

Im »Verein für das Deutschtum im Ausland« (VDA), der auf eine lange Geschichte internationaler Subversionsarbeit blicken kann, stellt »die deutsche Volksgruppe« den Vorsitzenden des Verwaltungsrates (Peter Iver Johannsen). »Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig« ist gleichermaßen an führenden Stellen der »Hermann-Niermann-Stiftung« (Düsseldorf) tätig. Die Beziehungen dieser millionenschweren Stiftung zum europäischen Rechtsterrorismus sind aktenkundig. Selbstverständlich ist »die deutsche Volksgruppe« auch in der NS-Nachfolgeorganisation FUEV präsent (Generalsekretär: Armin Nickelsen). Daß die Multifunktionäre aus Flensburg und Apenrade nunmehr bei der Gründung des »Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen« herangezogen werden (so in Gestalt von Siegfried Matlok, Chefredakteur des »Nordschleswiger«), soll beispielhaft wirken. Durch Einbeziehung der »nationalen Minderheiten ... in die zwischenstaatliche Diskussion des Minderheitenschutzes« (BMI) ließe sich das vertriebene »Deutschtum« zum Verhandlungspartner bei Revisionsforderungen gegen die Regierungen Osteuropas machen – eine Zumutung, die selbst im germanophilen Prag abgelehnt wird.

Bei ihrem Fummeln am Völkerrecht können die deutschen Planungsstäbe auf europäische Helfer bauen. Weil die friedlichen Absichten des altruistischen »Deutschtums« nicht in Frage zu stehen scheinen, ist man in Dänemark »grundsätzlich bereit, ein EZM finanziell zu fördern, wobei sich die Förderung sowohl auf institutionelle Mittel als auch auf Projektmittel beziehen könnte« (Protokoll BMI). Mit den unverdächtigen Partnern im Kopenhagener Außenministerium »soll (die EG) auf indirektem Wege ... angesprochen werden«.

Nicht anders als in der dänischen Hauptstadt trifft auch der Vorstoß bei der EG auf Ahnungslose, die das verstärkte deutsche Bemühen um Schutzmachtansprüche gegenüber den europäischen Minderheiten sorglos begleiten. Wie das BMI vermeldet, knüpft man in Brüssel willig an jenem Kälberstrick, an dem die Souveränität der benachbarten Nationalstaaten ins Schlachthaus geführt werden wird: »Recherchen ... bei EG-Politikern ergaben nunmehr, daß grundsätzlich Bereitschaft besteht, Haushaltsmittel für das grenzüberschreitende Projekt eines EZM zu veranschlagen.«

Walther von Goldendach und Hans-Rüdiger Minow schrieben in KONKRET 2/95 über die »Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen«

Konkret 06/95, S. 22

Otto Köhler

A. Dreggers Fahnenflucht

Zwar hat der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schließlich doch noch gekniffen, ansonsten aber haben zum 50. Jahrestag der deutschen Kapitulation alle getan, was man von ihnen erwarten durfte

Zwei Deutsche gleichen Alters begingen den 50. Jahrestag der ungewollten Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus auf unterschiedliche Weise. Der eine, ein Rentner namens Reinhold Elstner, begab sich als neuer Blutzeuge der Bewegung zu jenem Ort, an dem 1923 der Hitler-Putsch niedergeschlagen worden war, zur Feldherrnhalle in München, übergoß sich mit Benzin und zündete sich an. Die »Junge Freiheit« des Nazinachwuchses nannte dies – ebenso wie die liberale »Abendzeitung« – die »sinnlose Tat eines verbitterten Deutsch-Nationalen«. Der 75jährige wollte mit seinem Tod, so hatte er zuvor an das Neonazi-Organ »Nation und Europa« geschrieben, ein »sichtbares Zeichen setzen«. Denn, so meinte er: »50 Jahre unendlicher Verleumdung und Verteufelung eines ganzen Volkes sind genug. 50 Jahre ungeheuerlicher Beleidigung deutscher Soldaten sind genug.«

Der im Dezember 75jährige Alfred Dregger, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist derselben Meinung. Das hatte er schon am 25. März mit seiner Rede »Der ganzen Wahrheit ins Auge sehen« vor dem Verband Deutscher Soldaten e.V. in Heilbronn bekundet (s. KONKRET 5/95). Er hat den »FAZ«-Aufruf der Einsatzgruppe Zitelmann unterzeichnet, der für das »Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation« agitiert und darum den »Beginn des Vertreibungsterrors« auf den 8. Mai 1945 terminiert.

Unter der Überschrift »Der Aufrechte« hat am 28. April die »Junge Freiheit« den alten Hitler-Offizier gewürdigt: »Wer ihn kennt, konnte nicht daran zweifeln, daß er fest bleiben werde. Die Versuche, Alfred Dregger dazu zu bewegen, von dem Aufruf ›8. Mai – gegen das Vergessen‹ abzurücken, mußten schiefgehen.« Er werde darum bei der »Gedenkveranstaltung« am 7. Mai in München die Hauptrede halten und damit »als Politiker der demokratischen Mitte dokumentieren, daß der Einspruch gegen eine einseitige und verfälschende Darstellung der Geschichte kein Exklusivthema rechter Gruppierungen sein« dürfe. Dregger werde mit Sicherheit reden: »Denn er ist aus anderem Holz als die geläufigen Erscheinungen des politischen Bonn, nämlich ein wirklich freier Mann. Diese Freiheit ist in Charakterstärke begründet. Alfred Dregger verbiegt sich nicht.«

Und er verbog sich doch. Der Hauptmann und Bataillonskommandeur, der seine Leute bis zuletzt mutig in den Tod geführt hatte, kapitulierte zum 50. Jahrestag und tat damit, was er Hitler nie angetan hätte: Er desertierte. Noch ehe die »Junge Freiheit« ein weiteres Mal erschienen war, sagte er seine Teilnahme in München ab, und die nationale Protestkundgebung gegen die Kapitulation von 45 platzte. »Die Entäuschung unter den über 3.000 angemeldeten Interessenten ist groß«, jammerte das im Stich gelassene Nachwuchsorgan und schrieb in der Sprache, die ihm gegeben ist: »Die Empörung, die sich auch in Anrufen bei unserer Redaktion Luft machte, richtet sich aber immer stärker gegen die Unionsführung.«

So erfreulich es ist, daß der alte Hauptmann so erbärmlich kniff, es bedeutet nur, daß ein CDU-Führer nicht unter den Linden gegrüßt werden wollte. Vom Inhalt des Aufrufes hat sich der ansonsten Fahnenflüchtige bis heute nicht distanziert. Auch Helmut Kohl, der von der rechten Veranstalterriege für Dreggers Wortbruch mitverantwortlich gemacht wird, läßt es an prinzipiell bündnisfähiger nationaler Gesinnung nicht fehlen. Er hat – kaum war der 8. Mai vorbei – die zu den Festlichkeiten in Ost und West getragene Festverkleidung abgelegt und zur Ausrufung des Endsieges den Kampfanzug angezogen. »Wir sind Nummer 1 in Europa«, verkündete er in seinem Haussender Sat 1 und fügte hinzu: »Die Führungsrolle ist da, nicht weil wir sie suchen – sie ist einfach da.« Und wie er sie gesucht hatte. Vor zehn Jahren mußte sich der US-Präsident in Bitburg vor der SS verneigen, und nun sind deutsche Soldaten – diese Demütigung ließen sich die Franzosen bieten – bei der Siegesparade in Paris dabeigewesen.

Doch die geistig-moralische Unterfütterung des deutschen Endsieges findet sich wieder einmal in der Wochenzeitung »Parlament«, die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird. Unter der Überschrift »Warum sie trotz allem nicht aufgegeben haben« hängt dort der General a. D. Günter Kießling »Erinnerungen an die letzten Tage der deutschen Wehrmacht« nach. Der Herzjesu-Nationalist, der sich bei der Bundeswehr für einen Atomkrieg aus christlichem Geist einsetzte und wegen sehr persönlicher Zwistigkeiten mit dem damaligen Verteidigungsminister Wörner in eine Märtyrerrolle geriet, schreibt jetzt den Durchhalteartikel zum 8. Mai. Und das »Parlament« druckt diese Landserlyrik, weil es gesetzlich dazu verpflichtet ist, an der Bildung des deutschen Volkes mitzuwirken.

Der General und sein Soldat: »Wie lang kann für ihn, der da mit dem Gewehr und der Panzerfaust ausharren muß – im Angesicht des Todes – eine Minute sein, eine Stunde, ein Tag! So etwas kann niemand durchhalten, der nicht kämpfen will, sondern den Sieg der anderen Seite herbeisehnt! Mag so die törichte Behauptung von der ersehnten Befreiung durch den Gegner widerlegt sein.«

Kießling findet die Idee nicht gut, wenigstens in den letzten Tagen des Krieges einfach die Waffen wegzuwerfen. Da hätte doch »ein gewaltiges Chaos entstehen müssen«, wenn die Soldaten schließlich doch noch so vernünftig geworden wären.

Aber der deutsche Soldat, freut sich der General noch heute im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung, macht sowas sowieso nicht: »Viel stärker fällt ins Gewicht, daß damals niemand auch nur auf die Idee gekommen ist, den Krieg auf diese Weise zu beenden. Wurde es auch mit jedem Tag leichter, sich ohne großes Risiko ›selbst zu demobilisieren‹ – wie es die wenigen nannten, die solches taten. Die meisten deutschen Soldaten harrten aus – wie das Gesetz es befahl. Warum nur?«

Die Mörderbande namens Wehrmacht sei, so verbreitet der General im »Parlament«, »eben keine Horde von Landsknechten« gewesen, schon gar nicht »ein Vollzugsorgan der Partei – wie Unkundige sie heute gerne darstellen!« Richtig, Hitlers Truppe brauchte keine Parteibefehle, um Frauen und Kinder, Verwundete und Greise abzuschlachten. Sie war, der General formuliert es korrekt, »immer noch in preußisch-deutschen Traditionen verwurzelt«, und das genügte, um solche Taten zu vollbringen – zu Beginn des Jahrhunderts hatte man es an schwarzen Untermenschen erfolgreich ausprobiert.

Mit derlei unterscheidet der General sich nicht von der Mehrheit des Bundestages, die sich noch heute mit der NS-Mordjustiz gemein macht – indem sie bewußt und vorsätzlich deren Urteile gegen die einzigen Wehrmachtsoldaten aufrechterhält, die ihre Pflicht erfüllten: gegen die Deserteure.

Da fiel es schon schwer, sich von der Kumpanei des Mordes fernzuhalten, der General sagt es im »Parlament« so: »Schwer nachzuempfinden ist heute dieses enge Band der Kameradschaft, das da in den Jahren des Krieges die Soldaten verband.« Kießling kannte und kennt heute nur eine anständige Haltung: »Je hoffnungsloser die Lage wurde, umso stärker dominierte die Auffassung: Nun haben wir solange unsere Pflicht getan, da packen wir die letzten Tage auch noch.« Die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager mußten bis zum letzten Blutstropfen ihrer Insassen verteidigt und in ihrer Funktionsfähigkeit erhalten werden.

General Kießling kämpft nicht allein im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung. Ihm zur Seite vermitteln ausgewählte Mitarbeiter die korrekte Weltanschauung. Dafür hat der Deutschlandfunk-Redakteur Peter Joachim Lapp gesorgt, der zusammen mit dem »Parlament«-Redakteur Johnnes L. Kuppe für Konzept und Redaktion des Themenheftes zum 8. Mai 1945 verantwortlich zeichnet. Lapp selbst ist mit einem Lobgesang auf »die größte Tat der deutschen Kriegs- und Handelsmarine«, die angebliche »Rettung von rund 2,5 Millionen Menschen über die Ostsee vor der Kriegswalze der Ostfront« befaßt. »Bei Lichte besehen« betrachtet er die von Dönitz veranlaßte Evakuierungsaktion als »gute Tat im Strudel des Untergangs«.

Gleich daneben steht ein Beitrag über »die Deutschen-Vertreibung aus dem Osten« von Lapps Deutschlandfunk-Kollegen Bernt Kallina. Der Rechtsaußen-Redakteur, der in seiner regelmäßigen Donnerstags-Sendung mit ausgewählten Mitarbeitern gern gegen »Nationalmasochisten« wettert – drei Tage nach den nationalen Abschlußkundgebungen zum 8. Mai wurden die »Geschehnisse« von Lidice mit den »Untaten« an den Sudetendeutschen verrechnet – , behauptet unter Berufung auf einen deutschen »Vertreibungsexperten«, die »Deutschen-Vertreibung« stelle die »größte Völkervertreibung der Weltgeschichte« dar. Deshalb gratuliert Kallina in derselben Ausgabe des »Parlament« gleich auch noch einem weiteren NS-Vertreibungsexperten: »Von Kommunisten verfolgt – jetzt voll rehabilitiert. Theodor Oberländer vollendet 90. Lebensjahr.« Für Adenauer war der Mann von der Mord-Einheit »Nachtigall« noch der »tiefbraune Herr« – zum 8. Mai 1995 gilt er der Bundeszentrale für politische Bildung als »Kriegsverbrecher« nur mehr in Anführungszeichen, tatsächlich aber als einer, der »unbeirrbar für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen« eintrat.

Theoretisch überhöht wird dieser Geschichtsunterricht in der »Parlament«-Beilage »Aus Politik und Zeitgeschehen«, wo der Nolte-Anhänger Horst Möller – Chef des Instituts für Zeitgeschichte in München – sein Resümee des 8. Mai 1945 gibt: »Oft verkürzend als ›Tag der Befreiung‹ charakterisiert, zeigte er sich spätestens seit den – tatsächlich befreienden – Umwälzungen seit 1989 als vielschichtigeres und ambivalenteres zeitgeschichtliches Phänomen.« Erst heute, da sich die Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens gegenseitig totschlagen, mag der Münchner Zeitgeschichtler von Befreiung reden. Denn: »Die Historiker, die vorschnell die Kategorie der Nation und des Nationalstaates auf den Müllhaufen überlebter Vergangenheit geworfen hatten, wurden eines Besseren belehrt.« Eines Besseren – er meint, was er sagt. 1945 sei es nicht einmal für die Westdeutschen »im strengen Sinne Befreiung« gewesen, allenfalls ein »Schritt in diese Richtung«.

Der »Spiegel« vom 8. Mai 95 hat die Möller-These auf seinem Titel illustriert. Das Bild zeigt – mit dem Rücken zum Publikum und etwas zu langhalsig geraten – Rudolf Augstein auf einem Felsen hoch über der bewältigten Vergangenheit. Er starrt durch den Bierdunst aufs Brandenburger Tor. Zu seiner Linken sieht er – die Richtungen kann er in seinem Zustand leicht verwechseln – den Führer, Hakenkreuzfahnen und ein paar wohlgenährte KZ-Häftlinge. Zu seiner Rechten marschieren NVA-Soldaten ohne Zahl aus dem Bild, darüber weht die Hammer-und-Zirkel-Fahne, und an der Stelle, wo links Adolf Hitler prangt, springt rechts ein einzelner NVA-Soldat in Richtung Augstein, unsere Freiheit.

Was will Augstein uns mit dieser Casparei sagen? Er will, erfahren wir in der Hausmitteilung auf Seite 3, »das komplexe Geschehen um den reichsdeutschen Zusammenbruch und den Umgang mit der historischen Schwerlast visuell übersetzen«.

Hä? Gemach, es findet alles seine Lösung.

»Gehören Symbole der NS-Schreckensherrschaft auf der Titelseite gleichsam ebenbürtig neben die des DDR-Regimes – das doch nach dem Urteil der Bonner Sozialdemokratin Margot von Renesse und mancher anderer ›um Lichtjahre‹ vom Nazi-Grauen entfernt war?« So fragt sich der Hausmitteilungsredakteur Hans Joachim Schöps. Der altgediente, erfahrene »Spiegel«-Mann, der noch die SD-Ressortleiter im Haus erlebt hat, denkt an seine Gewinnbeteiligung und findet sofort die richtige Antwort: »Es ist sogar geboten.« Denn: »Die Entfernung in ›Lichtjahren‹ trennte den SED-Staat vom NS-Reich in seinen Handlungsspielräumen nach außen: Krieg in Europa war an des Kremls straffer Leine nicht zu machen, gewiß auch nicht gewollt.« Nicht? Was dann? »Aber dem Terror im Innern, so kam zutage, war dieses Maß nicht gesetzt. 86.000 DDR-Bürger hätten im ›Ernstfall‹ in Internierungslagern verschwinden können.« Nun sind gewiß 86.000, die hätten verschwinden können, selbst wenn es sich dabei nur um DDR-Bürger handelte, vom Menschenmaterial her wertvoller als 6 Millionen Juden, die tatsächlich durch Endlösung verschwunden sind – von der Nato-Planung »Stay Behind«, die im Westen zigtausend BRD-Bürger zum Verschwinden gebracht hätte, nicht zu reden.

Egal: Der Hausmitteilungsredakteur hat die richtige Lösung gefunden: »Die beiden deutschen Diktaturen des Jahrhunderts stehen in historischer Verbindung, und Rudolf Augstein rückt in seinem Beitrag zum Titelthema dieses Hefts zurecht: ›Zwischen den Qualitäten dieser beiden Unrechtsstaaten zu unterscheiden lohnt sich nicht.‹«

Ja, wenn er meint. Für die Qualitäten der beiden deutschen Nachrichtenmagazine gilt das inzwischen mit Sicherheit. Aus Augsteins »Politik der Erinnerung« überschriebener Titelgeschichte wird nur eines klar. Die Juden waren die ersten, die etwas gegen die Juden hatten, na also. Außerdem gab es da mal einen Oberst oder Generalleutnant Fiebig – vermutlich sein Regimentskommandeur – , der »vor Stalingrad alles in seinen Kräften Stehende getan hatte, um dieses entsetzliche Unheil zu verhindern«, und den die Engländer trotzdem wegen der Bombardierung Belgrads dem Marschall Tito ausgeliefert hatten. Böse! Denn: »Er wurde gehenkt.«

Bierernst, es können mehrere Flaschen gewesen sein, hatte Augstein schon eine Nummer zuvor – Emigranten hatten gegen seinen Lieblingsschriftsteller gehetzt – ein für allemal festgestellt: »Niemand wird ernsthaft behaupten können, Hitler hätte seinen Krieg ohne Karl May gar nicht oder zumindest anders geführt.«

Pressefreiheit ist im neuen großen Deutschland die Freiheit eines reich gewordenen Mannes, nach Einnahme einer beliebigen Menge geistiger Getränke einen »Spiegel«-Titel zu schreiben. Die gab’s übrigens auch bei Jürgen Flimms Super-Party »Die Freiheit hat Geburtstag«, die dann doch nicht so doll spaßig wurde. Macht nichts. Die Feten sind für dieses Jahr noch lange nicht zu Ende. Zum einen wollen die Neonazis am 17. Juni auf die Reichstagsverhüllung durch Christo eine »nicht weniger spektakuläre Antwort geben«. Die eigentliche Gegenparty aber steigt zum Tag des Anschlusses, am 3. Oktober, an dem sie unter dem Motto »Die Freiheit hat Geburtstag – Auf dem Weg zur selbstbewußten Nation« ein großes internationales Symposium machen wollen. Wir sehn uns.

Otto Köhler schrieb in KONKRET 5/95 über die Lügen zum 8. Mai

Konkret 06/95, S. 25

ARCHIV FÜR SOZIALPOLITIK

Jeder ist uns der nächste 37

Donnerstag, 26.1. –

Das Arbeitsgericht Heidelberg weist die Klage eines 50jährigen Mitarbeiters der Heidelberger Universitätsklinik zurück, dem wegen diskriminierender Äußerungen über zwei schwarzafrikanische Kollegen gekündigt worden war. Die Richter begründen dies auch damit, daß er sich nach dem Vorfall nicht entschuldigt habe. –

Der Berliner Strafsenat des Bundesgerichtshofs hebt den Freispruch des Landgerichts Potsdam für einen Rechtsextremen auf, der einen angeblich bezahlten Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Dolgenbrodt/Brandenburg verübt haben soll.

Montag, 30.1. –

Nach Angaben von Innenminister Birzele (SPD) ging die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten in Baden-Württemberg von 848 um rund 60 Prozent auf 334 zurück. Deutlich zurückgegangen ist danach auch die Zahl der Brandanschläge von 46 im Jahr 1993 auf 15 im Jahr 1994. Auffällig sei eine deutliche Verlagerung der Straftaten weg von der direkten Konfrontation hin zu anonymen Drohanrufen und zum Versenden volksverhetzender und beleidigender Schriften.

Dienstag, 31.1. –

In Berlin-Mitte bedroht ein 26jähriger Deutscher zwei Männer aus Bangladesch mit einem Butterflymesser und mißhandelt sie. Ein 25jähriger Deutscher, der den Angegriffenen helfen will, wird von dem Angreifer vor eine Straßenbahn geworfen und im letzten Augenblick von einer Passantin von den Gleisen gezogen. Passanten übergeben den Schläger der Polizei. –

Das Landgericht Berlin verurteilt acht rechtsextreme Skinheads wegen brutaler Überfälle auf deutsche und ausländische S-Bahn-Fahrgäste zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten auf Bewährung und vier Jahren. Das Gericht sieht es als erwiesen an, daß die jungen Männer im Oktober 1994 an einer Überfallserie beteiligt waren, bei der Fahrgäste angegriffen, ausgeraubt und zum Teil mit Baseballschlägern verprügelt wurden.

Freitag, 3.2. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, wurden im Dezember vom Bundeskriminalamt insgesamt 160 fremdenfeindliche Straftaten registriert. Dabei handelte es sich um eine versuchte Tötung, 24 Angriffe gegen Personen, sieben Brandanschläge und 128 andere Delikte. 45 Tatverdächtige wurden festgenommen, gegen vier von ihnen wurde Haftbefehl erlassen.

Samstag, 4.2. –

In Schwerin wird ein 30jähriger Mosambikaner von zwei Männern und einer Frau angepöbelt und mißhandelt. Der Mann muß im Krankenhaus behandelt werden.

Montag, 6.2. –

Brandanschlag auf eine Arztpraxis in Krumbach in Schwaben. Betreiberin der Praxis ist eine ungarische Hautärztin. Am Tatort findet die Polizei mehrere Schreiben einer »Wehrgruppe Süd«, in denen wüste Drohungen gegen die Ärztin ausgestoßen werden. Der Sachschaden beträgt mehrere hunderttausend Mark. –

Das Oberlandesgericht Celle verurteilt den Verfasser eines ausländerfeindlichen Flugblattes wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 2.250 Mark. (AZ: 3 Ss 182/94)

Dienstag, 7.2. –

Ein Nürnberger Gericht verurteilt einen 44jährigen Gastwirt aus Hilpoltstein wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 6.000 Mark. Ein am Stammtisch der Kneipe ausliegendes Pamphlet war nach Ansicht der Richter »dazu geeignet, Haß gegen Asylbewerber zu schüren«. Der Text unterstellt Asylbewerbern, Deutsche mit Aids anzustecken, Rauschgift zu verteilen und auf Kosten der Steuerzahler zu leben. –

In Guben/Sachsen wird ein 42jähriger Pole von zehn Jugendlichen zusammengeschlagen und getreten. Der Mann erleidet eine Kopfwunde.

Montag, 13.2. –

Nach Angaben von Innenminister Herbert Schnoor (SPD) hat die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten in Nordrhein-Westfalen 1994 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte abgenommen. Mit insgesamt 1.038 Fällen kam es dennoch im Durchschnitt täglich zu drei gegen Ausländer gerichteten Übergriffen. Die Zahl der Gewaltdelikte ging 1994 um knapp 60 Prozent auf insgesamt 221 Fälle zurück. Den flächendeckend über das Land verteilten »Ermittlungsgruppen fremdenfeindliche Straftaten« der Polizei sei es im vergangenen Jahr gelungen, jede dritte Straftat gegen Ausländer – von Wandschmierereien bis zu Anpöbeleien – und jedes zweite Gewaltdelikt aufzuklären. –

Die 5. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Oder verurteilt den 24jährigen Berliner Carsten S. wegen der brutalen Mißhandlung des Nigerianers Steve E. zu acht Jahren Haftstrafe. Das Gericht befindet den Angeklagten der Mittäterschaft bei dem versuchten Mord vor knapp drei Jahren für schuldig.

Donnerstag, 16.2. –

In Luckenwalde/Brandenburg überfallen und mißhandeln deutsche Täter zwei vietnamesische Asylbewerber. Sie fordern 300 Mark und verprügeln die Vietnamesen. Ob es sich um einen Raubüberfall handelt oder ob die Täter einen rechtsextremen Hintergrund haben, ist unklar.

ca. Dienstag, 21.2. –

In Greifswald überfällt eine Gruppe von etwa 20 Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren eine chinesische Wirtschaftsdelegation. Einer der Chinesen wird mit einem Messer angegriffen und durch einen Faustschlag verletzt. Die Täter können unerkannt entkommen. Der Staatsanwaltschaft liegen keine Erkenntnisse über politische Motive vor.

Mittwoch, 22.2. –

Wie der Generalstaatsanwalt von Sachsen-Anhalt, Hoßfeld, bei der Vorlage seines Jahresberichts mitteilt, ist die Zahl der wegen rechtsextremistischer Straftaten eingeleiteten Ermittlungsverfahren im Jahr 1994 auf insgesamt 682 angestiegen. Dies sind 170 Ermittlungsverfahren mehr als im Vorjahr. Den Anstieg führt Hoßfeld auf eine Zunahme der Ermittlungsverfahren wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zurück. Die Zahl der Verfahren wegen rechtsextremistischer Gewalttaten sei dagegen von 264 auf 255 leicht gesunken. Ebenfalls zurückgegangen ist die Zahl der Verfahren wegen fremdenfeindlicher Straftaten, sie sank von 105 im Jahr 1993 auf 73 im Jahr 1994.

Freitag, 24.2. –

In Brandenburg wurden im Jahr 1994 insgesamt 694 rechtsorientierte und fremdenfeindliche Straftaten registriert. Dies sind 292 Straftaten weniger als im Jahr 1993. Wie das Innenministerium mitteilt, stieg die Aufklärungsquote auf 57 Prozent gegenüber 37 Prozent im Jahr 1993. Während es 1993 zwölf Brandanschläge auf Asylbewerberheime gegeben habe, wurde 1994 keine derartige Straftat registriert. Schwerpunkt der Straftaten sei mit 436 Fällen das Verbreiten von Propagandamitteln und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Sonntag, 26.2. –

In der Justizvollzugsanstalt Würzburg erhängt sich der 44jährige Asylbewerber Abijou T. aus Äthiopien in der Abschiebehaft. Nach Angaben kirchlicher Gruppen lagen den Behörden Hinweise über eine Suizidgefährdung des Mannes vor.

Dienstag, 28.2. –

Ein 22 Jahre alter Marokkaner, der am 22. März abgeschoben werden sollte, erhängt sich in der Jugendstrafanstalt in Wiesbaden. Nach Wiederbelebungsversuchen, die zunächst erfolglos bleiben, kann der Mann bewußtlos und mit lebensgefährlichen Verletzungen in die städtischen Kliniken eingeliefert werden. Er stirbt am 13. März. –

In der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Usingen stürzt sich ein 35 Jahre alter Asylbewerber aus Afghanistan in Suizidabsicht aus einem Fenster im dritten Stock. Er zieht sich zahlreiche Knochenbrüche zu. –

Der Bundesgerichtshof weist die Revision der drei Hauptangeklagten wegen der ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Magdeburg am Himmelfahrtstag 1994 als unbegründet zurück. Damit ist das Urteil des Landgerichts Magdeburg rechtskräftig, das die Männer zu Haftstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren verurteilt hatte.

Donnerstag, 2.3. –

In Leipzig überfallen in einer voll besetzten Straßenbahn drei angetrunkene Männer zwei Algerier, grölen »Ausländerschweine« und stoßen die beiden Männer an der Haltestelle aus der Bahn. Der 32jährige gehbehinderte Französischlehrer aus Algerien muß mit einer gebrochenen Hand ins Krankenhaus, auch sein 24jähriger Freund ist verletzt. Von den ca. 30 anwesenden Fahrgästen griff niemand in das Geschehen ein. Die Polizei nimmt zwei Tatverdächtige fest. Der mutmaßliche Haupttäter, ein 27jähriger Westdeutscher, wird bereits wegen anderer Delikte mit Haftbefehl gesucht.

Mittwoch, 8.3. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im Januar insgesamt 132 fremden- bzw. ausländerfeindlich motivierte Straftaten. Dabei handelte es sich um drei Brandanschläge, 24 Angriffe gegen Personen und 105 »sonstige Straftaten«. Im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten wurden im Januar 72 Tatverdächtige ermittelt, 30 von ihnen wurden vorläufig festgenommen. Gegen einen erging Haftbefehl.

Donnerstag, 9.3. –

Brandanschläge auf zwei überwiegend von türkischen Familien bewohnte Häuser in Gladbeck/Nordrhein-Westfalen. Unbekannte Täter entzünden Brandbeschleuniger, wahrscheinlich Benzin, in den Holztreppenhäusern der beiden gegenüberliegenden Wohnhäuser. Die Hausbewohner können die Brände frühzeitig löschen. Eine 19jährige türkische Frau erleidet eine leichte Rauchvergiftung. Nach Angaben der Polizei ist eine fremdenfeindliche Straftat »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« auszuschließen.

Samstag, 11.3. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in der Kasseler Innenstadt. Unter einem Balkon wird ein Berg Sperrmüll von unbekannten Tätern in Brand gesetzt, den die Feuerwehr schnell löschen kann. Zwei Stunden vor dem Brand wurde bereits ein Stein gegen die Scheibe der Eingangstür geworfen.

Mittwoch, 15.3. –

Wie das Landeskriminalamt mitteilt, wurden im Jahr 1994 in Sachsen 67 Straftaten gegen Ausländer registriert. Dies sei der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung. Der Rückgang der Straftaten betreffe besonders Gewaltdelikte wie Brandanschläge, Landfriedensbruch, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. 70 Prozent der Straftaten konnten die Ermittlungsbehörden aufklären.

Donnerstag, 16.3. –

Vom Postamt Nürnberg-Fürth verschicken unbekannte Täter bundesweit ein 85-seitiges Pamphlet, in dem zu Terroranschlägen und Pogromen aufgerufen wird. Der »Volkskrieg« gegen Ausländer, Menschen jüdischen Glaubens, Pressevertreter und alle, »die sich gegen unser Volk entschieden haben«, beginne, so die Autoren, ab dem 9. Mai. Adressaten des Schreibens sind laut Staatsanwaltschaft »mehrere hundert Personen des öffentlichen Lebens aus Medien, Politik und Kultur im gesamten Bundesgebiet«. Als Tatverdächtiger gilt Dietrich G. aus Essen, in dessen Wohnung zwei Exemplare des »Deutschen Manifests« und umfangreiches rechtsextremistisches Propagandamaterial gefunden werden. Die Behörden gehen von einem Einzeltäter aus.

Freitag, 17.3. –

Brandanschlag auf die Wohnung eines bosnischen Ehepaares in Traunreut/Bayern. Das Paar erleidet leichte Verletzungen, es entsteht ein Sachschaden von 10.000 Mark. Die Hintergründe der Tat sind unklar.

Samstag, 18.3. –

In Frankfurt/Main wird ein wohnsitzloser Algerier von drei unbekannten Männern angegriffen und mit einem Messer an der Brust verletzt. Beamte finden das blutverschmierte Opfer auf einem Gehweg im Ostend. Im Krankenhaus werden bei dem 32jährigen außerdem leichte Prellungen festgestellt. Die Hintergründe der Tat sind unklar, der Verletzte kann keine Angaben zu dem Vorgang machen.

Montag, 20.3. –

Die Jugendkammer des Amtsgerichts Halberstadt/Sachsen-Anhalt verurteilt fünf junge Männer wegen gemeinsamer schwerer Erpressung und gemeinschaftlicher Körperverletzung zu Jugendstrafen zwischen einem und zwei Jahren. Der 19jährige Haupttäter wird darüber hinaus wegen sexueller Nötigung verurteilt. In allen fünf Fällen setzte das Gericht die Strafen zur Bewährung aus. Die Angeklagten hatten im Herbst 1992 zusammen mit anderen ein von Vietnamesen bewohntes Asylbewerberheim in Thale überfallen, die Bewohner mißhandelt, Mobiliar zertrümmert und an mehreren Stellen versucht, Feuer zu legen. Die eintreffende Polizei konnte im letzten Moment die Vergewaltigung einer Vietnamesin verhindern.

Dienstag, 21.3. –

Das Landgericht Paderborn verurteilt drei 25 bis 29 Jahre alte Männer wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen zwischen 2.500 und 5.000 Mark. Die Angeklagten waren 1992 mit anderen vor einem Übergangswohnheim in Bad Driburg aufmarschiert und hatten fremdenfeindliche Parolen wie »Ausländer raus« und »Wir wollen keine Asylantenheime« gegrölt. Das Schöffengericht Höxter hatte die Angeklagten im Dezember 1993 zu Geldstrafen bis zu 9.000 Mark verurteilt. Eine Kammer des Landgerichts Paderborn hatte dieses Urteil aufgehoben, da sie in dem Aufmarsch keinen Angriff auf die Menschenwürde der ausländischen Heimbewohner sah. Richter Rudolf Siepmann hatte damals von »einer verbalen

Kurzform für das, was viele Bundesdeutsche meinen, nämlich, daß zu viele Ausländer hier leben« gesprochen. Dieses Urteil hatte das OLG Hamm wiederum aufgehoben.

Mittwoch, 22.3. –

Das Landgericht Potsdam verurteilt zwei 21jährige Männer wegen mehrerer Attacken auf Ausländer zu Haftstrafen von viereinhalb sowie drei Jahren. Zwei weitere Angeklagte erhalten Strafen von zwei beziehungsweise eineinhalb Jahren auf Bewährung. Das Gericht befindet die Angeklagten für schuldig, im September 1994 in zwei Fällen polnische und türkische Touristen überfallen, zusammengeschlagen und ausgeraubt zu haben.

Freitag, 24.3. –

Die 10. Strafkammer des Landgerichts Frankfurt/Main verurteilt den 64 Jahre alten Stadtverordneten der NPD in Kelkheim/Hessen wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 4.800 Mark und hebt damit einen erstinstanzlichen Freispruch auf. Der NPD-Stadtverordnete hatte 1993 während des Kommunalwahlkampfes in einer Postwurfsendung Sinti und Roma in Deutschland mit »Mafia, Asylbetrügern und Ganoven aus aller Welt« gleichgesetzt.

Sonntag, 26.3. –

In Magdeburg greifen drei Jugendliche zwei Männer aus dem Sudan an. Die 14 bis 16 Jahre alten Jugendlichen beschimpfen und mißhandeln sie. Einer der Angreifer zieht ein Messer und verletzt damit ein Opfer. Die Jugendlichen können kurze Zeit später gefaßt werden.

Montag, 27.3. –

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage brennt eine leerstehende Unterkunft für Asylbewerber in Darmstadt/Hessen ab. Die Brandursache ist unklar.

Mittwoch, 29.3. –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Castrop-Rauxel. Heimbewohner finden eine mit Benzin gefüllte und entzündete Getränkedose unter einem in der Nähe des Heims geparkten Wagen und machen sie unschädlich.

Antisemitische Angriffe

Mittwoch, 1.2. –

Das Amtsgericht Hamburg spricht die Betreiber des »Nationalen Info-Telefons« (NIT) in Hamburg, André Goertz (24) und Jens Siefert (23), in allen Anklagepunkten frei. Goertz, der Mitglied der FAP ist, und Siefert waren wegen gemeinschaftlicher Volksverhetzung, Verleumdung und Verunglimpfung Verstorbener sowie der Leugnung der systematischen Ermordung von Juden angeklagt. Auf dem Band war in einer Hetzrede gegen den Schindler-Film vom »Auschwitz-Mythos« die Rede. Nach Meinung des Richters ist dieser Begriff mehrdeutig und müsse die Greueltaten nicht leugnen. Die Staatsanwaltschaft kündigt Berufung gegen das Urteil an.

Sonntag, 5.2. –

Unbekannte Täter beschmieren in mehreren Städten in Thüringen Geschäfte und eine Transformatorenstation mit antisemitischen und nazistischen Parolen.

Dienstag, 7.2. –

Wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der PDS mitteilt, registrierte das Bundeskriminalamt im vierten Quartal 1994 insgesamt 210 antisemitisch motivierte Straftaten. Dabei handelte es sich um 22 Fälle der Störung der Totenruhe und 188 »sonstige Straftaten« wie etwa Sachbeschädigungen oder Beleidigungen. –

In Frankfurt/Oder schänden unbekannte Täter einen Gedenkstein, der an eine von den Nazis zerstörte jüdische Synagoge erinnnert. Die Täter sprühen das Wort »Jude« und einen Davidstern auf den Stein.

ca. Mittwoch, 8.2. –

Thorsten Dorn, Landesgeschäftsführer der Jungen Union Berlin, gibt unter der Überschrift »Kein Juden-Denkmal am Potsdamer Platz« eine Presseerklärung heraus. Wie die »Süddeutsche Zeitung« auf Nachfragen erfuhr, ist im Zusammenhang mit der Diskussion um das Mahnmal im Landesausschuß der JU auch der Begriff der »Auschwitz-Festwochen« gefallen. Bereits im Herbst letzten Jahres wurde das Denkmal für die Bücherverbrennung als »überflüssige und verantwortungslose Verschwendung von Steuergeldern« bezeichnet. Berlin wurde dabei als eine Stadt tituliert, »die bald mehr NS-Mahnmale als Einwohner hat«. Der Bundesvorstand der Jungen Union habe die Berliner CDU wiederholt

auf die rechtsradikalen Tendenzen im Berliner Landesverband hingewiesen. Die Berliner CDU habe aber bisher darüber hinweggesehen.

Montag, 13.2. –

Unbekannte Täter schänden auf einem Friedhof der Stadt Saarlouis/Saarland 13 jüdische Gräber. Die Polizei geht nicht von einem rechtsradikalen Hintergrund aus, da Hakenkreuzschmierereien fehlten.

Freitag, 17.2. –

Der NPD-Vorsitzende Günter Deckert wird in Polizeigewahrsam genommen, nachdem er den Behörden schriftlich mitgeteilt hatte, daß er am Abend eine Vortragsveranstaltung mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, besuchen wolle. Das Schreiben sei beleidigend und volksverhetzend gewesen. Da außerdem mit erheblichen Störungen der Veranstaltung zu rechnen gewesen sei, bleibe Deckert bis zum Ende der Veranstaltung unter Aufsicht der Polizei.

Freitag, 24.2. –

Der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair (CSU) erteilt dem NPD-Vorsitzenden Günter Deckert für die KZ-Gedenkstätte Dachau Hausverbot, nachdem Deckert einen »politischen Spaziergang« in dem ehemaligen Konzentrationslager angekündigt hatte, um den Besuchern »Nachhilfe in Geschichte« zu geben.

Dienstag, 14.3. –

Wie aus der Kriminalitätsstatistik 1994 hervorgeht, registrierte die Berliner Polizei 1994 eine wachsende Zahl von Beleidigungen und Drohungen gegen Juden. Es wurden 104 antisemitische Straftaten registriert, 22 Prozent mehr als im Vorjahr. Bei rechtsextremistischen Delikten insgesamt wurde eine Zunahme von 27 Prozent verzeichnet, wobei es jedoch weniger Körperverletzungen gab.

Mittwoch, 15.3. –

Unbekannte Täter schänden den jüdischen Friedhof in Schopfloch. Ein rechtsextremer Hintergrund wird von der Polizei ausgeschlossen. Sie ist der Meinung, die vermutlich jugendlichen Täter hätten offenbar aus Übermut die 36 Grabsteine umgekippt.

Donnerstag, 16.3. –

Auf dem Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen beschmieren unbekannte Täter einen Türrahmen mit einem Hakenkreuz und antisemitischen Parolen.

Sonntag, 26.3. –

In der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, wo während des Nationalsozialismus mehr als 50.000 Menschen ermordet wurden, feiern 23 Freiwillige Feuerwehren aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine Party mit Bier, Würstchen, Geschnetzeltem und Kuchen. Anlaß der Party, bei der auch ein Musikzug aufspielt, ist ein Wettbewerb der Freiwilligen Feuerwehren. Die Siegerehrung findet vor dem ehemaligen Klinkerwerk statt. Der Hamburger Pastor Jürgen Köhler hält während der Party einen kurzen Vortrag über die Vergangenheit der Gebäude. Er sei über die Blasmusik »auch nicht sehr glücklich« gewesen, findet aber, daß man »unverkrampfter mit dem Thema umgehen« sollte. –

Zwei 13jährige Schüler werfen auf einem jüdischen Friedhof in Bebra/Kreis Hersfeld-Rotenburg acht Grabsteine um und beschmieren eine Mauer mit Nazi-Symbolen. Anwohner alarmieren die Polizei.

Das Archiv für Sozialpolitik, Frankfurt a. M., erstellt diese Chronik für KONKRET seit November 1991

Konkret 06/95, S. 28

Klaus Engert

»... nicht vereinbar«

Wofür die Bundesärztekammer Geld hat und wofür nicht

Die Bezeichnung »Nürnberger Prozesse« wird in der Öffentlichkeit fünfzig Jahre nach der Niederlage Nazi-Deutschlands als Synonym für das Verfahren verstanden, das sich mit den Hauptkriegsverbrechern befaßte. Allenfalls sind im öffentlichen Bewußtsein noch einige der insgesamt zwölf Nachfolgeprozesse präsent, wie der Flick-, der Krupp- oder der IG-Farben-Prozeß. Das hat etwas damit zu tun, daß die Akten dieser Verfahren entweder in deutscher Sprache zugänglich sind oder zumindest einschlägige Literatur dazu vorliegt.

Der Prozeß gegen die 350 Ärzte, die vor dem Nürnberger Tribunal standen, ist demgegenüber bis heute nicht in deutscher Sprache dokumentiert und folgerichtig in Vergessenheit geraten. Auch die Arbeit von Mitscherlich und Mielke, *Medizin ohne Menschlichkeit*, hat den kollektiven Verdrängungsprozeß der deutschen Ärzte nach dem Krieg nicht verhindert, sondern ihn wahrscheinlich noch gefördert, da sie sich nur mit den schlimmsten Aspekten der weitreichenden Kollaboration der Ärzteschaft mit dem nationalsozialistischen System befaßte und die institutionelle Zusammenarbeit nur am Rande thematisierte.

Daß der Nürnberger Ärzteprozeß bis heute nicht editorisch aufgearbeitet, in deutscher Sprache dokumentiert und damit allgemein zugänglich gemacht wurde, hat keine formalen Gründe. Die Akten liegen sämtlich, samt handschriftlichen Transkripten zum Prozeßverlauf, in verschiedenen Archiven und Bibliotheken, u.a. dem Bundesarchiv und der Universitätsbibliothek Göttingen, vor. Die Vermutung, daß auch heute noch die offiziellen Standesvertreter keinerlei Interesse daran haben, das finstere Kapitel der aktiven wie passiven Mitschuld der Mediziner an der »Gesundheits«politik des nationalsozialistischen Systems erneut aufzuschlagen, liegt nahe. An der Unmöglichkeit einer Herausgabe der Dokumente kann es nicht gelegen haben: In englischer und französischer Sprache liegen sie längst vor.

Klaus Dörner, Historiker, Psychiater und Chef der Westfälischen Klinik für Psychiatrie, Psychosomatik und Neurologie in Gütersloh, versucht seit über zwei Jahren, die Aufarbeitung und Edition der Akten zum Nürnberger Ärzteprozeß in deutscher Sprache vorzubereiten. Dabei stieß er bei den von ihm angesprochenen Wissenschaftlern, zum Beispiel den Medizinhistorikern Kudlien (Universität Kiel), Toellner (Münster) und Winau (Berlin), auf einhellige Zustimmung. Auch die Göttinger Universitätsbibliothek begrüßte das Vorhaben ausdrücklich und bot großzügige Hilfe und Zusammenarbeit an. Letztere empfahl auch die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts als kompetente Institution zur Herausgabe der Dokumente, die auf Anfrage dann ein konkretes Konzept samt Kostenplan vorlegte.

Prof. Dörner trat Anfang 1993 an die Bundesärztekammer (BK) heran, weil er sich für sein ambitioniertes – und kostenträchtiges, veranschlagt sind rund 440.000 Mark – Vorhaben Unterstützung erhoffte. Dort spielte man zunächst auf Zeit. Man erklärte »grundsätzliche Bereitschaft«, forderte einen Kostenvoranschlag und verwies ansonsten auf die hohe Arbeitsbelastung in anderen Dingen. Erst mit Schreiben vom 2. Januar 95 ließ der BK-Präsident Vilmar die Katze aus dem Sack. Er verwies auf die Arbeit von Mitscherlich und Mielke von 1948 – die erstens heutigen wissenschaftlichen Anforderungen nicht genügt und zweitens keinerlei Ersatz oder Alternative zur geplanten Edition ist – und stellte dann trocken fest, daß ein derartig dimensioniertes Vorhaben »weder mit den satzungsgemäßen Aufgaben der Bundesärztekammer noch mit den in den Heilberufsgesetzen geregelten Aufgaben der Landesärztekammern vereinbar« sei.

Diese Strategie des Verhinderns und Totschweigens mittels formaler Argumente hat Methode und eine lange Tradition. An einer wirklich gründlichen Aufarbeitung der Schuld, die sowohl einzelne Ärzte wie auch die Ärzteschaft in Gestalt ihrer Standesvertretungen und -organisationen in der Zeit zwischen 1933 und 1945 auf sich geladen haben, hatten diese nur soweit Interesse, als es zur Absolution durch die internationale Öffentlichkeit unabdingbar notwendig erschien. Mitscherlich/Mielkes Untersuchung *Medizin ohne Menschlichkeit*, die 1948 von der deutschen Ärzteschaft veranlaßt wurde und die Voraussetzung für die Aufnahme in den Weltärztebund darstellte, war folgerichtig auch die letzte von offizieller Seite initiierte. Damit war man wieder international salonfähig und konnte zum »business as usual« übergehen.

Daß die BK keinerlei Interesse daran hat, sich an Dörners Vorhaben zu beteiligen, wird verständlich, wenn man weiß, daß nicht nur eine organisationspolitische, sondern auch eine personelle Kontinuität seit den Zeiten der Reichsärzteordnung von 1935 besteht. So hat ein gewisser Prof. Sewering, ehemals Präsident der BK und der bayerischen Landesärztekammer, noch Anfang dieses Jahres im »Deutschen Ärzteblatt« lobend darauf hingewiesen, daß die mit der Reichsärzteordnung erfolgte Herausnahme der ärztlichen Berufe aus der Gewerbeordnung bis heute bestehe. Sewering muß es wissen: 1933 trat er in die SS, 1934 in die NSDAP ein und unterschrieb 1943 ein Einweisungsurteil für eine Vierzehnjährige in die Euthanasieanstalt Eglfing-Haar. Das hinderte ihn, wie viele andere Ärzte mit ähnlicher Biographie, nicht, nach 1945 seine Karriere zügig fortzusetzen, die ihn 1993 tatsächlich fast an die Spitze des Weltärztebundes geführt hätte. Mit 51 von 63 Stimmen war er von der Generalversammlung 1992 für dieses Amt designiert worden. Erst die Boykottdrohung des

Jüdischen Weltkongresses und der American Medical Association verhinderten seinen Amtsantritt, was das »Deutsche Ärzteblatt« mit großem Bedauern kommentierte.

BK-Präsident Vilmar, der jetzt die Unterstützung für Dörners Projekt abgelehnt hat, erklärte damals eilfertig, daß »die Entscheidung ... Ergebnis einer Kampagne« sei und »nicht als Schuldanerkenntnis zu deuten«. Unter dem Titel »Prof. Sewering Ziel einer Verleumdungsaktion« gab die BK außerdem eine Art Ehrenerklärung für ihren Expräsidenten ab. Daß der eigentliche Skandal darin bestand, eine solche Person überhaupt zur Präsidentschaft vorzusehen, hat die Bundesärztekammer bis heute nicht begriffen.

Die Strategie, nach einmaligem »pater, peccavi« zur Tagesordnung überzugehen, hat Methode. Einige Beispiele: Prof. Catel, prominenter Euthanasiearzt, wurde in Schleswig-Holstein Ende der fünfziger Jahre öffentlich belobigt; die KZ-Ärztin Oberheuser, an Transplantationsversuchen an Häftlingen beteiligt, praktizierte als Kassenärztin in Plön; die Landesärztekammer Berlin genehmigte sich mit Dr. Heim in den siebziger Jahren einen ehemaligen SA-Standartenführer als Präsidenten, der den Ärztetag in Berlin 1980 eröffnete. Insgesamt ist der im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ungewöhnlich hohe Organisationsgrad der Ärzte in NSDAP und Unterorganisationen unbestritten.

Aber die Initiative Dörners ist auch deshalb wichtig, weil die Erinnerung an die Verbrechen der nationalsozialistischen Medizin wieder unverhoffte Aktualität gewinnt. Sowohl in der »Sterbehilfe«-Debatte wie auch in den Diskussionen um die Ausarbeitung einer europäischen Bioethik-Konvention tauchen Positionen auf, die an die einschlägigen Verfahrensweisen der NS-Zeit erinnern. So sollten nach Ansicht einiger Experten Menschenversuche an sog. »nichteinwilligungsfähigen Personen« erleichtert werden.

Klaus Dörner gibt nicht auf. Er hat mit einem Rundschreiben an Ärztekollegen den Versuch unternommen, die Editionskosten über Einzelspenden zu finanzieren. Man darf gespannt sein, ob sich die mindestens 440 Ärzte und Ärztinnen finden werden, die jeweils durchschnittlich eintausend Mark einzahlen und damit dieses wichtige Projekt ermöglichen. Das wäre dann auch eine schallende Ohrfeige für die BK, die offensichtlich der Meinung ist, daß die Herausgabe der Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses von ihren Mitgliedern nicht gewünscht wird.

Daß es im Umgang mit der Vergangenheit auch anders geht – erheblich schneller, ohne satzungsrechtliche Bedenken oder finanzielle Mangelerscheinungen – , hat die BK selbst unter Beweis gestellt. Über ein von ihr nach der Wiedervereinigung veranlaßtes Forschungsprojekt »Ärztliches Handeln und politische Verfolgung von Ärzten in der SBZ/DDR« wurde bereits auf dem 96. Deutschen Ärztetag 1993 in Dresden berichtet.

Klaus Engert ist Chirurg und lebt in Werther

Konkret 06/95, S. 30

Joachim Rohloff

Eindeutscher Experte

Wie sich dem verstorbenen Professor für Bankbetriebslehre und Herausgeber der »Wirtschaftswoche«, Wolfram Engels, die Welt des Kapitalismus darstellte und was er zu ihrer Vervollkommnung vorschlug. Nachruf auf eine gutbürgerliche Wissenschaft

In neueren kriminalstatistischen Erhebungen zur Intelligenzdelinquenz findet sich die Feststellung, daß Professoren selten Wohnungseinbrüche begehen. *Man hat noch nie gehört, daß ein deutscher Professor wegen Einbruchs verurteilt worden wäre. Wäre die Kriminalität der Professoren ebenso hoch wie im Durchschnitt der Bevölkerung, so müßten rund 80 Einbrüche im Jahr auf ihr Konto gehen.* Doch die Berufsgruppe der Hochschullehrer ist in der einschlägigen Verbrecherkartei deutlich unterrepräsentiert. Woran mag das liegen? Sind Professoren zu dumm, einen gewerbsmäßigen Bruch zu machen, oder zu schlau, sich erwischen zu lassen? Haben sie Angst vor Strafe, Ehrfurcht vor dem Gesetz? *Folgt man der amerikanischen Kriminalökonomie, dann sind Professoren deshalb so gesetzestreu, weil sich Verbrechen für sie nicht lohnt. Verglichen mit ihrem Einkommen ist die Beute gering und die Strafe schwer. Verbrechen ist eben eine Frage der Rentabilität* (6/89).*

Als Wolfram Engels, der dieses nägelbrennende Problem ventilierte, 1969 zum ordentlichen Professor für Betriebswirtschafts- und Bankbetriebslehre an die Universität Frankfurt berufen wurde, erlebte er eine böse Überraschung: *Heute gibt es keinerlei materiellen Anlaß mehr zur Lehre.* Manchem wäre zwar ein Professorengehalt Anlaß genug zu allen möglichen Tätigkeiten, wem aber der Sinn steht nach einer Eigentumsvilla in Bad Homburg, der muß sich Gedanken machen. Kriminell zu werden, kam aus den genannten Gründen nicht in Frage. So kandidierte Engels 1972 »als ordnungspolitischer Schlagmann der Frankfurter ›IG Banken und Adel‹« (»FAZ«) auf der Liste der CDU für den Bundestag. Doch der Wähler entschied anders, und Engels verbrachte fünfzehn mühevolle Jahre im Dienst am verachteten staatlichen Bildungswesen, bei einer Beschäftigung, die ihm nicht nur wenig einträglich, sondern auch vollkommen paradox erscheinen mußte: *Es gibt wohl nichts Paradoxeres als den Professor der Betriebswirtschaftslehre, der mittwochs von 10 bis 12 Uhr über die Flexibilisierung der Arbeitszeit liest* (4/89). Engels' Ankündigung im Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1983, er lese irgendwann über irgendwas, vielleicht aber auch nicht, brachte schließlich selbst die ungeliebte Stellung in Gefahr.

Da geschah es, daß Wolfram Engels Herausgeber der Zeitschrift »Wirtschaftswoche« wurde. Und so quatschte ein Mann der Marktwirtschaft, wie er sich kostensenkender, leistungsprinzipieller und währungsstabiler nicht denken läßt, in einer wöchentlichen Kolumne über die Unternehmenssteuerreform (zu spät), die Kapitalrendite (zu niedrig), die Löhne (zu hoch), den Staat (zuviel), die Gewerkschaften (zu mächtig), die Sozialversicherung (muß privatisiert werden), den Bildungssektor (muß privatisiert werden), das Fernsehen (kann noch weiter privatisiert werden) und entdeckte dabei immer wieder aufs neue, daß es nichts gibt, was nicht den Geboten marktwirtschaftlicher Vernunft gehorchte. Probleme entstehen nur dort, wo Menschen diese Gebote verletzen, und gelöst werden Probleme allein durch das segensreiche Walten des Marktes. Ideologie und Programm des Neoliberalismus, wie Engels sie Woche um Woche repetierte, empfehlen mir, eine deutliche Senkung meines Lohns hinzunehmen, eine private Rentenversicherung abzuschließen, Kostenmiete, Arztrechnungen und Schulgeld gefälligst selbst zu zahlen und trotzdem lauthals Konsumgüter nachzufragen. Denn *eine Marktwirtschaft ist so konstruiert, daß zum Wohle der Allgemeinheit den Interessen der Eigentümer zum Durchbruch verholfen werden sollte* (21/93), schrieb er's mir hinter die Ohren und den Eigentümern unter die Vorhaut. Die Allgemeinheit hatte nichts zu lachen, wo man sich am Eigentümerstammtisch den neuesten Engels erzählte: *Speziell wirtschaftliche Macht ist die Fähigkeit, Geschenke zu machen* (50/89). Für allgemeine Heiterkeit, zumindest Schadenfreude sorgten aber des Kolumnisten Bemühungen um große Menschheitsfragen, seine Geschichtsanalysen und Zukunftsvisionen, die ihn regelmäßig als professoralen Deppen dastehen ließen.

Als Wolfram Engels sich darum sorgte, wie man nicht nur Professoren, sondern vor allem die Bezieher niedriger Einkommen am Wohnungseinbruch hindert, begründete er beiläufig eine eigene marktwirtschaftliche Theorie der Kriminalität: *Verbrechen ist eben eine Frage der Rentabilität. Wenn man die Kriminalität wirksam bekämpfen will, dann muß man ihre Rendite senken.* Engels verglich legales Einkommen, Beute und Strafe und fand deren Verhält-nis ungerecht. Denn das Gesetz straft, wenn es die gleiche Strafe verhängt, den aus gu-tem Grund freiheitsliebenden Professor ungleich härter als beispielsweise den Landstreicher, der durch eine Freiheitsstrafe nichts verliert als eben seine mickrige Freiheit. *Das Gefängnis trifft den Professor viel härter als den Landstreicher* (6/89), härter auch, so könnte man hinzufügen, als den Busfahrer, den Amtsrat, den Oberfeldapotheker und alle übrigen Malocher unterhalb der Besoldungsgruppe C4. Sie alle müßten demnach, um der Gerechtigkeit und der Generalprävention willen, entsprechend länger einsitzen. Statt aber aus dieser brillanten marktwirtschaftlichen Begründung der Klassenjustiz heilsame Konsequenzen zu ziehen und die Standortvorteile niederer sozialer Ränge durch entsprechend härtere Strafen zu nivellieren, ermutigt der Staat die

Schlechterverdienenden zum Gesetzesbruch, indem er ihre relativ hohe Renditeerwartung mit einem relativ geringen Risiko geradezu prämiert. Kein Wunder, daß der kriminelle Sektor boomt.

Was empfiehlt nun die Engelssche Schule der forensischen Ökonomik zur Dämpfung der überhitzten Kriminalitätskonjunktur? Eine Öffnungsklausel im Lombardsatz? Steuerpräferenzen für defizitäre Eckwerte? Nichts dergleichen: *Wenn man die Kriminalität wirksam bekämpfen will, dann muß man ihre Rendite senken, also die Aufklärung verbessern, die Strafen erhöhen und den Strafvollzug weniger angenehm machen* (6/89). Zudem *wäre es doch nützlich, den einen oder anderen progressiven Richter aus dem Amt zu entfernen* (24/94). Und für solch antiquarische Rezepte braucht man einen eigenen Wissenschaftszweig? Ein einfacher Heinrich Lummer täte es auch.

Oder ein Schönhuber. Manchmal verfaßte Professor Engels humorige Kurzromane, die mit den Mitteln der Brachialsatire die schlimmen Folgen verfehlter Wirtschaftspolitik ausmalen. In einem dieser Werke figuriert ein krimineller Schläger namens Nathan Rosenzweig, der am Ende als pseudonymer Ausländer enttarnt wird: *Der vorgebliche Nathan Rosenzweig ... hieß tatsächlich Demetrios Kalussis und hatte den jüdischen Namen nur angenommen, weil er sich davon Schutz vor der deutschen Justiz erhoffte* (29/93). Wolfram Engels war kein Antisemit. Daß Juden von der deutschen Justiz nur mit Samthandschuhen angefaßt werden, weiß schließlich der letzte Grieche.

Wie alle internationalen Veranstaltungen hat die Europäische Union zwei Nachteile: Es sind zu viele Ausländer dabei, und die wollen uns nicht gewinnen lassen. Zudem begegnen sie uns mit ständigem Mißtrauen. *Dieses Mißtrauen zeigt sich immer wieder. Francois Mitterand versuchte vergeblich, die deutsche Wiedervereinigung zu verhindern, Margaret Thatcher ließ Expertisen über den deutschen Nationalcharakter anfertigen. In der Balkankrise* (Balkankrise! Welch ein Wort! Wer bei seinem Klang nicht Haltung annimmt, kann kein deutscher Mann sein) *wurde das Mißtrauen manifest* (18/94). Mißtrauisch sind unsere Nachbarn, weil wir ihnen unheimlich sind. *Das, was die Deutschen für unsere Partner so unheimlich macht, ist die Beobachtung, daß wir offenbar bereit sind, unsere Interessen einer Idee zu opfern* (53/92), vielleicht auch die Beobachtung zweier Weltkriege, die wir angezettelt haben, weil wir offenbar immer bereit sind, das Interesse der herrschenden Klasse zum Ideal der ganzen Bevölkerung zu machen. Wie dem auch sei – jetzt müssen wir zahlen. *Wir müssen zwar zahlen, haben aber nichts zu sagen, und wenn wir doch etwas sagen wollen, dann auf französisch* (18/94). Wenn wir, was wir nicht zu sagen haben, dennoch sagen wollen, dann wollen wir es auf französisch sagen, was wir aber gar nicht können. Besser hätten es Schönhuber oder Brunner auch nicht sagen können. Oder wollen.

Wer die Zukunft prognosti-ziert, der muß die Vergan-genheit erklären können(16/93). Und wer die Ge-schichte des Kapitalismus als Erfolgsstory schreiben will, läßt sie erst in den fünfziger Jahren beginnen und schließt achtzig Prozent der von ihr Betroffenen stillschweigend als irgendwie nicht geschichtsmächtig aus. Dann wird eine solche Behauptung möglich: *Der Aufbruch im Osten ist das Ende der Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Sozialismus, der das ganze Jahrhundert geprägt hat* (46/89). Nun könnte man, um wenigstens fünfzig Jahre, drei Kontinente und zwei Weltkriege für die Geschichtsbetrachtung zurückzugewinnen, den Einwand erheben, der Kapitalismus habe das Jahrhundert geprägt und sich, wo er die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus suchte, nicht eben liberal aufgeführt – dennoch tritt der Wahrheitsgehalt der Engelsschen Analyse deutlich zutage, sobald man einige überflüssige Worte wegstreicht: Der Aufbruch im Osten ist das Ende des Sozialismus. Eine derartige Vergangenheitserklärung erklärt zwar die Vergangenheit nicht, ermöglicht aber immerhin eine Prognose der Zukunftsprognostik: Sie wird auch nichts taugen.

Dem aufbrechenden Osten Deutsch-lands versprach Engels im Dezember 1989 eine goldene Zeit, denn die unsichtbare Hand des Marktes tut große Wunder: *Schafft die DDR ... Marktwirtschaft und Rechtssicherheit für Investitionen, dann erlebt sie ein Wirtschaftswunder, das unseres aus den fünfziger Jahren in den Schatten stellt. Dazu braucht sie Kapitalbeträge,* die mühelos aufzubringen sind. *Die Bundesrepublik exportiert in diesem Jahr 120 Milliarden Mark Kapital freiwillig. Das allein ist mehr, als die DDR in einem Jahr absorbieren könnte* (51/89). Den Kapitalstrom ermöglicht aber erst eine Währungsunion: *Faßt man alle Anhaltspunkte zusammen, so kommt man auf ein Verhältnis von Ost- und West-Mark zwischen 1 zu 1 und 1 zu 2. Die Bundesbank würde nicht Verluste erleiden, sondern zusätzliche Gewinne erzielen* (6/90), und dem verheißenen Wirtschaftswunder stünde endgültig nichts mehr im Wege: *Marktwirtschaft und Währungsunion zusammen würden ein Wirtschaftswunder schaffen, das unseres von 1948 in den Schatten stellt* (8/90). *Die DDR wird wohl ein Wirtschaftswunder erleben* (11/90), bekräftigte Engels im März 1990 seine Prophezeiung, um noch im selben Monat zu frohlocken: *Das Interesse westdeutscher Unternehmen an einem Engagement in der DDR übertrifft auch die kühnsten Erwartungen. Das Wirtschaftswunder Ost ist schon mit Händen zu greifen* (14/90).

Wunder fliehen denjenigen, der sie gleich am ersten Abend anfassen will. Doch Professor Engels schlug alle Warnungen in den Wind. *Die Betriebe der DDR seien der bundesdeutschen Konkurrenz nicht gewachsen, heißt es; sie würden zum großen Teil schließen müssen. Die Produktivität im Westen sei dreimal so hoch wie im Osten – also werde Massenarbeitslosigkeit von zwei bis drei Millionen entstehen.* Gegen soviel Defätismus helfen nur Tomaten: *In der DDR wird es zu Arbeitslosigkeit kommen, aber nur ganz kurzfristig. Wenn auf einem Wochenmarkt die gleichen Tomaten zu verschiedenen Preisen angeboten werden, dann werden die billigeren zuerst gekauft. Für den Arbeitsmarkt trifft das ebenso zu: Wenn auf dem*

deutschen Markt Arbeitskraft in geringer Entfernung nur noch ein Drittel kostet, dann kaufen die Unternehmen dort, wo es billiger ist ... In zwei Jahren wird uns nicht das Problem der Arbeitslosigkeit im deutschen Osten beschäftigen, sondern eher die drückende Konkurrenz von dort (21/90). Bekanntlich wurde daraus nichts. Der Trabant-GTI blieb ein Traum Zwickauer Designer, und wenn die Konkurrenz, wie im Fall Bischofferode, tatsächlich einmal drückte, wußten westdeutsche Unternehmen sich ihrer mit nicht eben marktwirtschaftlichen Mitteln zu entledigen. Die östlichen Billigtomaten verfaulten auf dem Wochenmarkt, denn wer genügend Tomatenkaufkraft besaß, konnte die doch gar nicht alle essen.

Während das Wirtschaftswunder, im März schon mit Händen zu greifen, im November seltsamerweise noch immer nicht eingetroffen ist – *im deutschen Osten läßt das Wirtschaftswunder noch auf sich warten* (46/90) – , freute Engels sich auf den Riesenreibach, den nach der Vereinigung von BRD und DDR die nun gemeinsame Staatskasse machen wird. *Die Liquidation des Staatskapitalismus dürfte Einnahmen in der Größenordnung von 400 Milliarden Mark erbringen.* Die Abwicklung der NVA erspare jährlich 25, die Streichung der Berlin- und Zonenrandförderung und der Kosten für die Grenzbefestigungen weitere 45 Milliarden Mark. *Schließlich löst die Vereinigung einen Wachstumsimpuls aus. Liegt dieser Impuls, wie geschätzt, bei einem Prozent zusätzlichem Wachstum pro Jahr auf zehn Jahre, so ergibt das auf den gesamten Zeitraum gerechnet etwa 250 Milliarden Mark Steuermehreinnahmen. Saldiert man Soll- und Habenposten, ... so bliebe das Ergebnis auch dann noch positiv, wenn die Anschubfinanzierung fünfmal so teuer würde wie ursprünglich mit 115 Milliarden Mark angenommen (40/90).* Und da spricht man *unter wirtschaftlich Ungebildeten – ein Kreis, der weit über Kirchenmänner, Philosophiestudenten und Feuilletonredakteure hinausreicht* – (50/89) von »Kosten der Einheit«!

Vier Monate verbrachte Wolfram Engels schweigsam in der Hoffnung, das Wirtschaftswunder möge sich doch noch einstellen; dann mußte er die Realitäten anerkennen: *Das Ergebnis ist nicht suboptimal oder schlecht. Es ist einfach katastrophal* (31/91). Aber was wäre das für ein Prognostiker, der heute nicht erklären könnte, warum seine Prognose von gestern nicht eingetroffen ist? Im Februar 1990 empfahl Engels eine Währungsunion mit einer Umtauschrelation von 1 zu 1 bis 2, um nun eben diese Maßnahme als schwerwiegenden Fehler zu kritisieren, den die Bundesregierung, natürlich gegen den ausdrücklichen Rat aller Experten, aus politischem Opportunismus begangen habe: *Die Ost-Mark ... wurde im Juli 1990 im Verhältnis 1 zu 1 auf West-Mark umgestellt, jedenfalls bei den Löhnen. Gleichzeitig fielen die Grenzen übergangslos. Das konnte nur bedeuten, daß die Wirtschaft der DDR zusammenbrechen mußte* (36/92). Meinte Engels, was er hier sagt, könnte man ihm rundum zustimmen: Grenzöffnung und Währungsunion führten notwendig zum Zusammenbruch der DDR-Ökonomie. Gnadenlos fegt das Wertgesetz alles, was nicht konkurrenzfähig ist, vom Weltmarkt. Die Industrie der DDR wurde zudem schlicht überflüssig, weil ihre angestammten Märkte teils nicht länger zahlungskräftig waren, teils aus westdeutschen Produktionskapazitäten mühelos bedient werden konnten.

Dabei waren die Voraussetzungen für eine schnelle Steigerung der Wirtschaftskraft im Osten überaus günstig. Die Produktivität in der alten DDR lag bei rund 40 Prozent der westdeutschen. Die Stundenlöhne betrugen aber nur ein Drittel. Rein rechnerisch hätten die Betriebe im Osten sehr konkurrenzfähig sein müssen. ... Die vorhandenen Maschinen und Ausrüstungen waren zwar, gemessen am westdeutschen Standard, überwiegend veraltet; sie hätten nichtsdestoweniger zu niedrigeren Löhnen rentabel betrieben werden können (10/91). Ein Mann wie Engels liest nur den linken Teil der Speisekarte, Preise werden auch in der ökonomischen Theorie per American Express beglichen. Da aber die Währungsunion nicht nur die Löhne, sondern auch die Preise umgestellt hat, und zwar im Verhältnis HO zu Tengelmann, verlangte Engels von den Bürgern der DDR, mit einem Drittel der Westlöhne drei Drittel der Westpreise zu zahlen. Ihnen diesen Ratschluß ökonomischen Sachverstandes nahezubringen, war Aufgabe der Gewerkschaften: *Der für die DDR-Wirtschaft nur schwer tragbare Umstellungskurs ... hätte Lohnsenkungen, zumindest eine längere Lohnpause erfordert* (36/90). *So blieb die Hoffnung, daß die Gewerkschaften ihren Teil der Verantwortung für den Aufbau im Osten schultern würden. Das haben sie nicht getan. Sie haben vielmehr das Machtvakuum genutzt, um Löhne durchzusetzen, die jeden Kontakt zur Leistungsfähigkeit der Betriebe verloren. Es ist nicht gut bestellt um ein Gemeinwesen, in dem sich die stärkste politische Kraft so verantwortungslos verhält.* (19/91). Die Unternehmer hingegen kamen ihrer Verantwortung nach, indem sie Investitionen pflichtschuldigst verweigerten: *Der Unternehmer, der Gewinne erzielt, schafft für die Gesellschaft größere Werte, als er in Anspruch nimmt. Mit dem Gewinnstreben erfüllt er auch seine Pflicht gegenüber der Gesellschaft* (52/92). Mit Investitionen in Ostdeutschland sind jedoch keine Gewinne zu machen, weil der Markt sich nicht in die Pflicht nehmen läßt, den zusätzlich produzierten Kram zu konsumieren. Westdeutsche Unternehmer tun dennoch ihre gesellschaftliche Schuldigkeit und transferieren große Geldsummen aus öffentlichen Kassen via Ostdeutschland in ihre privaten Gewinnbilanzen.

So bleibt vom *Interesse westdeutscher Unternehmen an einem Engagement in der DDR,* das im März 1990 *auch die kühnsten Erwartungen* übertraf, im Juli 1992 nur ein *Kleckerbetrag übrig, den westdeutsche Firmen aus eigenen Mitteln im verarbeitenden Gewerbe des Ostens anlegen* (32/92). Zur Sanierung des Ladens bräuchte es aber einen veritablen Klotzbetrag. *Wollte man die Arbeitsplätze im Osten auf Westproduktivität bringen, so müßte nahezu der gesamte Produktionsapparat in wenigen Jahren ersetzt werden. Das erfordert Nettoinvestitionen von etwa zwei Billionen Mark* (12/91). Nun verlangte ausgerechnet der neoliberale Theoretiker Engels, der ansonsten dem Staat jede Einmischung ins

Wirtschaftsleben verbot, ausgerechnet von der Staatskasse der DDR zwei Billionen Mark für die weltmarkttaugliche Kapitalausstattung ihrer Volkswirtschaft: *Wenn man den Betrieben schon einen so hohen Umstellungskurs zumutet, ... dann hätte der Staat als Eigentümer der Betriebe und als Konzernspitze großzügig investieren müssen, um die Betriebe für den Wettbewerb fit zu machen* (36/90). Jämmerlicher kann man die eigene Ignoranz nicht buchstabieren.

Die Schuld am Ausbleiben des Wirtschaftswunders trägt neben den Gewerkschaften auch die Bundesregierung. Denn deren Vereinigungspolitik war zwar völlig richtig, aber grundfalsch: *Wenn wir den Prozeß der deutschen Einigung einmal vorläufig bilanzieren können – etwa in drei Jahren – , dann wird sich wohl zeigen, daß der Parforceritt die vernünftigste Strategie war ... Die Anzeichen sprechen dafür, daß die Bundesregierung nicht nur den humaneren, sondern auch den billigeren Weg zur deutschen Einheit eingeschlagen hat* (19/90). Zwei, drei Jahre später bilanzieren wir jedoch: *Die Strategie für Ostdeutschland hat sich als eklatanter Fehlschlag erwiesen* (42/93). *Die Strategie der wirtschaftlichen Wiedervereinigung war und ist noch falsch, sie wird uns auf Jahrzehnte hohe, vor allem aber überflüssige Opfer auferlegen* (51/92).

Und Wolfram Engels, unerschüttert von den Katastrophen seiner ökonomischen Sterndeuterei, prognostizierte munter fürbaß. Im Oktober 1993, als das Wirtschaftswunder Ostdeutschland längst plattgemacht hatte, wagte er einen neuen Expertentip: *In einigen Ländern* (Osteuropas) *– und dazu zählt trotz des Wahlergebnisses auch Polen – stehen wir deshalb in den kommenden Jahren vor einem kleinen Wirtschaftswunder* (42/93). Dabei hat natürlich *Jugoslawien, so chaotisch es derzeit nach außen auch erscheint, ... gegenwärtig die besten Ausgangsbedingungen* (45/90). Und Rußland, Professor, was ist mit Rußland? *Die größte Gefahr liegt darin, daß es in den kommenden Monaten zu Unruhen, Aufständen und Streiks kommt. Bleiben sie aus, dann hat Rußland in einem halben Jahr das Schlimmste überstanden* (3/92). Sechsmal war das halbe Jahr inzwischen vergangen, und Engels behielt insofern recht, als das Wirtschaftswunder, das er nicht vorausgesagt hatte, auch tatsächlich nicht eingetreten ist. Die Russen muß man deswegen kaum bedauern, denn eine Wirtschaftswunderprognose à la Professor Engels brauchen sie so dringend wie eine Typhusepidemie.

Dabei wußte Engels es eigentlich besser. Vor der groben Lächerlichkeit seiner kapitalistischen Heilserwartung hätte ihn die tiefe Einsicht in das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft bewahren müssen. Eine Restauration des Kapitalismus in Osteuropa kann nämlich gar nicht gelingen, solange die betreffenden Staaten mehr oder minder demokratisch sind. *Nirgendwo wurde die Wirtschaftsordnung von einer Demokratie geschaffen. Dagegen ist die umgekehrte Reihenfolge – erst Markt, dann Demokratie – häufig. Chile ist das jüngste Beispiel,* das sich allerdings auch zu dem Beweis eignet, Marktwirtschaft schaffe immer wieder, wie sie ihn gerade braucht, Faschismus. Doch selbst wenn der, ungünstigstenfalls, 36 Jahre oder einen Weltkrieg kostet, geht er schließlich vorüber, und Marktwirtschaft kann wieder Demokratie schaffen. Die Frage, woher denn die Marktwirtschaft komme, da sie offensichtlich nicht demokratisch legitimiert ist, läßt sich nicht erschöpfend beantworten. *Marktwirtschaft entsteht auch ohne Demokratie ... Eine Wirtschaftsordnung, die sich der Selbstsucht bedient, ja auf sie baut, eine Wirtschaft mit Konkurrenz und Gewinnmaximierung, mit Leistungsprinzip und ohne sichtbare Koordination ist eine so abstrakte Angelegenheit, daß eine Mehrheit sie niemals aus Einsicht beschließen würde.* Die deutsche Wirtschaftsordnung – soviel weiß man immerhin – kommt von Ludwig Erhard: *Die Bundesrepublik verdankt die Marktwirtschaft einer einsamen Entscheidung Ludwig Erhards.*

Der Markt fördert die Entwicklung einer Demokratie, nicht aber die Demokratie die Entstehung des Marktes. Während bürgerliche Ideologie gemeinhin behauptet, Marktwirtschaft und Demokratie seien gleichsam Henne und Ei einer siamesischen Medaille, erkannte Engels ihre kausale und hierarchische Beziehung. Der Markt verwirklicht die Freiheit, die Demokratie bloß das einem Liberalen nicht sonderlich teure Konzept der Gleichheit. Da beide Prinzipien in unvermeidlichen Widerspruch geraten, wird es demnächst wohl abermals Sense sein mit der Demokratie: *Die Freiheit, also die Marktwirtschaft, wird von der Gleichheit, also der Demokratie, bedroht. Das war eine fast ein Jahrhundert lang herrschende Meinung. Die Begründung leuchtet ein: Es gibt in jeder Gesellschaft viel mehr Arme als Reiche. Die Herrschaft der Mehrheit, die Demokratie, tendiert deshalb dazu, den Reichen ihre Güter zu nehmen und sie an die Armen zu verteilen. Das muß die Marktwirtschaft ruinieren* (5/89). Das Instrument der Demokratie, den Reichen zu nehmen und die Marktwirtschaft zu ruinieren, sind die Gewerkschaften. Zwar verstieg sich Engels nicht zu der Forderung, Demokratie generell zu beseitigen, doch seine Sympathie für die Kommunistische Partei Chinas und ihren langen Marsch zum Kapitalismus verdeutlicht die Prioritäten: *Die chinesische Strategie war ein spektakulärer Erfolg* (42/93). *Nur Rumänien hat den chinesischen Weg eines allmählichen Übergangs gewählt, nachdem Ceausescu das Land in eine Katastrophe geführt hatte. In wenigen Jahren werden wir wohl Gelegenheit haben, ein rumänisches Wirtschaftswunder zu studieren* (46/91). Die Russen sollten klugerweise dem sino-rumänischen Vorbild folgen: *Boris Jelzin wird also zunächst einige Freiheiten beschneiden müssen* (36/91), denn *die Marktwirtschaft kann erst akzeptiert werden, wenn die Leute ihre Segnungen am eigenen Leib erfahren* (5/89).

Wer aber seine leiblichen Erfahrungen partout nicht segnen mag, muß die Marktwirtschaft dennoch akzeptieren. Ludwig Erhard dürfte der einzige bleiben, der überhaupt je gefragt wurde. An der zwischen Frankfurt und Bad Homburg gewonnenen Überzeugung, er lebe *nicht in der besten aller Welten, aber doch in einer guten Welt* (23/89), hielt Wolfram

Engels auch im Urlaub fest. *Hinter den komfortablen Touristenhotels an weißen Sandstränden nisten* zwar *Armut, Krankheit, Hunger, Analphabetismus,* doch *das eindrucksvollste Urlaubserlebnis ist für viele die Rückkehr. Da fehlen die lachenden und lärmenden Kinder. Die Menschen wirken muffelig, unhöflich, würdelos. Wir scheinen es noch nicht gelernt zu haben, unseres Reichtums auch froh zu werden* (37/89). Wenn Armut nicht eindrucksvoll genug ist, den reichen Muffel froh zu machen, nennt man das gewöhnlich Zynismus. Weil Engels sein Ressentiment als ökonomische Analyse verkaufte, nannte ihn die »FAZ«, »nicht zuletzt wegen seiner unorthodoxen Auffassungen und seiner rhetorischen Begabung«, einen »beliebten Lehrer«. Ähnlich beliebte Lehrer mit ähnlich unorthodoxen Auffassungen trifft man an jeder Kneipentheke, die rhetorische Begabung kommt ihnen allerdings erst nach dem fünften Bier. Läsen sie die »Wirtschaftswoche«, wüßten sie sich mit Professor Engels einig in dem Befund, daß die lachenden und lärmenden Kinder Urheber aller Übel sind: *Gegenwärtig leben rund fünfeinhalb Milliarden Menschen auf der Erde, und ihre Zahl nimmt täglich um 250.000 zu. Die Folge sind Armut, Raubbau, Umweltzerstörung und ein immer stärkerer Druck zur Auswanderung* (23/93). Das Gewissen des Sozialpartners, den vielen überzähligen Menschen Arbeitsplätze zu schaffen, zwänge demnach Großgrundbesitzer und Agrarkonzerne, mehr und mehr Regenwald zu roden. Natur kann nur zerstört werden, wo sie noch vorhanden ist – logisch drum, daß wir damit nichts zu tun haben: *Die Armut verwüstet unsere Erde, nicht der Reichtum* (19/93). In Wahrheit nimmt die gequälte Natur zwanzig brasilianische Kinder für einen deutschen Professor.

Wie wir unseren Professor kennen, gibt es kein Verhängnis in der Welt, an dem der Sozialismus unbeteiligt wäre. *Mit der Entkolonialisierung wandten sich die meisten jungen Staaten nicht nur von ihren Kolonialmächten ab, sondern auch von deren Wirtschaftssystem, der Marktwirtschaft. Der Sozialismus kam in Mode. Ausländische Investitionen wurden behindert, die Gewinne der Investoren als Ausbeutung gebrandmarkt. Die Rechtssicherheit blieb so gering, daß den meisten ausländischen Investoren das Risiko zu hoch erschien. Der internationale Kapitalverkehr spielte sich zwischen Industrieländern ab. Für die Entwicklungsländer blieben nur Brosamen übrig* (9/94). Rechtssicherheit bedeutet hier ungefähr das Gegenteil dessen, was andere Fakultäten unter Rechtsstaatlichkeit verstehen: Wer Recht hat, landet mit Sicherheit im Gefängnis. Investitionswille, der seinen Namen verdient, ist allemal in der Lage, Rechtssicherheit herzustellen; doch daß diese, etwa in den Militärdiktaturen Lateinamerikas, zum allgemeinen Wohlstand beigetragen hätte, ist nicht bekannt. Dennoch empfahl Engels das chilenische Vorbild: *Argentinien ... hat ausgebildete Arbeitskräfte und tüchtige Unternehmer. Seine Geißel sind korrupte, inkompetente Politiker. Wie eine Krise dieser Art gelöst werden kann, läßt sich im benachbarten Chile studieren ... Der Diktator Auguste Pinochet hat das Land zu wirtschaftlicher Blüte geführt* (24/89). Wenn BMW-Südafrika ungefragt erklärt, die Einführung der Demokratie sei noch lange kein Grund für Lohnerhöhungen, so trägt das zum Verständnis des Zusammenhangs von Rechtssicherheit und allgemeinem Wohlstand wenig bei. Es sei denn, es gäbe keinen.

Der Beitrag, den die Industrieländer materiell zur Überwindung der Armut leisten können, ist verhältnismäßig gering, stellt jeder mit Erleichterung fest, der gefürchtet hat, es müßte uns was kosten. *Der Lehrwert ihrer Geschichte aber ist unschätzbar* (19/92). *Wenn man nach den Ursachen des Wohlstands der Völker forscht, dann findet man immer zwei: den Fleiß, die Intelligenz und Tüchtigkeit der Bevölkerung und die Wirtschaftsordnung. Alles andere – Bodenschätze, Fruchtbarkeit des Landes, schiffbare Flüsse, Häfen – ist von ganz untergeordneter Bedeutung* (35/92). Die Menschen in Lateinamerika wären folglich, weil nach hundert Jahren Marktwirtschaft immer noch arm, einfach zu dumm und zu faul? Nun, sagen wir, sie hatten Pech. *Unseren Wohlstand verdanken wir* nämlich *nicht nur unserer Tüchtigkeit, sondern auch glücklichen äußeren Umständen* (37/89). Da man aber Glück nicht lernen kann, reduziert sich der Lehrwert der Geschichte auf Null.

Immerhin wurde die richtige Wirtschaftsordnung inzwischen fast allen armen Völkern beigebogen. *Das Scheitern des Sozialismus hat viele Entwicklungsländer auf den Weg zur Marktwirtschaft gebracht. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Sie müßten auch den zweiten zum Kapitalismus tun* (23/93). Marktwirtschaft allein genügt also nicht, man muß dabei auch noch reich werden. Was aber einige Schwierigkeit bereiten könnte, denn *Industrialisierung mag wirksam sein, ist aber nicht praktikabel. Die Kapitalbildung in der Welt reicht bei weitem nicht aus, um alle oder auch nur die Mehrzahl der Arbeitsplätze produktiv zu machen* (37/94). Einerseits. Andererseits wird aber jeder Arbeitsplatz produktiv, sobald der Lohn nur tief genug fällt: *Ein indisches Unternehmen kann auch dann gegen ein amerikanisches am Weltmarkt bestehen, wenn seine Produktivität nur bei einem Zehntel liegt, vorausgesetzt die Löhne betragen auch nur ein Zehntel* (26/91). Tatsächlich hat Indien als weltgrößter Exporteur von handgeknüpften Teppichen die Amerikaner schon vor Jahrzehnten von diesem lukrativen Markt verdrängt. Wollte auch die indische Automobilindustrie konkurrenzfähig werden, müßte sie halt negative Löhne zahlen.

Eine ganze Reihe von Entwicklungsländern hat verstanden, daß die Armut mit der Zunahme der Bevölkerung und dem Mangel an Kapital zu tun hat (19/92). Einen gewissen Zusammenhang von Armut und Kapitalmangel hatte man schon immer vermutet, alle bisherigen Konzepte zur Kapitalbeschaffung sind jedoch gescheitert. Wolfram Engels entwickelte deshalb ein völlig neues Modell: Die Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern horten ihre Peseten oder Rupien heute noch im Sparstrumpf; brächten sie ihr Geld auf die Bank, so könnte es sein investives Potential entfalten und ein

stetiges Wirtschaftswachstum setzte ein. Um zweitens die Geburtenzahl auf europäisches Niveau zu senken, müßte eine gesetzliche Rentenversicherung eingerichtet werden. *Folgt man der ökonomischen Logik, so sind in fast allen Entwicklungsländern die Kinder die einzig verfügbare Form der Altersvorsorge für die Eltern. Eine gesetzliche Rentenversicherung existiert nicht, und Banken oder Lebensversicherungen, bei denen man Ersparnisse für das Alter bilden könnte, sind nicht erreichbar ... Man schaffe eine gesetzliche Rentenversicherung und ein leistungsfähigeres Bankwesen, man schaffe also in den Entwicklungsländern eine Alternative zur Altersversorgung durch die eigenen Kinder. Dann geht die Geburtenzahl zurück und es steigt der Wohlstand* (20/89). Auf ähnlich überzeugende Weise wurde vor Jahren das Hungerproblem gelöst: Einfach mehr essen! Aber Wolfram Engels meinte das ernst. Er wollte uns nicht mit einer dummen Antwort auf eine dumme Frage unwirsch zu verstehen geben, das Schicksal der Dritten Welt sei ihm gleichgültig, sondern er glaubte wirklich, Kapital entstehe, wo eine Bank ist, und wo es eine Rentenversicherung gibt, da zahlten sich die Beiträge von selbst. Drum sagte er's noch einmal: *Die Bevölkerung muß lohnende und sichere Möglichkeiten der Anlage von Ersparnissen haben und braucht eine gesetzliche Rentenversicherung. Nur dann werden Kinder zur Altersvorsorge verzichtbar* (22/90). Zwar läßt sich der Dinky nicht denken ohne Telebanking, in manchen Regionen aber kann das Wort »Arbeitgeberanteil« lebensgefährlich sein. Einer brasilianischen Landarbeiterin zu raten, sie möge ihren Jahreslohn von 450 Dollar zur Bank tragen und der Versicherungsgesellschaft eine Abbuchungsvollmacht erteilen – auf einen solchen Trichter konnte wohl nur ein deutscher Wirtschaftsexperte kommen.

Kaum hatte Ludwig Erhard sich für die Marktwirtschaft entschieden, da verkam sie ihm unter der Hand zum Pleonasmus. *Erhard hatte mit dem Begriff »soziale Marktwirtschaft« immer seine Schwierigkeiten. Er meinte, die Marktwirtschaft sei an sich schon sozial. Damit hatte er wohl recht* (20/90). Der Begriff ist überflüssig, mit ihm aber auch alles, was man sich unter ihm bisher gedacht hat. Die Auffassung, der Staat trage eine begrenzte Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bürger, war seit je illiberal und verursachte übergroße Steuerlasten. *Es wäre an der Zeit, die Sozialordnung grundsätzlich in Frage zu stellen* (4/93). Jeder sorge für sich selbst, dann sorgt für alle der Unternehmer. Den Nahrungstrieb befriedigt das Gewinnstreben von Dr. Oetker, dem Bedürfnis nach Behausung dient die Rendite auf dem Immobilienmarkt, den Wissensdurst stillt ein privates Bildungsangebot, und Beiträge zur Sozialversicherung erhebt die Allianz. Der *einzig unverzichtbare Kern der Staatsaufgaben* besteht darin, daß Polizei und Justiz die freie Entfaltung des Individuums garantieren. Denn die *zentralen Werte* (des Liberalismus) *sind Freiheit und Toleranz – in Abraham Lincolns klassischer Formulierung: »Die Freiheit meiner Faust reicht nicht bis zur Spitze deines Kinns«* (14/91).

Manchmal jedoch reicht die Arbeiterfaust mitten hinein in die Fresse des Eigentümers: *Streik ist ein Relikt aus der Zeit des Faustrechts* (20/92). Des Arbeiters Einsicht in die Notwendigkeit, sich bei seinem Streben nach individuellem Glück mit Gleichinteressierten zu verbünden, widerspricht der Freiheit des Unternehmers, Arbeitskraft möglichst billig einzukaufen. *Am Arbeitsmarkt wurde das Wettbewerbsprinzip als unmoralisch verworfen und durch die Solidarität ersetzt. Seitdem herrscht das Kartell der Tarifpartner, und Arbeitslosigkeit ist zur Geißel moderner Gesellschaften geworden* (52/92). Machte jeder jeden Job für jeden Lohn, hätte auch jeder einen. *Die Ursache der Arbeitslosigkeit ist seit einigen Jahrhunderten bekannt: Es ist ausschließlich und überall die Höhe der Arbeitskosten. ... Der Arbeitsgesellschaft geht nicht etwa die Arbeit aus, wie Ralf Dahrendorf meint; es geht ihr nur die Arbeit zu Kosten von 45 Mark pro Stunde aus. Wir brauchen uns nur umzusehen: Obst wird nicht mehr geerntet, steile Weinberge nicht mehr bebaut, Schuhe im Hotel und Scheiben an Tankstellen nicht mehr geputzt, im Einzelhandel wird man nicht mehr bedient; Hausgehilfinnen gibt es kaum noch; Brötchen oder Milch werden nicht mehr an die Haustür gebracht.* (30/93).

Die idyllische Klassengesellschaft, in der das Hausmädchen dem Professor die Schuhe putzt, funktioniert nicht mehr. In fünf Jahrgängen Engels-Kolumne sucht man vergeblich nach dem simplen Gedanken, daß auch den kostengünstigst hergestellten Schamott irgend jemand kaufen muß. Massenproduktion bei niedrigen Einkommen wird erst dann möglich, wenn der Staat als Massenkonsument einspringt. Professor Engels war freundlich genug, das einschlägige historische Vorbild aufzurufen. Damit erübrigt es sich, hier – wie man unter (Anti-Anti-)Faschisten sagt – die »Faschismuskeule« zu schwingen. Engels ergriff sie selbst und verpaßte sich eine solche Gehirnerschütterung, daß seine neoliberale Theorie ihre logische Erfüllung ganz selbstverständlich im Faschismus findet: *Von 1933 bis 1936 ... war Deutschland eine Marktwirtschaft, die sich deutlich von anderen Marktwirtschaften unterschied – so herrschte seit 1931 Devisenbewirtschaftung, seit 1932 Lohnstopp, seit 1933 Gewerkschaftsverbot. Ab 1936 wurde, zur Vorbereitung des Krieges, eine Planwirtschaft installiert, aber erst 1939 voll in Kraft gesetzt. Auch sie unterschied sich erheblich von sozialistischen Planwirtschaften: Das Privateigentum blieb erhalten, der Gewinn wurde nicht abgeschafft, das Gewinnstreben vielmehr in den Dienst des Wirtschaftsplans gestellt. Die Arbeitslosigkeit ging von rund sechs Millionen im Winter 1932/33 auf 1,6 Millionen 1936 und hunderttausend 1939 zurück. Die Beschäftigung stieg um mehr als die Hälfte. Die Wachstumsrate des realen Sozialprodukts lag bei knapp zehn Prozent, die Preissteigerung bei rund einem Prozent pro Jahr. Das Defizit im Staatshaushalt war minimal und lag selbst 1938 in der Zeit massiver Kriegsvorbereitung, gemessen am Sozialprodukt, niedriger als heute. Über die Kriegswirtschaft wissen wir bis heute sehr wenig. Allerdings lag die Produktion 1944 trotz Bombenkrieg und Rohstoffmangel höher als 1939.*

Die Wirtschaftspolitik der Nazis hat demnach in einem europaweiten Feldversuch bewiesen, was Engels immer schon behauptete: Überhöhte Löhne und das gewerkschaftliche Machtkartell seien die alleinigen Verursacher von Arbeitslosigkeit und Krise. Daraus die richtige Konsequenz zu ziehen, wird durch den leidigen Umstand erschwert, *daß es auch in unserer aufgeklärten Gesellschaft ein Tabu gibt – unsere eigene Geschichte der Jahre 1933 bis 1945.* Aber *können wir auf Erfolgsrezepte nur deshalb verzichten, weil Adolf Hitler sie angewandt hat? Wir verzichten schließlich auch nicht auf die Teilnahme an Olympischen Spielen, auf deutsche Schäferhunde und Chorgesang. Hitlers Verbrechen werden doch nicht dadurch kleiner, daß er Autobahnen gebaut hat* (29/91). Inzwischen war das *Tabu* des öfteren verletzt worden, und Engels konnte getrost aussprechen, was er 1991 gemeint hatte: Hitlers wirtschaftliche Erfolge werden doch nicht dadurch kleiner, daß er Verbrechen beging. *Wenn das Boot der offenen Gesellschaft nach links zu kentern droht, dann muß sich die Mannschaft nach rechts lehnen – auch auf die Gefahr hin, selbst des Faschismus geziehen zu werden* (39/94).

***Alle kursiven Passagen sind Zitate aus der Engelsschen Herausgeberkolumne in der »Wirtschaftswoche«. Die Zahlen in Klammern bezeichnen Heftnummer und Erscheinungsjahr.**

Joachim Rohloff lebt und arbeitet in Berlin

Dokumentation auf Seite 34

Der Nachfahre

Die liberalen Ökonomen in der Bundesrepublik nehmen Abschied von einem ihrer profiliertesten und temperamentvollsten Mitstreiter. Wolfram Engels ist am vergangenen Sonntag in Bad Homburg gestorben. Seine Familie und enge Freunde hatten von der Schwere seiner Krankheit gewußt. Er hatte sich geweigert, sich und die Sache aufzugeben, für die er Jahrzehnte gekämpft hat: Idee und Praxis der Marktwirtschaft. ... Er war ein Nachfahre jenes Friedrich Engels, der zusammen mit Karl Marx das »Kommunistische Manifest« verfaßte. Wolfram Engels hielt es mehr mit der Marktwirtschaft – in Theorie und Praxis. ... Engels war ein prägender akademischer Lehrer. Doch er hat seine marktwirtschaftliche Botschaft über die Grenzen des Campus hinausgetragen: als Publizist, als wirtschaftspolitischer Berater, als Mitglied einflußreicher Gutachterzirkel, etwa des Kronberger Kreises. Als erster Wirtschaftsprofessor wurde Engels (im Jahr 1977) mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

»FAZ«, 3.5.95

Dort, wo die Ökonomie gebürtig ist und bis heute ihre eigentliche Heimat hat, gehört seine Kunst zur erforderlichen Normalausstattung, jedenfalls bei den Meistern des Fachs. Der Wissenschaft in Politik und Gesellschaft öffentliches Gehör zu verschaffen, die aktuellen wirtschaftlichen Probleme vor dem Publikum unterhaltsam auseinanderzupflücken, Vernunft und Mut bei den Akteuren auch einmal polemisch einzufordern, wie Wolfram Engels es meisterhaft verstand – das hat bei den Angelsachsen ein lange Tradition. In Deutschland dagegen waren solche Talente immer sehr rar. ... Nicht nur seine Kolumne für die »Wirtschaftswoche«, für die er über zehn Jahre lang 52mal per annum (!) ein Thema fand und es lesbar aufzubereiten verstand, auch seine wissenschaftlichen Arbeiten sind samt und sonders in einer menschenfreundlichen Prosa verfaßt, die ansonsten hierzulande nicht zu den professionellen Gepflogenheiten zählt. ... Gegen die Böen des Zeitgeistes erhob er mutig, aber stets völlig unaggressiv Widerworte: Gegen das Schlagwort von der »öffentlichen Armut« setzte er die unterdessen allgemein akzeptierte These von der öffentlichen Verschwendung, gegen die griffige Behauptung, daß nur 1,7 % der Bürger fast das gesamte Produktivvermögen besäßen, eine stupende Untersuchung, die weit weniger Erregendes bewies. Am vergangenen Sonntag ist diese an- und aufregende Stimme für immer verstummt.

»Handelsblatt«, 3.5.95

Konkret 06/95, S. 36

Stefan Ripplinger

Ein Kollaborateur

Am Ende seiner politischen Laufbahn hat Franois Mitterrand zu jener Haltung zurückgefunden, mit der er sie einst begann

Am 8. Mai 1995 hielt Franois Mitterrand in Berlin seine letzte große Rede als französischer Staatspräsident. Der Bedeutung des Tages sich wohl bewußt und des Stellenwertes gewärtig, den man seiner Ansprache beimessen würde, trat er vor die Kohl-Camarilla und sprach: »Ich bin nicht gekommen, um einen Sieg zu feiern« (zit. nach »FAZ«, 10.5.). Nein, er vollziehe diese letzte Handlung als Staatspräsident der Republik Frankreich, um »Schuld gegenüber Deutschland abzutragen ..., gegenüber Deutschland von heute, aber auch gegenüber Deutschland von immer«. Ganze tausend Jahre – holte er weit aus, dieses »Deutschland von immer« zu umfassen – hätten die »Brudervölker« der Franzosen und Deutschen gebraucht, »um sich anzuerkennen, um sich so zu sehen, wie sie sind, um sich anzunehmen, um sich zu vereinen, (um an) die eigenen Quellen zurückgehen zu können«.

Und dann ging Mitterrand noch einmal an die eigenen Quellen zurück und damit in jenes tausendjährige Reich, das mit dem Schicksal der Franzosen und der Deutschen auch das seine entscheidend bestimmt hatte: In seiner Kriegsgefangenschaft in Deutschland habe er alles verloren, »bis hin zu meiner eigenen Identität ...« Und denoch habe er mitten in Nazi-Deutschland neue Hoffnung geschöpft, »weil ich die Deutschen kennengelernt habe«, einfache deutsche Soldaten, »die die Aufgabe hatten, mich daran zu hindern, meine Freiheit wiederzugewinnen«, Deutsche, die »Widerstand leisteten, ohne es vielleicht zu wissen«.

Wollte Franois Mitterrand diese letzte Gelegenheit nutzen, um der Wehrmacht dafür zu danken, daß sie so nachlässig war, ihn dreimal aus Gefangenenlagern entwischen zu lassen – und ihn nicht gleich an die Wand gestellt hatte? Welche »Schuld« hat Mitterrand persönlich »gegenüber Deutschland« abzutragen?

Es gibt deutliche Hinweise darauf – Pierre Péan hat sie in seiner soeben auf Deutsch erschienenen Biographie (*Eine französische Jugend – Francois Mitterrand 1934-1947*. dtv, München, 32 Mark) gesammelt – , daß Mitterands Kriegsgefangenschaft der Wendepunkt seines Lebens war, ja geradezu einem Erweckungserlebnis gleichkam. Im »Stammlager« war es plötzlich über ihn gekommen: Nicht etwa die Nazis, sondern die »hundertfünfzig Jahre Irrtum« Frankreichs seit 1789 hätten sein Land in den Abgrund getrieben. Eine »nationale Revolution« nach den Vorstellungen des Marschalls Pétain tue not.

Wenige Monate nach seiner Flucht aus deutscher Gefangenschaft hatte der 25jährige Mitterrand die »Identität« gefunden, deren Verlust er am 8. Mai 1995 als so bitter beschrieb. Im Lager, bemerkte er im April 1943 in der nationalrevolutionären Zeitung »Métier de chef«, habe er »einfache Wahrheiten« wiederentdeckt, wie die, daß »Frankreich eine Person« sei. Er pries die »mystische Bindung«, die sich – »wie in der Frühzeit« – zwischen den Kriegsgefangenen und »der Erde, die sie besaßen«, entwickelt habe, kurz: »In den Tälern des Exils (habe ich) die Räume und Grenzen des Landes meiner Vorfahren entdeckt.«

In der Konsequenz seiner nationalen Epiphanie begab sich Mitterrand gleich nach seiner Rückkehr in den Dienst des Vichy-Regimes. Dank vielfältiger Verbindungen zu rechten und rechtsextremen Kreisen kam er zu einem Job im Geheimdienst der »Légion des volontaires francaises«, auch bekannt als »französische Antibolschewistenlegion«. Die »Legion« war 1941 von französischen Kollaborateuren und führenden Mitgliedern des Geheimbundes »Cagoule« gegründet worden. Er sei, beschrieb Mitterrand Péan seine Tätigkeit, »ein kleiner Schreiberling« gewesen: »Ich legte Karteikarten über Kommunisten, Gaullisten und diejenigen an, die als antinationalistisch eingestuft wurden.«

Doch Mitterrand, der Parvenu aus einer royalistisch gestimmten Familie provinzieller Bourgeois' (der Vater war Essigfabrikant), wußte, daß er zu Höherem berufen war. Seit seiner Studienzeit hatte er eifrig einer politischen Karriere im rechten Lager vorgearbeitet. Als Mitglied der »Volontaires nationaux«, der Jugendorganisation der »Croix-de-Feux« des Oberst de La Rocque, kämpfte der junge Franois für »ein sauberes und starkes Frankreich und (bemühte sich), die Mystik der Front wiederzubeleben, die auf Mut, gegenseitigem Beistand und Ehre gründet« (aus einem Studentenvortrag Mitterrands 1935).

Fotografien zeigen den nationalistischen Studenten 1936 bei einer Kundgebung gegen den Professor Jèze, der es gewagt hatte, den äthiopischen König in seinem Kampf gegen Mussolini zu beraten. Mitterrand, damals Mitarbeiter an verschiedenen rechtsextremen Zeitschriften, nannte die Wochen der pro-faschistischen Krawalle gegen Jèze später »die glorreichen Tage des März« (»L'Echo de Paris«, 4.7.1936).

Allerdings läßt sich die seit den Fünfzigern von Gegnern Mitterrands vorgebrachte Behauptung (sie findet sich noch in Jean Montaldos Skandalbuch *Mitterrand und die 40 Räuber*, dt. Essen 1994), er sei auch Mitverschwörer im terroristischen Bund »Cagoule« gewesen, bislang nicht verifizieren. Und doch pflegte der Patriot noch in seiner Résistancezeit Umgang mit »Cagoularden«, deren Attentaten etliche Linke zum Opfer fielen. Bald in Vichy aufgestiegen, hoher Beamter im

Kommissariat für die Wiedereingliederung von Kriegsgefangenen, Träger des »Francisque«-Ordens, der nur »hundertprozentigen Marschallisten« verliehen wurde, reiht er sich, wie andere französische Rechtsextreme, rechtzeitig in die Résistance ein, als das Ende Hitler-Deutschlands abzusehen ist. Umsonst warnt de Gaulles Neffe Michel Cailliau seinen Onkel vor der »Person Mitterrand« und den um diese gruppierten »reaktionären Legionären«, die weiterhin Pétain die Treue hielten. Mitterrand wurde unter de Gaulle Mitglied der provisorischen Verwaltung; er hat es dem General nicht gedankt.

Die Pétain-Treue reicht über das Jahr 1945 hinaus: Am 12. Dezember 1986 – er ist seit fünf Jahren Staatspräsident – nimmt Franois Mitterrand mit Gemahlin an der Beerdigung von Jean-Paul Martin teil, in Vichy die rechte Hand von René Bousquet und mit ihm für die Deportation von Juden verantwortlich. Nachdem der Präsident und andere Trauergäste Rosen auf den Leichnam Martins gelegt haben, schließen die Leichenträger den Sarg und wollen ihn mit einem schwarzen Tuch bedecken. »Nehmen Sie das weg«, murmelt, einem Zeugen zufolge, der Präsident, »und holen Sie eine Trikolore.«

Mitterrand, schon zu Vichy-Zeiten mit Martin und Bousquet befreundet, behauptet noch heute, nichts von Pétains antisemitischen Gesetzen, geschweige denn von Deportationen gewußt zu haben: »Sie sagen, es gab Gesetze gegen Juden. Es waren – und das verkleinert oder entschuldigt nichts – Gesetze gegen ausländische Juden, und ich wußte nichts davon.« An dieser Antwort irritiert nicht nur, daß ein hoher Beamter Pétains von Vichys rassistischer Politik nichts gewußt haben will und daß er, wie Edwy Plenel (»Le Monde«, 14.9.1994) schrieb, den Aussätzigen-Status der französischen Juden im nicht besetzten Frankreich ignoriert, sondern auch die Rede von den »ausländischen Juden«. Es war René Bousquet, der bis zuletzt (er wurde 1993 ermordet) die von ihm in die Wege geleiteten Deportationen dadurch zu entschuldigen suchte, er habe französische Juden gerettet, indem er »ausländische Juden« opferte.

Immerhin hat sich Mitterrand, nachdem er lange Zeit behauptet hatte, von der Gefangenschaft direkt in den Widerstand gegangen zu sein, Péan gegenüber sehr offenherzig geäußert. Manche führen das auf sein – wie Peter Scholl-Latour unnachahmlich formulierte (»Tango« Nr.19/95) – »tückisch dahinschleichendes Prostata-Karzinom« zurück; die Nähe des Todes habe ihm die Zunge gelöst. Andere verweisen auf die nachsichtige Behandlung, die Vichy inzwischen in Frankreich erfährt. Und es ist in Rechnung zu stellen, daß Mitterrand, aus welchen Gründen immer, schließlich doch in die Résistance ging und dort sein Leben riskierte.

Doch genau davon ist am 8. Mai 1995 nichts mehr zu hören. Kein Wort von der Résistance, aber viele Worte darüber, »welche Tugenden, welchen Mut das deutsche Volk besitzt. Was heißt schon Uniform, was heißt schon auch die Idee und die Vorstellung, die im Kopf eines oder dieses oder jenes Soldaten gesteckt hat. Sie waren in diesem Sturm losmarschiert unter Einsatz ihres Lebens. Für schlechte Ziele, aber ihre eigene Geste hat mit diesen Zielen nichts zu tun. Es waren Menschen, die ihr Heimatland liebten.«

So hat sich Franois Mitterrand, dessen Pétainismus ihn für kurze Zeit in Gegensatz zu deutscher Machtpolitik brachte, schließlich doch noch als der Kollaborateur offenbart, der er war.

Stefan Ripplinger schrieb in KONKRET 5/95 über »Beutekunst«

Konkret 06/95, S. 38

Georg Fülberth

Thermidor

Zehn Jahre Gorbatschow oder Prostitution ist ein Beruf wie jeder andere

»*Thermidor:* Hitzemonat, elfter Monat des französischen Revolutionskalenders (19. Juli bis 17. August); am 9. Thermidor 1794 begann nach dem Sturz Robbespierres die Terrorherrschaft des rechten Flügels der Bourgeoisie, der Thermidoristen oder Thermidorianer.«
Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Karl Marx/Friedrich Engels, Werke. Band 7. Berlin 1969, S. 690.

Bankrotteur de luxe

Auch Sie haben gewiß schon diese »Apple«-Reklame gesehen: Neben einem Monitor sitzt Gorbatschow. Der Text berichtet, dies sei der Präsident des »Internationalen Grünen Kreuzes«. Er müsse weltweit blitzschnell reagieren. Das gelinge ihm mit Hilfe seines »Apple«-Geräts.

Unvergessen ist Gorbatschows Auftritt in Bayern vor einigen Jahren: DieCSU setzte ihm einen Hut mit Gamsbartauf, gab ihm das landesübliche Bier zu trinken und führte ihn aufs Schloß Neuschwanstein.

Sicher kennen Sie auch das: In einer großen Zeitung tauchte eine Anzeige auf, in der zu einer Bildungsveranstaltung für Wirtschafts-Fachkräfte in Frankfurt/Main eingeladen wurde. Referent: Michail G. Gorbatschow. Er hat bei dieser Gelegenheit bestimmt nicht tausend Steuertricks verraten. Auch das Thema der Tagung: Jetzt in Rußland investieren, dürfte vom Referenten verfehlt worden sein. Wahrscheinlich sind zu dem Seminar auch gar keine richtigen Manager gekommen, sondern eher Leute, die sich mit dem ehemaligen Kreml-Chef für gutes Geld fotografieren lassen wollten. (Boris Becker hatten sie schon.)

Am 2. April 1995 mußte man zappen, wenn man Kohl und Gorbatschow parallel sehen wollte. Bei Südwest 3 wurde der Kanzler gefragt, wann er gewußt habe, daß die deutsche Einheit gelaufen sei. Er wollte sich nicht auf ein Datum festlegen, nannte mehrere und erinnerte sich dann auch an den Spätherbst 1989. Da seien aus Moskau alarmierende Meldungen zur Wirtschaftslage gekommen, lange Listen über gewünschte Güter bis hin zu »Damenbüstenhaltern«. Man – Kohl sagt: die Firmen, die sich in solchen Dingen auskennen – habe das dann erledigt, und nun sei ihm klar gewesen, daß es kein Zurück mehr gebe. Wir wissen jetzt: Der Mantel Gottes, der im Vorbeirauschen ergriffen werden mußte, war kein Mantel. Es war ein »Damenbüstenhalter«.

Im ZDF ließ sich der solcherart Beschenkte am gleichen Abend das Ergebnis einer Umfrage vorlesen, wonach eine Mehrheit der Deutschen die Rückkehr Gorbatschows in die Politik wünsche. Applaus im Studio. Danach kam die Gegenrechnung: In Rußland wolle das aber nur eine Minderheit. Frau Gorbatschow, die sich gern eine Soziologin nennen hört, erklärte den Unterschied damit, daß der Gemahl mehrere Jahre lang im heimischen Fernsehen nicht habe auftreten können.

Im März aber hatte er gerade wieder gedurft. Die »International Herald Tribune« berichtete, es sei eine merkwürdige Darbietung gewesen. Der Talkmaster habe Gorbatschow gleich zu Anfang ermahnt, er solle sich kurz fassen. Meistens habe der Beredte zuhören müssen, wie andere über seine Vergangenheit sprachen, und am Schluß sei er beinahe geplatzt.

Im Kalten Krieg hat ein antikommunistischer US-Amerikaner prophezeit, der Kommunismus werde untergehen, nicht mit einem Knall, sondern mit einem Gewinsel. Dies traf ein. Aber es ist nun auch schon wieder ein paar Jahre her. Warum also immer wieder diese Vorführungen? Gorbatschows Interessen sind einsichtig. Seinen Promotoren aber geht es wohl nicht in erster Linie ums Finanzielle. Sondern: Das Gewinsel darf nie enden.

Mildernde Umstände

Über den heutigen Gorbatschow sollten wir nicht hart urteilen. In der Wirtschaftsordnung, welcher er im Osten zum Sieg verhalf, müssen wir alle, um uns etwas kaufen zu können, etwas verkaufen: Waren, Dienstleistungen, uns selbst. Längst ist uns abgewöhnt worden, Prostituierte zu verachten: Es ist ein Beruf wie jeder andere auch.

Mag sogar sein, daß Gorbatschow früher nicht nur besser, sondern ganz anders war. Nicht als Privatier soll er beurteilt werden, sondern als Politiker, also historisch. Und sofort ist für ihn geltend zu machen, daß er durch die Kapitulation der Sowjetunion die Art des atomaren Wettrüstens, die bei seinem Amtsantritt sehr gefährlich war, beendet hat. Hierauf folgt gewöhnlich der Standardsatz: Ja, aber friedlicher ist die Welt seitdem nicht geworden. Richtig. Doch die größte Bedrohung in der damaligen Zeit war ein Atomkrieg zwischen den USA und der UdSSR. Daß sie jetzt durch andere Schrecken abgelöst worden ist, ändert nichts an der Notwendigkeit ihrer Beseitigung.

Der Sozialismus wurde durch Gorbatschow ebensowenig verraten wie durch Honecker, Deng Xiaoping oder Castro. Sie alle werden historisch danach beurteilt werden, wie sie sich in der unvermeidlich gewordenen Niederlage verhalten haben – aber nicht danach, ob sie sie verhindern konnten. Der auswärtige Beobachter mag sich im einen Fall mehr Grazie, im anderen weniger Zynismus, da und dort auch mehr oder weniger Sturheit wünschen. An der Entscheidung, die längst gefallen ist, ändert das nichts.

Wer nicht davon lassen kann, das Jahr 1995 mit 1917 oder 1968 zu verwechseln, leidet häufig nur unter der Differenz zwischen biologischer und sozialer Lebenserwartung, welche ihrerseits Resultat des medizinischen Fortschritts ist. Spätestens mit fünfzig hören wir in der Regel auf, neue Gedanken zu entwickeln. Einige Jahre später sind wir nicht mehr imstande, anderer Leute Innovationen auch nur zu begreifen. Früher starb man bald darauf. Heute bleiben uns häufig noch mehrere Jahrzehnte, um Kinder und Enkel mit Erzählungen aus unseren besseren Jahren zu langweilen. Dafür kann Gorbatschow nichts.

So zeigt sich: Nicht nur als gegenwärtige Nervensäge, sondern auch als gewesener Politiker ist er wenig interessant. Er ist unschuldig. Es bleibt allenfalls die Frage nach den Verhältnissen, die ihn hervorgebracht und dann auch wieder weitgehend verschluckt haben.

Idee und Interesse

So viel Milde strengt ein bißchen an, denn Gorbatschow tut fast alles, um unübersehbar zu sein. Jetzt hat er auch noch Memoiren veröffentlicht, 1.216 Seiten dick.

Aus ihnen erfahren wir, daß er, besieht man es richtig, nicht Oberhaupt einer Kommunistischen Partei gewesen ist, sondern Generalsekretär der Uno. In dieser Möchtegern-Eigenschaft war er weltweit tätig und stiftete Frieden, indem er das Neue Denken verkündete und die außenpolitischen Positionen der Sowjetunion aufgab. Innenpolitisch wirkte er im gleichen Geiste: Er verschenkte die Macht der Partei an das Volk, das sie allerdings nicht in Empfang nehmen konnte, denn neue Nationalstaaten und Gangs waren schneller.

Ihm ist das Staunen nicht entgangen, mit dem gegnerische Staatspersonen seine Angebote zur Kenntnis nahmen. Natürlich mußten sie sich auch stark zur Höflichkeit zwingen, wenn er sie mit seinen Ansichten über die »allgemein-menschlichen Werte« vollredete. Noch stärker aber war bei ihnen das Gefühl, daß das doch alles gar nicht wahr sein könne. Margaret Thatcher hat Reagan vor dessen erstem Treffen mit Gorbatschow signalisiert, mit dem Mann könne man »Geschäfte machen« – doch der Präsident hat es fast bis zum Ende nicht wahrhaben wollen. Seine Umgebung reagierte professioneller. Entweder, so dachten sich Paul Nitze und andere, war alles nur ein Bluff. Dann durfte man Gorbatschows Vorschläge nicht annehmen. Oder er meinte es ernst. Dann mußte man sie ebenfalls ablehnen, denn wer schon beim ersten Handschlag soviel weggibt, aus dem kann man noch mehr herausholen.

Der Journalist Werner Raith hat in einem Buch die Vermutung kolportiert, Gorbatschows Aufstieg sei von einer Art Mafia, die sich aus der Nomenklatura herausgebildet hatte, organisiert worden. Mit solchen Verschwörungs-Geschichten wollen wir mal ein bißchen vorsichtig sein. Dies gilt umso mehr, als die »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland« Raiths These als zwar unbeweisbar, aber recht ansprechend beurteilte. Gorbatschow bezeichnet sich zuweilen als einen »Mitte-Links-Politiker«, manchmal wird er beim »Demokratischen Sozialismus« verbucht. Die »FAZ« befindet anhand seiner Memoiren, daß er mit dem Bolschewismus noch nicht genügend gebrochen habe. Das heißt: Man applaudiert gerne seiner zusätzlichen Diskreditierung, weil man ihn trotz allem der Linken zuschlägt, die immerfort zu ohrfeigen ist. Da müssen wir wohl oder übel mal wieder proletarisch-solidarisch sein und laut aufschreien, das Mafia-Gerücht sei eine Verleumdung.

Allerdings kann, was nicht wirklich ist, doch wahr sein. Wir kommen der Sache näher, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß ein Politiker stets nicht nur seine persönlichen Interessen vertritt, sondern auch die einer Klasse. Also fragen wir: Wofür stand Gorbatschow? Er selbst meint, er sei der Anwalt der Menschheit. Doch das ist ziemlich berufsfremd. Statt dessen dürfte er wohl der oberste Exponent der sowjetischen Staatsklasse gewesen sein. Diese war mehr als nur die Nomenklatura. Sie umfaßte alle Personen, deren sozialer Status durch das staatliche und genossenschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und dessen bürokratische Verwaltung objektiv gehoben wurde und die darüber hinaus bereit waren, aus Überzeugung und/oder zur Wahrung ihrer individuellen Interessen besondere Loyalitätsleistungen zu erbringen. Das waren Millionen. Allerdings war die Staatsklasse in sich noch einmal stark hierarchisiert. Der gesellschaftliche und politische Einfluß ihrer Mitglieder war ungleich verteilt: Führende Partei- und Staatsfunktionäre sowie die Leitungskader der Wirtschaft befandensich in großem Abstand zu niederen Chargen. Gemeinsam war ihnen aber allen (gleichgültig, ob unten oder oben), daß ihr persönliches Schicksal, darunter die Freistellung von Handarbeit, von der Zugehörigkeit zu dieser Staatsklasse abhängig gewesen ist. Deren Spitzenfunktionäre in der UdSSR und in den einzelnen Republiken verfügten faktisch über das gesellschaftliche Eigen-tum.

Daran hatten sie aber in den letzten Jahrzehnten immer weniger Freude. Das Volk arbeitete lustlos und mit schlechten Ergebnissen, der Druck von außen konnte nicht mehr pariert werden. Einst war selbst Trotzki, der Feind der Bürokratie, der

Ansicht gewesen, diese werde immerhin das staatliche Eigentum verteidigen, denn sie leite von ihm ihre Macht ab. Inzwischen hat sie es sich anders überlegt und damit zugleich eine Prognose ihres Kritikers bestätigt. Jetzt erst – also viel später, als er annahm – leitete sie den Thermidor ein. Um ihre Verfügungsgewalt über Fabriken und Immobilien zu sichern und zu effektivieren, überführte sie das bisherige staatliche Eigentum in privates. Dies geschah unter Aufsagen der freiheitlichen Reden, unter denen im 17. Jahrhundert die britische und im 18. Jahrhundert die französische und nordamerikanische Bourgeoisie sich emanzipierten: Menschheit, Nation. Nur der bei den angelsächsischen Puritanern einst so beliebte Gott ist ein wenig zu kurz gekommen. Doch haben sich inzwischen immerhin Schewardnadse und und der russische Verteidigungsminister Gratschow taufen lassen.

Eine weitere Parallele zu den früheren bürgerlichen Revolutionen besteht darin, daß Mitglieder der bislang herrschenden Klasse sich in die neuen Verhältnisse einkaufen konnten. Dies gelang dem britischen Adel ebenso wie den Spitzen der sowjetischen Staatsklasse. Nur in Frankreich war man da ein bißchen radikaler. Aus der Geschichte Deutschlands, das ja bekanntlich im 19. Jahrhundert eine »Revolution von oben« erlebte, konnten die sowjetischen Reformer ebenfalls Hoffnung schöpfen, denn da hatte eine – wie es ein bürgerlicher Sozialhistoriker nannte – »Kapitalisierung« des grundbesitzenden Adels stattgefunden.

Derlei verläuft niemals harmonisch, sondern unter Kämpfen und Krämpfen. In der sich auflösenden UdSSR verschwanden die eher randständigen Teile der Staatsklasse, darunter viele Dozenten des wissenschaftlichen Kommunismus, im Nichts. Andere, die bessere Startbedingungen hatten, wurden reich. Doch ist auch der eine oder andere hauptstädtische Lehrer des Marxismus-Leninismus bekannt, der nun als Bourgeois reüssiert. Aufteilungen wurden auch auf höchster Ebene sichtbar: Jelzin bekam Rußland, Schewardnadse Georgien, Dudajew Tschetschenien (soll es aber wieder hergeben). Der Frühstücksdirektor der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken muß sich mit einer Stiftung begnügen und sein Geld vor allem aus dem Ausland holen. Kontakte zum kapitalistischen Feindgebiet noch in sozialistischen Zeiten – etwa für Botschafts- und Pressepersonal – erwiesen sich nach der Wende als gute Voraussetzungen fürs standesgemäße Weiterleben.

Vielleicht haben Raith und Trotzki insofern recht, als der Thermidor nicht ein einmaliges Ereignis, sondern ein jahrzehntelanger Prozeß gewesen ist. Doch selbst wer es endlich gerafft hat (oder es schon allezeit gewußt haben will), irrt danach noch tagelang durch die wortreiche Wüste der Gorbatschow-Memoiren, schlägt sich an den Kopf und will es immer wieder einmal nicht glauben.

Literaturhinweis:

Michail Gorbatschow: *Erinnerungen*. Siedler Verlag, Berlin 1995, 1.216 Seiten, 78 Mark.

Werner Raith: *Das neue Mafia-Kartell. Wie die Syndikate den Osten eroberten.* Rowohlt Berlin 1994.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 3/95 über den Gesellschaftswissenschaftler Reinhard Opitz

Konkret 06/95, S. 40

Kunst & Gewerbe

Sack und Pack, neue Folge

In Deutschland reagiert man besonders sensibel auf Zensur, weil bekanntlich schon vor 50 Jahren das deutsche Volk unter der Meinungsdiktatur der von ihm frei gewählten »Verbrecher« zu leiden hatte. »Eines aber ist sicher«, schreibt Klaus Podak, der verantwortliche Redakteur der Wochenendbeilage der »Süddeutschen Zeitung« vom 29.4.95, »gerade angesichts unserer von Verbrechern unheilbar beschädigten Geschichte nehmen wir Lese- und damit Denkverbote nicht widerspruchslos hin.« So ein mutiges Wort zur rechten Zeit war schon lange nicht mehr gesprochen worden. Ging es dabei doch um nichts Geringeres als um das vom Piper-Verlag aus dem Programm genommene antisemitische Machwerk *Auge um Auge* von John Sack, welches nun bei Kabel (Hamburg) erscheint.

Daß das Buch nun doch erscheint, kann man gleichwohl schon allein deshalb begrüßen, weil man Mitleid mit Podak bekommt, der im Auftrag der Deutschen, denen die Wahrheit und nichts als die Wahrheit vorenthalten werden sollte, bitterlich klagt: »Wir sollten das nicht lesen dürfen ... Nun erst können wir ... selber urteilen, was wir von diesem Buch halten.« Was »wir« von diesem Buch zu halten haben, ist nach dieser Einleitung kein Geheimnis mehr und wird »uns« auf Seite 1 der Beilage gleich von drei Experten serviert. Als Vorspeise »Die beeindruckende Biographie des John Sack«, als Nachspeise ein »Offener Brief an John Sack«, lamentierende Anklage à la »Wie konnten Sie uns das antun?«, welche das auf strenge geistige Diät achtende Menü abrundet. Hauptgang ist jedoch der Nachweis, daß Sack keinen seiner Dialoge erfunden hat, daß jedes »Its like the Gestapo!« authentisch ist. Die Frage ist nur, ob man an jeder Mülltonne riechen muß, um zu wissen, daß es daraus stinkt, denn derartige »Dialoge« belegen lediglich, daß jemand einen triftigen Grund hatte, so zu reden. Wenn sich ein Journalist solcher Aussagen bedient, dann will er mit ihnen etwas ausdrücken, was er selber gern sagen möchte, sich aber nicht traut. Mit dem »Juden« als »Opfer, das zum Täter wurde«, läßt sich dann »glaubwürdig« nachweisen, daß »die Juden« »ebenso grausam wie ihre Vorbilder in Auschwitz« waren.

Hier soll nicht weiter der Frage nachgegangen werden, ob die »SZ« möglicherweise Meinungsterror betreibt, nein, das wollen wir gar nicht wissen. Dankbar sind wir hingegen dafür, daß nun jeder nach der Lektüre des Buches wissen wird, daß dämlicher als John Sacks *Auge um Auge* nur die Seite 1 der »SZ«-Wochenendbeilage ist.

Leicht überarbeitete Fassung eines Beitrags, den Klaus Bittermann in der »jW« vom 6.5.95 veröffentlicht hat

Neue Erscheinung

Eine interessante Neuerscheinung auf dem Zeitschriftenmarkt ist anzuzeigen: Unter der Herausgeberschaft von Heinz Sielmann und Wolfgang Ehrnsperger wird das Magazin »*Sielmanns* Abenteuer Natur« gemacht, welches Lücken in der allgemeinen zoologischen Bildung schließen soll. In Heft Nr. 3 wird außer über Geparden und Giftkröten über die wahrscheinlich den Säugetieren zuzurechnenden sagenhaften Naturvölker berichtet, die bisher in der Bundesrepublik nur in den siebziger Jahren von seinerzeit als unseriös geltenden Anthropologen in populärwissenschaftlichen Publikationen wie z.B. »Neue Revue« beschrieben wurden: Nach den damaligen Berichten könnte es sich bei den Naturvölkern um das fehlende Glied in der Entwicklung vom Neandertaler zum heutigen Menschen handeln; bekannt ist bis jetzt nur, daß die Populationen in Gruppen von einigen Dutzend bis zu einigen hundert Exemplaren leben, sich von Wurzeln, Beeren, Hirse, Gnus und Affen ernähren, in der Balzzeit sehr bunte Kostüme anlegen und bei der Paarung spitze Schreie (die Weibchen) bzw. gutturale Laute (die Männchen) ausstoßen. Man darf gespannt sein, endlich genaueres über diese seltene Spezies zu erfahren.

Frieder Lehmann

Hut ab!

»Der Querulant als Intendant«, stöhnte die »Zeit« und malte im Verein mit Kulturpolitikern und Theaterleuten als »komplizierten Alptraum« die Bemühungen des Boulevard-Dramatikers Rolf Hochhuth, sich in Berlin ein Theater anzuschaffen. Den besten Kommentar zu diesem Vorgang hat die »junge Welt« veröffentlicht. Er stammt von Rayk Wieland und wird hier dokumentiert:

Verkehrte Welt

Was sind das für Zeiten: Ein Mann kauft ein Grundstück, und ein Sturm der Empörung bricht los. Er ist mit dem Verkäufer handelseinig geworden, das Geld ist da, der Preis angemessen, kein Gesetz gebeugt, die Verträge stimmen – doch Politik,

Presse und Proporzkunst protestieren, nennen den Handel suspekt, den Käufer intrigant und stellen das Recht auf Privateigentum in Frage.

Was sind das für Zeiten: Ein Theatermann kauft ein Theater, um dort seine Stücke aufführen zu lassen. Tatsächlich hat er sie nicht verfaßt, um sie nicht *auf die Bühne zu bringen. Während seine Kollegen sich am Ziel ihrer Wünsche sehen, wenn sie gekauft und abhängig gemacht worden sind, kauft er den Laden und macht sich unabhängig.*

Was sind das für Zeiten: Jemand, der Geld hat, verschafft sich damit Einfluß. Er schafft sich ein Auditorium, bezahlt seine Leute und setzt sein Programm durch. Er sorgt für sich. Dazu ist ein Geld da.

Verkehrte Welt. Die Aufregung um Rolf Hochhuths Übernahme des Berliner Ensembles kann geheuchelter nicht sein. Berlins Kultursenator Roloff-Momin spricht von einem »Bubenstück«, Heiner Müller von einer »wunderbaren Intrige«. Ein ganz normaler Kaufvorgang, die ganz normalen Interessen eines Autors irritieren die Öffentlichkeit in einer Weise, die irritieren muß. Sie unterstellt Hochhuth egoistische Motive, unternehmerisches Kalkül und ein Auseinanderfallen seiner moralischen Aussprüche und realen Ansprüche. Dies aber sind die Bedingungen einer jeden bürgerlichen Existenz.

Die größte Besorgnis ist aber offenbar, was nun mit der traditionsreichen Bühne, die Bertolt Brecht einst gegründet hat, geschehen wird. Schlimmste Befürchtungen gehen dahin, daß Hochhuth, gegenteiliger Versicherungen zum Trotz, die Bühne ausschließlich zum Abspielen seiner eigenen Werke benutzen wird. Dies würde durchaus zu der Konsequenz passen, mit welcher der Schriftsteller bislang vorgegangen ist. Heiner Müllers Bemerkung, derzufolge uns die Stücke Shakespeares über unsere Wirklichkeit immer noch mehr sagten als die Hochhuths, wäre dagegen kein Einwand. Das Theater ist schon lange kein Ort mehr, an dem uns etwas über unsere Wirklichkeit mitgeteilt wird. Hochhuth, der sich seit seinem Stück »Der Stellvertreter« (1963) darauf kapriziert hat, unerledigte Skandale zu seinen Stoffen zu machen, hat uns wieder einmal die Augen geöffnet. Diesmal ist es das bürgerliche Theater, das seiner eigenen Bedeutungslosigkeit aufgesessen ist.

Koloniale Geilheit

Malek Alloula: Haremsphantasien. Aus dem Postkartenalbum der Kolonialzeit. Verlag Beck & Glückler, Freiburg 1994, 95 S., 58 Mark

Der Titel des Bildbandes *Haremsphantasien* läßt Schlimmes vermuten. Es gibt in den Supermärkten des zeitgenössischen Buchhandels besondere Tische, auf denen aufgebaut wird, was ein desillusionierter Buchhändler mir gegenüber einmal »Softpornos für Feingeister« nannte: Fotobände, die ihr pornographisches Anliegen nur notdürftig mit ästhetischen Kinkerlitzchen, mit kulturgeschichtlicher oder ethnologischer Maskerade kaschieren.

Das Buch, das mit französischem Originaltitel *Le Harem Colonial* heißt, ist, anders als es sein Umschlag vermuten läßt, kein solches Machwerk. Es zeigt in vorbildlicher Reproduktion 69 französische Kolonialpostkarten. Die Aufnahmen wurden zwischen 1900 und 1925 von französischen Fotografen im besetzten Algerien gemacht. Die Bilder sind, von wenigen Straßenaufnahmen abgesehen, Atelieraufnahmen von großer Künstlichkeit. Algerische Frauen, von den französischen Fotografen in den Bordellen der Kolonie rekrutiert, posieren wie auf Gemälden des ausgehenden 19. Jahrhunderts (s. Claudia Basrawi: »Gustave unter Schleiern«, KONKRET 3/95). Meist sollen eine inszenierte Halbnacktheit und die Verwendung der immergleichen »sprechenden« Bildelemente – vergitterte Fenster oder Kaffee-Service und Wasserpfeife – Haremsatmosphäre suggerieren. Die Postkarten wurden zu ihrer Zeit als Serien in hohen Auflagen für die französischen Kolonialtruppen produziert. Heute sind sie das Objekt der Begierde zahlungskräftiger Sammler.

Der in Paris lebende algerische Schriftsteller Malek Alloula hat die Bilder in thematische Gruppen zusammengefaßt. Sein komplexer Essay beschreibt, wie sich der koloniale Blick seiner widerstrebenden Opfer bemächtigt hat und wie sich im trivialen Medium der Postkartenfotografie die kolonialisierende Gewalt, die ethnographische Lüge und die ohnmächtige Geilheit des imperialen Europas offenbaren.

Dennoch liegt der besondere Gebrauchswert dieses Buches nicht in der Dokumentation und Analyse von Vergangenem. Was es zu sehen gibt, ist auch heute, am Vorabend neuer Kriege gegen den angeblich barbarischen und unkontrollierbaren Südosten, schmerzlich aktuell. Die Fotografien zeigen, daß sich Erniedrigung und Vernichtung von Menschen anderer Kulturen in der Moderne nicht nur auf militärischem und ökonomischem Weg vollziehen. Die Auslöschung der fremden Seele geschieht bereits durch die Medien, durch die Massenproduktion von Schrift und Bild. Der Leib des anderen, die Gegenstände seines Alltags, seine Rückzugsräume werden im medialen Licht zu körperlosen Gespenstern und erbärmlichen Zerrbildern.

Ischrak Kamaluldin

Hot Voodoo

Im Juni kommt der afroamerikanische Schriftsteller und KONKRET-Autor Darius James zum ersten Mal auf Lesetour nach Deutschland. James, Jahrgang 55, wird aus seinem Roman *Negrophobia* (Maas Verlag) lesen, dessen drastische Dekonstruktion der amerikanischen Rassismen in den USA heftige Diskussionen ausgelöst hat. *Negrophobia* beschreibt die Heimsuchungen des weißen Teena-gers Bubbles Brazil, die, von einem Voodoo-Fluch getroffen, in ein Kaleidoskop von Alpträumen stürzt, welche sie mit den Versatzstücken eines kollekti-ven Bewußtseins konfrontiert, aus denen sich die rassistische Realität Amerikas zusammensetzt.Georg Seeßlen schrieb in LITERATUR KONKRET 94/95 über James' literarisches Debüt: »*Negrophobia* ist eine wundersame heftige Mischung aus Poesie, Erzählung, Rap, Hyperrealismus, Drehbuch und Performance. ... Da kehrt sich die Innenseite der popular culture nach außen; Rassismus zeigt sich als Wesentliches von Sprache und Bild, als eigentlicher Inhalt der Kultur. In James' genialer Traumkonstellation haben Stereotypen keine Chance mehr, sich in den alltäglichen Vernetzungen zu verbergen. Die weiße Konstruktion des Bildes vom Schwarzen bricht auseinander, und jedes Trümmerteil ist die Wahrheit über Amerika.«

Die Tourdaten: 31.5. Berlin, Friseur; 7.6. Mannheim, Alte Feuerwache; 8.6. Karlsruhe, Literarische Gesellschaft; 9.6. Reutlingen, Café Nepomuk; 14.6. Freiburg, Jos-Fritz-Café; 15.6. Zürich, Rote Fabrik; 16.6. München, Kunstverein; 18.6. Augsburg, Theater Spielküche; 20.6. Hannover, Sprengel; 25.6. Hamburg, Westwerk; 27.6. Kiel, Zapata-Buchhandlung; 30.6. Berlin, Sputnik-Kino, Wedding.

Weitere Termine und kurzfristige Änderungen sind möglich, deshalb auf die Ankündigungen in den regionalen Medien achten.

Konkret 06/95, S. 42

Helmut Ridder

Am Scheitel der Parabel

Warum Sebastian Haffners Buch »Der Verrat« so wichtig ist

Eine Parabel ist, erinnern wir uns an geliebte oder gefürchtete Schulstunden der Befassung mit analytischer Geometrie, die Gesamtheit aller Punkte, die von einem festen Punkt, dem Brennpunkt, und einer festen Gerade, Leitlinie genannt, gleichen Abstand haben. Das Lot vom Brennpunkt auf die Leitlinie, es heißt Symmetrieachse, schneidet auf seinem halben Wege die Parabel in ihrem Scheitelpunkt, von dem die beiden Äste der Parabel ausgehen und der zugleich der Punkt des kleinsten Abstands vom Brennpunkt einerseits und von der Leitlinie andererseits ist. Klarer, knapper und doch aussagekräftiger als durch eine Parabel, die auch einen Wust von Mythen entzaubert, mit dem die postnazistischen Deutschen sich und die Welt über ihr Verhältnis zur Demokratie belügen, kann kein Diagramm die einzigartige Verlaufsgeschichte deutschen Demokratieverfehlens in zwei Jahrhunderten veranschaulichen: Auf dem verfassungsloser Zeit entsteigenden Parabelast gerät der vom preußischen Expansionsstreben dynamisierte, von Bismarck durch drei provozierte und gewonnene Kriege »geschmiedete«, im Land des besiegten französischen »Erbfeindes« triumphal als Kaiserreich proklamierte, aber mit Augenmaß für die Grenzen des dauerhaft Machbaren nur auf den Großteil einer »verspäteten« Nation »kleindeutsch« zugeschnittene Staat in das Gravitationsfeld der Demokratie, des Brennpunkts der Parabel. Wird es ihn aus seiner Kometenbahn herauslösen und in den Hafen der (von ihren ungeduldigen, aber mittlerweile gestrandeten Überholern als »bürgerlich« verschrienen) Demokratie einlaufen lassen, den der europäische Westen längst erreicht hat?

Mitnichten, denn da ist die sich gerade in dieser Gefahrenzone bewährende antirevolutionäre Leitlinie der Parabel vor! Sie hat ihren Ursprung in der mit dem legitimistischen Wiener Kongreß beginnenden Ära der Restauration. Den von diesem Kongreß aus der Taufe gehobenen, nicht sonderlich funktionstüchtigen und unter dem Einfluß des preußisch-österreichischen Rivalisierens um Führungsmacht geschwächten Deutschen Bund hat die Reichsgründung von 1867/71 zwar endgültig liquidiert. Doch das von ihm tradierte antirevolutionäre, monarchische Legitimationsprinzip hat sie übernommen und blitzblank poliert. Es gehört ja auch zum Kern »unseres deutschen Wesens«, das auch die Väter der Paulskirchenverfassung in Rechts und Links umfassender Einmütigkeit vor der »traurigen Nachäffung französischer Vorbilder« bewahrt wissen wollten. Verständlicherweise. Schließlich ging ihr von Petitionen inspirierter Auftrag dahin, den schon vorhandenen süd- und mitteldeutschen Konstitutionalismus fortzuschreiben und das Ergebnis einem auf dem Gebiet des Deutschen Bundes vereinigten Deutschland als Reichsverfassung vorzuhalten. Und auch die am 18. März 1848 in Berlin niederkartätschten Demonstranten waren keine revolutionär zur Demokratie aufgebrochene Bewegung gewesen, sondern königstreue Petenten, die öffentlich einforderten, was durch königliche Versprechen längst bewilligt war.

Siebzig Jahre danach, im November 1918, im Zeichen der unabwendbar gewordenen militärischen Niederlage des alldeutsch-wilhelminisch gewordenen und nach der »Weltmacht« greifenden neuen Kaiserreichs also ist der Kritische Punkt der größten Nähe zur Demokratie erreicht, an dem nun wirklich eine Revolution ausbricht, die ihren demokratischen Ehrennamen verdient, die also weder um Bewilligungen nachsucht, noch auch nur auf deren Einlösung pocht, die erste – und in zwei Jahrhunderten einzige – deutsche Revolution. Der Punkt, an dem der fallende Parabelast beginnt, auf dem das mit der Reichsgründung vom Stapel gelaufene deutsche Staatsschiff auf der anderen Seite der Symmetrieachse dem Gravitationsfeld des Brennpunkts Demokratie wieder entkommen konnte. Der Punkt, an dem es entscheidend und um jeden Preis darauf ankam, die antirevolutionäre Leitlinie funktionstüchtig zu erhalten, die die Schwerkraft des Brennpunkts ausschaltet. Der Punkt, der im Geschichtsbewußtsein der politischen Klasse dieses Landes nicht unzufällig verdunkelt ist, weil sie nicht weiß, daß Demokratie um den Preis der totalen Preisgabe ihrer Risiken nicht zu haben ist. Der Punkt, ohne dessen Erhellung aber nicht zureichend erkannt werden kann, wann und wie rechte und linke deutsche Revolutionsphobie sich zu einer Schubkraft bündelten, deren ungeheure ideologische Wucht bis heute ausgereicht hat, um das angeblich zäsurlos fortexistierende Deutschland von 1871 zäsurlos vor demokratischen Kursabweichungen zu bewahren. Diesen Punkt nimmt Sebastian Haffner in seinem 1993 vom »Verlag 1900 Berlin« neu herausgebrachten Buch *Der Verrat* ins Visier.

Haffner ist aus den Reihen zünftiger Historiker die »Meisterschaft eines Tonsetzers in Sachen Geschichte« bescheinigt worden. Dies im Zusammenhang mit seinem 1978 erschienenen Buch *Preußen ohne Legende,* mit dem er tatsächlich den »Grundakkord« der seit dem Ende der siebziger Jahre anschwellenden (mittlerweile wieder abgeklungenen) »Preußenmelodie« anschlagen konnte – eine attraktiv ausgestattete und breiten Widerhall findende Veröffentlichung, deren Erfolg der quasi-offiziösen Produktion hegemonischer politischer Ideologien in der BRD mehr als gelegen kam, war diese doch durch den Aufbruch der DDR-Historiker zur »Aneignung« auch von preußischem »Erbe« zunehmend in Zugzwang geraten. Das nicht nur wissenschaftlich Problematische an Haffners publizistischem Paukenschlag war seine Fixierung auf die, wie er meint, »eigentliche preußische Geschichte«, kurz auf das sozusagen klassische Preußen des 18. Jahrhunderts, dessen Bild er denn auch mit gleichermaßen gewisssenhafter wie liebevoller Feder gezeichnet hat. So werden die relative Modernität und Aufgeklärtheit jenes Preußen und sein absolutistischer Kampf gegen ständische Borniertheit von Haffner

zutreffend in helles Licht gerückt, wohingegen Preußens weitere Wirkungsgeschichte seit der Französischen Revolution hier im Dunkeln bleibt. Sie endete nach Haffner jedenfalls als eine mit der Reichsgründung von 1871 beginnende »Agonie« des »langen Sterbens«; in »glorioser Form« habe Preußen abgedankt, nachdem Bismarck ihm mit seiner zur Reichsgründung führenden Politik »den Todeskeim eingeimpft« habe. Da denkt man doch unwillkürlich an die durch die März-Unruhen von 1848 ausgelöste königliche Verheißung, Preußen werde künftig in Deutschland aufgehen. (Der dies ankündigende rhetorische Meister in der Kunst patriotischen Abwiegelns wollte aber keine Kaiserkrone von Meister Bäckers usw. Gnaden und hatte ein verpreußtes Deutschland im Kopf.) Oder, in der Europa-Ära mit dem Namen Maastricht, an die proklamierte Europäisierung der durch die Eingliederung der DDR frisch »vergrößerten« BRD (indes zäh an der Einreihung Deutschlands bei den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und für die Beherrschung Europas durch seinen deutsch bestimmten Macht-»Kern« gearbeitet wird).

Um auf Haffners Szenario von Preußens Abdankung zurückzukommen: Es läßt nicht erkennen, mit welchem Stachel das zu Tode geimpfte Preußen, verendend oder nicht, den geschmack- und geschichtslos mit Reichsflitter behängten neuen und ersten deutschen Nationalstaat gegen die Demokratie immunisiert hat. Es hat ihn unlösbar an die Kette der sich in den Erblanden der Heiligen Allianz behauptenden, per se antirevolutionären monarchischen Legitimation geschmiedet, ohne deren Zerbrechen im gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein aber im neuzeitlich-nationalstaatlichen Europa seit 1789 die unüberholbare Revolution aus dem Geist der Aufklärung zerbricht und, selbst wo und wenn im Wege der Reform von oben demokratische Institutionen und Verfahren eingeführt und praktiziert werden, die Demokratie ohne das sie sichernde Fundament der Verinnerlichung demokratischer Ideologie bleibt. Nichts war revolutionär an den vor- und nachmärzlichen preußischen Reformen, die zur Lösung der immer brennender werdenden »sozialen Frage« nichts beigetragen haben und, an den Interessen der unterprivilegierten Schichten vorbei, der Anpassung der vorhandenen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung an die Erfordernisse des industriellen Zeitalters im Sinne der Privilegierten, des entfalteten Bildungs- und Besitzbürgertums, dienten. Das semantische Verwirrspiel mit dem Begriff der »Revolution von oben« erreichte übrigens erst vor zehn Jahren seinen grotesken Höhepunkt, als nach dem Vorgang zeitgenössischer Akteure und ganzer Schulen von akademischen Historikern der DDR-Historiker Ernst Engelberg in seinem 1985 erschienenen Werk *Bismarck – Urpreuße und Reichsgründer* ganz unbedenklich die Rede von der preußischen »Revolution von oben« übernahm und speziell als »Revolution in Kriegsform« (»von oben« kam im Juni 1866 die Eröffnung der preußischen Kriegshandlungen gegen Österreich ganz gewiß) einen der gewalttätigsten Beiträge Bismarcks zur ersten deutschen Vereinigung verstanden wissen wollte.

Es ist offenbar ein großer, politisch äußerst buntscheckiger Kreis von in- und ausländischen Preußen- und Bismarckfans, von deutschnationalen, kommunistischen und sonstigen Anbetern erfolgreicher und dadurch »legitimierter« Machtausübung, dem dieser Ausbund von antirevolutionärer Perversion des Revolutionsbegriffs entwachsen ist. Gehört Sebastian Haffner, erfolgreicher Tonsetzer der am lautesten von den Verschwörern gegen die Neuzeit und ihr der Aufklärung geschuldetes Fortschrittsmotiv gesungenen Preußenmelodie zu diesem buntscheckigen Kreis, d.h. zu einer die Massenmedien infiltrierenden und durch den ideologischen Transfer des scheinbar von Erfolg gekrönten »Modells Deutschland« europaweit an Boden gewinnenden Liga für geschichtlichen Rückschritt? Steht Haffner, vielbefehdet, wo nicht totgeschwiegen als Verfasser des Werks über »Verrat«, den Verrat einer Revolution nämlich, auf der anderen Seite? Zu der dann aber die in der BRD von ihren Chefideologen durchs Godesberger Tor geschleifte und so »regierungsfähig« gemachte Sozialdemokratie nicht gehören kann! Denn ihre Hofgeschichtsschreiber attestieren dem »historisierenden Publizisten« Haffner einen »nur noch als pathologisch zu bezeichnenden Haß« auf Friedrich Ebert. Der hat sich nun allerdings zeitlebens dazu bekannt, daß er die Revolution »wie die Sünde« hasse.

Ebert ist die historische Schlüsselfigur im Deutschland des 9. November 1918. Er, der die Führung der Mehrheits-SPD fest im Griff hatte, hat sich an diesem Tage vom resignierenden Reichskanzler Prinz Max von Baden durch einen verfassungswidrigen, aber nicht als revolutionär, sondern als vom Notstand der alten Ordnung gedeckt begriffenen Akt die Befugnis zur Übernahme der Spitzenfunktion in der zivilen Reichsleitung übertragen lassen. Von seinen Entscheidungen hing es ab, ob diese Sozialdemokratie und ihre die großenteils gewerkschaftlich organisierten Massen des Industrieproletariats, der Underdogs des preußisch-deutschen Kaiserreichs, umfassenden Anhänger doch noch als ausschlaggebender Machtfaktor der ausgebrochenen Revolution freigesetzt oder als solcher mit dem Repressionsinstrumentarium der alten Ordnung stillgelegt und von derselben endlich als staats- und systemtragende Kraft anerkannt werden würde – um für die Zwecke ihrer (damals anders nicht mehr möglichen) Sanierung verheizt zu werden: Die siegreiche Gegenrevolution frißt die von ihr eingekauften Proselyten – nachtragend, nachhaltig, gründlich, langsam aber sicher, über Generationen hinweg. Das ist aber kein bei Historikern, Politologen und Publizisten branchengängiges Thema geworden (daß die um der Menschenrechte willen zur Befreiung aus der Vormundschaft von Staats- und Fürstensouveränität angetretene Revolution ihre eigenen Kinder fräße, wird hingegen häufig geschrieben, wobei nicht bedacht wird, daß sie in dem Maße, wie installierter Terror das Ringen um ihre gesamtgesellschaftliche Annahme und Verinnerlichung durchsetzt oder ersetzt, selbst verraten wird).

Ebert hat mit keiner der von ihm am Scheitel der Parabel getroffenen Entscheidungen und begangenen Taten seinen antirevolutionären Haß verraten. Er bewahrte das Staatsschiff des Deutschen Reiches vor jeder revolutionären Kursabweichung und wurde ganz folgerichtig von der Nationalversammlung, die in Weimar unter dem bewaffneten Schutz der alten Ordnung zusammengetreten war, zum ersten Präsidenten einer »Republik« gewählt, die sich pflichtgemäß und kursgetreu der revolutionären Voraussetzungen ihrer Entstehung schämte, hätten ihre Honoratioren sonst doch tatsächlich französische Vorbilder »nachgeäfft« und den 9. November 1918 wie den Sturm auf die Bastille gefeiert (»man« traf sich statt dessen am 18. Januar, dem Jahrestag der Reichsgründung, zum »Herrenessen«). Der Pflege des moralischen und politischen Vermächtnisses von Friedrich Ebert hat sich in der BRD die nach ihm benannte Stiftung angenommen; ihre Bewährung als gern konsultierter, instruierender Braintrust für Probleme des Anhaltens, Kanalisierens oder auch Zurückwerfens revolutionärer Aufbrüche in Ländern, die aus dem Kolonialstatus entlassen worden sind oder sich von der Herrschaft (vulgo) »faschistischer« Diktatoren befreien konnten, steht außer Zweifel.

Friedrich Ebert ist auch in Haffners packendem Bericht über den »Verrat« der Revolution von 1918/19 die zentrale Figur. Wie sie in den Vordergrund des Geschehens rückte; wie, warum und zu welchen konspirativen Zwecken sie sich der Koordinierung mit der obersten Heeresleitung versicherte; wie sie dazu beitrug, daß den revolutionär entstandenen und dürftig organisierten Hoffnungsträgern, den Arbeiter- und Soldatenräten und dem Rat der Volksbeauftragten, der Zugang zur Macht versperrt blieb, bis sie wie Eintagsfliegen verendeten; wie sie, und sei es auch nur durch Schweigen, diejenigen deckte, die die Mörder von Wegbereitern und Verkörperern der alles andere als mordenden Revolution (exemplarisch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg) deckten (»Ebert hat, soviel man feststellen kann, immer wie das Grab dazu geschwiegen«, schreibt Haffner, S. 149; auf jüngst erbrachte Belege für Noskes Anteil, der über »kalte Genugtuung« weit hinausging, verweist der Verleger in einem Nachwort zur 2. Auflage, 1994, S. 205ff) – alles das berichtet Haffner.

Und er berichtet, indem er Fakten mitteilt, Fakten und nochmals Fakten, viele Fakten, so geordnet, daß Vorgänge sichtbar werden. Er stellt und beantwortet keine Gretchenfragen. Über die Analyse – sie läßt sich nicht auf die für das Wiegen der Fakten zur Verfügung stehende Präzisionswaage legen – ist m. E. stellenweise zu streiten (ich komme darauf auch deswegen noch zurück, weil da der Haffner sichtbar wird, der das »klassische« Preußen liebevoll im »Goldrähmchen« – so eine m. E. ganz treffende Bemerkung der Kritik – präsentiert hat). »Die Fakten stimmen«, durfte Haffner auch 1979 im Nachwort zur Neuausgabe seines Buches schreiben (in der hier angezeigten Ausgabe S. 201), in dem die Texte seiner »Stern«-Serie »Der große Verrat« von 1968 zusammengefaßt sind. Gut, daß schon damals nicht wie beim in denselben Jahrzehnten behandelten Preußenthema die Liebe, sondern der Zorn seine Feder beflügelt hat, ein Zorn, der die Fakten nicht entstellt und dessen der Autor sich bewußt war, wie er sich der Gerechtigkeit seines Zorns gewiß war. Profitiert hat davon die Eindringlichkeit dieser Schilderung der Machenschaften und der Rollenverteilung beim Niederschlagen einer Revolution, die ins Geschichtsbewußtsein der »normalen« Absolventen deutscher Schulen in Weimar, im »Dritten Reich« und seither in Westdeutschland als »spartakistischer« oder gar »bolschewistischer« Aufruhr eingegangen ist.

Haffner hat ausweislich der bisherigen Ausgaben mit Titel und Untertitel seines Werks experimentiert. In der hier angezeigten neuesten Ausgabe lautet der Untertitel *1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist.* Er greift inhaltlich am weitesten und eben auch bis in die Gegenwart aus. Wie sehr das »Deutschland, wie es ist« sich davon getroffen fühlt, erweist die nicht vom Zorn beflügelte, sondern von der Wut angestachelte Schmähkritik, die aus zwei Richtungen im Verdikt über den Verfasser und sein Buch zusammenfließt. Die Quellen dieser beiden Kritikströme entspringen je einem der beiden Lager der Vermächtnisnehmer der Großen Antirevolutionären Koalition (ich schlage das Kürzel GAK vor) von 1918/19, in welcher sich der sozialdemokratische Juniorpartner, der begierig nach dem von den blitzschnell reagierenden Arbeitgeberverbänden ausgelegten sozialpolitischen Köder (Anerkennung der Gewerkschaften als »berufene Vertreter der Arbeiterschaft« mit der Folge der Legalisierung von Arbeitskämpfen etc.) schnappte, sehenden Auges austricksen ließ. Das »stärkste Stück«: wie Ludendorff, der während des Krieges auch die zivile Reichsleitung seinem Diktat hatte unterwerfen können, es in seiner feinen deutschen Generalstabsart fertiggebracht hat, durch die Erfindung der »Dolchstoßlegende« die Schuld an der militärischen Niederlage den sozialdemokratischen Führern in die Schuhe zu schieben und sie dadurch in den Augen aller »Patrioten« nachhaltig zu diskreditieren, beschreibt Haffner in den Eingangskapiteln (S.19 ff). Am Ende vom Lohn des Seniorpartners für den »Verrat«, speziell davon handelnd, daß Ebert mit dem von der deutschen Justiz in Weimar gern übernommenen Vorwurf des Landesverrats »buchstäblich zu Tode gehetzt« wurde (S. 196 ff), zitiert Haffner das Gedicht »Die Vergeltung« von Annette von Droste-Hülshoff. Dieses Gedicht zu lesen und noch einiges mehr von ihr, sei den »linken« Veranstaltern des lärmenden postfaschistischen Antifaschismus empfohlen, der zur Zeit kräftig dazu beiträgt, daß Deutschland das Treppchen der Sieger vom 8. Mai 1945 erklimmen kann, von wo aus der Griff nach der Hegemonie über Europa kürzer und die nächsten nationalistischen Revisionsrunden leichter werden. Sie, die vor lauter Geschichtslosigkeit politisch begriffsstutzigen lieben »Linken«, würden dadurch etwas über die Unbestechlichkeit der Geschichte lernen können und beim nächsten Blick auf den deutschen Greenback nicht mehr mit der Bundesbank meinen, das Bild eines bigotten Frauenzimmers vor sich zu haben, sondern verstehen, warum Friedrich Engels sich beeilt hat, dieser großen Seherin seine Aufwartung zu machen (aber davon steht in der von den 68ern benutzten Literatur nichts).

Die Wut der sozialdemokratischen Schmähkritik, die sich in Undeutlichkeiten über Haffners Deutungen verlieren muß, weil sie die von ihm vermeldeten Fakten nicht leugnen kann, richtet sich gegen die Verbreitung von schädlichem Wissen. Es läßt wie jedes Wissen den Gewissenswurm gedeihen, der hier aber in besonders störender Weise das Nachdenken über die moralische Qualität und den politischen Sinn der von der parteiförmigen deutschen Sozialdemokratie bis heute fortgesetzten Beteiligung am antirevolutionär-antidemokratischen Kampf provoziert. Mental hat sich diese Sozialdemokratie auch durch Kündigung, schnöden Undank und Schlimmeres nie vom Seniorpartner aus der GAK verabschieden lassen, in der sie 1918/19 mit ihm zusammen zu aktionistischer Hochform aufgelaufen ist. Auch nicht dadurch, daß der 1932 mit den Stimmen der sozialdemokratischen Wählerschaft wiedergewählte Reichspräsident (Hindenburgs Devise: »Die Treue ist das Mark der Ehre«) durch seinen Auftritt beim »Staatsakt von Potsdam« die Ausdehnung der Verfolgung von Feinden der »nationalen Erhebung« auch auf den sozialdemokratischen Juniorpartner absegnete. Denn als zwei Tage später in der Kroll-Oper der sozialdemokratische Fraktionschef Otto Wels (über seine Rolle bei der Erwürgung der Revolution von 1918/19 berichtet Haffner ausführlich) das Nein der Fraktion zum »Ermächtigungsgesetz« in seiner später vielzitierten (und selten gelesenen) Rede begründete, hatte er an den außenpolitischen Bestrebungen der »Regierung der nationalen Konzentration« nichts und an der Proklamation der totalen Überwindung des »Systems« von Weimar eigentlich nur auszusetzen, daß die Sozialdemokratie und andere in Weimar bewährte antirevolutionäre Organisationen in Verkennung ihrer Verdienste und mit der Unterstellung staatsfeindlicher Wühlarbeit vom großen Werk des Neuaufbaus ausgeschlossen sein sollten (m.W. hat anläßlich der 50. Wiederkehr des Jahrestages der Verabschiedung des »Ermächtigungsgesetzes« von den zeitgeschichtlich engagierten deutschen Historikern nur Golo Mann eine komplette demokratische Alternative zu dieser Rede ausformuliert). Womit Wels recht hatte, und wobei er auch kaum übersehen haben dürfte, daß der Seniorpartner schon damit rechnete, für die nächsten tausend Jahre auf Krankenhilfe von »links« nicht mehr angewiesen zu sein. Jedenfalls war die Erwiderung des »Führers« (von den schnell gewendeten Staatsrechtlern im anhebenden »Dritten Reich« als »Abrechnung« bezeichnet) der Hohn konsolidierter Macht über besiegelte Ohnmacht einer Partei, die es selbst danach noch über sich brachte, ihren Vorstand zu »entjuden«, und hoffte, dadurch ihre endgültige Liquidierung verhindern zu können.

Nach dem durch fremde Siegermacht und ohne auch nur einen deutschen Hauch von Revolution herbeigeführten vorzeitigen Ende der tausend Jahre war sie wieder da, gut genug dafür, im Westen vom Vordemokraten Konrad Adenauer mit den gerade noch vom »Dritten Reich« benutzten Zwecklügen als Vorhut des Bolschewismus verleumdet zu werden, seinen Chauvinismus mit einer Ballung von Realitätsverlust (»Kanzler der Alliierten«) und anarchistischem Unverstand übertrumpfen zu wollen, sich dann brav nach der Decke des antirevolutionären Seniorpartners zu strecken und in der SBZ/DDR im Machtschatten der sowjetischen Revolutionsüberholer in ein deutsches Experiment der Revolutionsüberholung verwickelt zu werden, bei dem sie heute ausschließlich Opfer gewesen sein will, um mit dem Seniorpartner mithalten zu können, der die als Eingliederung der DDR vollzogene deutsche Vereinigung von 1990 auch als seinen »Sieg« feiert (und dadurch die Spaltung der Nation in zwei Gesellschaften recht eigentlich erst einleitet: Die Ossis werden mit Hilfe ihrer eigenen Wendehälse, Racheengel und servilen Simpel zu einer Gesellschaft reuiger oder verstockter Besiegter; die Wessis sind die Animateure eines juristischen und politischen Gerichtstags von Siegern).

Ich muß hier zur Vermeidung von Mißverständnissen etwas genauer erläutern, was ich unter »Revolutionsüberholung« richtig verstanden wissen möchte. Die Revolutionsüberholer erscheinen mit der russischen Oktoberrevolution auf der großen politischen Bühne. Sie glauben, dadurch, daß sie die »bürgerliche« Revolution nicht nur nicht zu Ende führen wollen, sondern sie als überflüssig sogar einfach »ausfallen« lassen, allen Irrwegen, Rückschlägen usw. derselben entgehen zu können, und verkennen, daß sie damit die demokratische Imprägnierung des gesellschaftlichen Bewußtseins verhindern, die im Wegdenken von Souveränität besteht. Sie sind selbst Legitimisten, die denn auch auf einen dem Volk vorgesetzten Souverän nicht verzichten können, und – provozieren so erst die mit der monarchischen Legitimation brechende, nicht ersetzbare Revolution (die Aufständischen von 1956 im sozialistischen Ungarn waren Revolutionäre im Sinne dieser irritierend immer noch »bürgerlich« genannten Revolution, indem sie keineswegs »den Sozialismus abschaffen« und das dem Anspruch nach vorhandene Rätesystem nicht etwa beseitigen, sondern durch Befreiung von den Einwirkungen einer souverän agierenden Partei überhaupt erst Wirklichkeit werden lassen wollten).

Die Revolutionsüberholer, die in der SBZ den Seniorpartner der GAK der Deutschen gewaltsam als Machtfaktor ausgeschaltet haben, konnten dort den verbleibenden Juniorpartner, wenn auch unter eindrucksvoller Assistenz des zur Besatzungsmacht gewordenen Großen Bruders und mit erheblichem Druck auf die bekannte Solidaritätsdrüse, so doch gerade deswegen ohne physische Gewaltsamkeit in ihr Experiment einspannen, weil es mit der antirevolutionären Mentalität des Juniorpartners harmonierte. Das zu begreifen und darüber angesichts des heute in vollem Umfang übersehbaren Ergebnisses nachzudenken, müßte Sache des Juniorpartners sein. Der lamentiert aber lieber über erlittene Fußtritte, um sich als Verfolgter des DDR-Regimes in der erstarkten GAK neben dem Seniorpartner behaupten zu können. – Des wenigen, was die westdeutsche Sozialdemokratie immerhin geleistet hat, als sie mal »mehr Demokratie wagen« wollte und als sie sich an der Vorbereitung einer deutschen Vereinigung durch Verständigung versuchte, schämt sie sich, wie ihre Altvordern von 1918/19 sich der ihnen nachgesagten Beteiligung an der damaligen Revolution geschämt haben.

Haffners *Verrat* ist für ihre Führung heute noch ärgerlicher als die früheren Ausgaben, weil der Inhalt des Buches die Aufforderung zu einem Selbstreinigungsprozeß darstellt, der von heute an rückwärts den in Generationen angehäuften Stoff zu verarbeiten hätte. Das wäre schmerzhaft, riskierte vielleicht Verluste von aktuellen Einflußmöglichkeiten, hätte aber Zukunft. Darauf zu verzichten, ist bequem und garantiert die Verlängerung einer Gegenwart, in der der Juniorpartner immer darauf gefaßt sein muß, daß er mit einem Fußtritt in sein schon von den Altvordern abgehärtetes Hinterteil für seine antirevolutionären Dienste entlohnt wird.

Ungleich schlichter strukturiert ist die Wut des Seniorpartners, der sich durch Haffners *Verrat* von dem 1954 aus der Emigration heimgekehrten und lange für die systemkonforme Presse des CDU-Staates schreibenden Publizisten verraten fühlt. Was diese Schmähkritik sich nicht erklären und auch nur als »pathologisch« bezeichnen kann, erklärt sich jedoch sehr einfach aus der Sensibilität des Autors für die Wahrnehmung von individueller Unmoral, die sich innergesellschaftlich in den von ihm beschriebenen Vorgängen auswirkt, deren Zeitzeuge er auch ist. Damit ist er auch schon früher gelegentlich »unangenehm aufgefallen«, so durch seine Stellungnahmen zur »Spiegel-Affaire« und zum Tod des Studenten Benno Ohnesorg. Die »Typen«, die als Freikorps-Schützen fröhlich mordeten, hat er schon in seiner Schulzeit kennengelernt und ist dabei, wie er noch unlängst schrieb, »innerlich auf die Seite der Erschossenen übergegangen«. Dem Verschweigen und dem Entstellen der geschichtlichen Wahrheit über die Revolution, die Gegenrevolution und den Bürgerkrieg mit den Mitteln eines geradezu kriminalistischen Nachspürens und des dadurch ermöglichten faktentreuen Berichts entgegenzuwirken, rückte ihm als Aufgabe immer näher, als der demokratische und rechtsstaatliche Lack der BRD abzublättern begann. Daß diese Kriminalistik mit dem Interesse des antirevolutionären Seniorpartners an der Verdrängung der blutigen Wahrheit kollidiert, braucht nicht beschrieben zu werden.

Ich versuche zum Schluß, meinen wichtigsten Einwand gegen das unentbehrliche Buch zu formulieren. Er richtet sich weder gegen die Intention, noch zweifelt er die Zuverlässigkeit der Recherchen an, noch stellt er in Frage, daß mit diesem Buch jedem Leser geradezu sprunghaft Einsichten vermittelt werden, die ihn befähigen, das seinen Bewohnern weitgehend unbekannte Wesen Deutschland kennenzulernen. Damit bin ich wieder bei dem Untertitel der vorliegenden Ausgabe: *1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist.* Er müßte lauten: »1918/1919 – als Deutschland hätte werden können, wie es auch heute noch nicht ist, weil es bleiben wollte, wie es war« – nämlich ein Land, in dem die nur durch revolutionäres Zerschneiden der monarchischen Legitimation realisierbare Demokratie nicht angekommen ist. Damit auch nicht politische Kultur, Verhaltenskodex, Protokoll und Etikette einer konsolidierten Demokratie (hier gibt es keinen »rechtsstehenden« Staatsmann, der einen Voltaire auch dann nicht verhaften würde, wenn er Sartre hieße; hier gibt es einen durch die Ausstattung mit richterlicher Unabhängigkeit faktisch mit Staatssouveränität nach innen ausgestatteten Ersatzmonarchen, ein Bundesverfassungsgericht, das mit dem Gestus der Rechtsfindung potentiell jede politische Streitfrage allgemeinverbindlich und unanfechtbar entscheiden kann; hier herrscht die schofle Niedertracht von »Siegern«, die eine ganze Wählerschaft ohrfeigen dürfen, indem sie den Alterspräsidenten des von ihr gewählten Parlaments wie Luft behandeln).

Mein Einwand betrifft Setzungen und Deutungen in dem geschichtlichen Rahmen, mit dem Haffner das Hauptstück seines Buches umgeben hat und der an das »Goldrähmchen« von Haffners Preußenbild denken läßt. Ich glaube nicht, daß man die mit Hilfe sozialdemokratischer Führer niedergeschlagene Revolution noch eine »sozialdemokratische« nennen darf (S.6); das wäre ein Widerspruch in sich. Nicht nur der sozialdemokratischen Führung, sondern auch den sozialdemokratischen Massen war durch die Praxis des Sozialistengesetzes, in dessen Nichtverlängerung auch Franz Mehring zu Unrecht einen Sieg erblickt hat, längst das revolutionäre Rückgrat restlos amputiert worden. Demonstriert wurde nicht in Ansehung der Revolution als End- oder Etappenziel. Die Umzüge und Massenmeetings, gegen die, beritten und mit blankem Säbel, »eingeschritten« wurde, zeigten durch ihre Themen, um was es bei diesen Veranstaltungen ging, die ihren Stolz darin setzten, durch ihre Ordentlichkeit den Militärparaden die Schau zu stehlen. Es ging (Beispiel: Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts) darum, in der durch die Reichsgründung zwecks Revolutionsverhütung errichteten machtvollen Zitadelle die mit der nicht mehr zu vermeidenden Einrichtung repräsentativer Wählervertretungen geschaffenen Fenster demokratischer Verwundbarkeit modernen Tagesforderungen gemäß zwar zu erweitern, ohne jedoch Zweckbestimmung und Funktionsfähigkeit der Zitadelle in Frage zu stellen bzw. zu beeinträchtigen; die Bauleute der Zitadelle hatten ja auch gerade wesentlich zur Erwürgung der Pariser Kommune beigetragen. Es ging einer im im Juste milieu zubereiteten Sozialdemokratie um die Mitbestimmung auf den Befehlsebenen der Zitadelle, des Staat und politisches System gewordenen antirevolutionären Legitimismus. Um die Zeit des Erfurter Programms von 1891 war bereits das Fundament der GAK gelegt, die sich am Scheitel der Parabel so hervorragend bewährt hat.

Haffner registriert die gerade erwähnten Entwicklungen durchaus (etwa S. 10 ff). Und doch meint er, das Reich und die revolutionäre Sozialdemokratie seien eigentlich »füreinander bestimmt« gewesen. Er würdigt die Daten des aufsteigenden Parabelasts unzureichend, auf dem zwischen 1848 und 1871 das gesamte in der Paulskirche aktiv gewordene Veränderungspotential zu einer Kraft mit dem einzigen Aktionsziel der deutschen Vereinigung transformiert wurde. Das war Preußens Werk. Preußens, aus dessen aufgeklärter Fortschrittlichkeit in demselben Augenblick, in dem die Revolution den Kontinent erreichte, das demokratieverhindernde Zurückbleiben wurde, das den Bau des Deutschen Reichs

determinierte, welchem die Revolutionsverhütung oder ggf. -vernichtung oblag. Der diesem Reich bei seiner Gründung entgegengebrachte Jubel kam aus einem Milieu, in dem selbst der Geist der Paulskirche nicht heimisch geworden war, deren ganze »revolutionäre« Missetat doch nur im Bündeln, Debattieren, Anreichern, Ordnen und Expedieren des Inhalts von Petitionsstürmen bestanden hatte. Die weder vor- noch vorhergesehene Novemberrevolution aber wurde von Soldaten und Arbeitern eingeleitet, weitergetragen und aufgenommen, von denen gesagt werden kann: Sie haben die Revolution nicht gemacht, weil, sondern obwohl sie, soweit irgendwie sozialdemokratisch eingebunden, entsprechend fest in diesem Milieu verwurzelt waren. Mit diesem Befund und dem Plädoyer für Zorn statt Liebe in Sachen Preußen/Deutsches Reich muß ich Haffner jetzt allein lassen.

Aber werfen wir zusammen noch einen Blick auf den absteigenden Parabelast: Die aus der Gegenrevolution und dem anschließenden Bürgerkrieg hervorgegangene »Republik«, in den fast neun Jahren ihrer Krisen mit dem Diktaturartikel ihrer Verfassung regiert, stürzt in freiem Fall der maximalen Verwirklichung der in ihr von der Gegenrevolution angelegten Möglichkeiten entgegen, den zwölf Jahren des »Dritten Reiches« mit seinem (keinen revolutionären Aufbruch hervorrufenden) Regime der Demokratieverhöhnung, der Menschenverachtung, der Menschenvernichtung, des Völkermords, der planmäßigen Herbeiführung des Zweiten Weltkriegs, der Okkupationsverbrechen. Fremde intervenierende Siegermacht läßt dann zwei Systeme der kryptomonarchischen Legitimation entstehen, ein restauratives und eines der Revolutionsüberholung. Siebzig Jahre nach dem Scheitelpunkt der Parabel, genau gegenüber dem auf der anderen Seite der Symmetrieachse gescheiterten Versuch einer deutschen Vereinigung im Zeichen monarchischer Bewilligung, wird eine deutsche Vereinigung Wirklichkeit, bei der die davon Betroffenen nicht einmal mehr merken, daß ihnen eine Verfassung übergestülpt worden ist, die die einen (aus dem Land der Revolutionsüberholung) nicht einmal kennen können und die die anderen (aus dem Land der Restauration) unbesehen akzeptieren, weil sie nicht wissen, daß die mit ihr identische der »alten« BRD in Wahrheit mit dem Ende derselben auch erloschen ist: die eingeübte Denkungsart der monarchischen Legitimation macht’s möglich. Doch damals, 1848, steuerte das Staatsschiff noch auf den Brennpunkt Demokratie zu; 1990 steuert es von ihm weg – wie schon seit und infolge der Demokratieverfehlung am Scheitelpunkt der Parabel. Trotzdem: Kurskorrekturen zum Brennpunkt hin sind eher möglich geworden, weil die antirevolutionäre Leitlinie zum ersten Mal und zwar dadurch empfindlich geschwächt worden ist, daß das antikommunistische Panikorchester der GAK, in dem der Juniorpartner gern die erste Geige spielen durfte, mit dem plötzlichen und enormen Schrumpfen der vermeintlichen kommunistischen Gefahr seine wichtigsten Partituren eingebüßt hat und kaum noch daran vorbeikommen dürfte, seine Darbietungen ganz einzustellen.

Sebastian Haffner: *Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist.* Verlag 1900 Berlin, Berlin 1993, 208 S., 24.80 Mark

In KONKRET 10 + 11/94 erschien ein ausführliches Gespräch mit Helmut Ridder (»Juristische Weltanschauung und deutsche Lebenslüge«)

Konkret 06/95, S. 48

Kay Sokolowsky

Bioskopie

Guterzogene Grimassen und genervtes Desinteresse: über den Showtalker Alfred Biolek

Dazu verdammt, daß keiner ihm glaubt, aber mächtig genug, alle Welt wie eine – seine – Lüge aussehen zu lassen, hechelt das Fernsehen dem *Authentischen* mit langer Zunge hinterher, um es sich dann, »im Bild eingefangen«, so restlos einzuverleiben, daß am Ende niemand mehr weiß, ob die Aufnahmen der Mondlandung nun vom Mond oder aus dem Studio kommen. Was immer die elektronische Kamera erfaßt, wird augenblicklich in etwas Gestelltes, *Inszeniertes* verwandelt; doch jeder, der ein Objektiv auf sich gerichtet weiß, schmeißt sich gleich in Pose: So verschwindet die Grenze zwischen Realität und Schwindel.

Zwar traut die Kundschaft dem Lieferanten so wenig, daß sie den tadellosen Torschuß in wenigstens zwei Wiederholungen aus zwei verschiedenen Perspektiven sehen will; sobald es allerdings zweideutig wird, glaubt sie der »Hinter-Tor-Kamera« allemal eher als dem Schiedsrichter. Nachdem Jörg Pleva im »Millionenspiel« um sein Leben gerannt war, meldeten sich Zuschauer als Kandidaten an; sagen aber sämtliche Kanäle Regenwetter vorher, packt man die Picknickkörbe erst recht. Ein TV-Star, der leibhaftig vor den Leuten auftaucht, erscheint ihnen wie ein Phantom – zumal wenn keine Kameras in der Nähe sind, seine Existenz zu verbürgen; einem völlig gespenstischen Fernsehwesen wie Nina Ruge schicken sie schockweis Liebesbriefe ins Funkhaus. Die Phrase vom »globalen Dorf«, das die neuen Medien aus der Welt gemacht haben sollen – als ob irgendein User noch die Übersicht hätte! – stimmt bloß so weit, daß die Zahl der Dorftrottel mit jeder Sendeminute wächst.

Weil das Fernsehen, in Notwehr gegen die Skepsis seiner Zuschauer, nur das für wahr nimmt, was es selber gezeigt hat, und weil seine Macher nicht müde werden, die drögesten Features, die ödesten Shows dröhnend als »Erlebnis«, »Abenteuer« oder »Ereignis« zu verkaufen, verschiebt das Mißtrauen der Klientel sich immer mehr auf die Bilder diesseits des Bildschirms. Die Konfusion ist mittlerweile so groß, daß Gegenden, die noch nie als Hintergrund eines Fernsehfilms herhalten mußten, von Touristen sofort verdächtigt werden, zu eben jenen Flecken zu gehören, die bis zum Überdruß in den Reisemagazinen präsentiert werden – während z.B. das Allgäu, die Standardkulisse der Familienserien, diese korrupteste Landschaft Europas, überhaupt erst im Fernsehen natürlich, ja geradezu wie ein Muster an Unschuld und Ursprünglichkeit aussieht.

Um dahin zu gelangen, ist ein gewaltiger Lärm veranstaltet worden, der inzwischen so untrennbar zum Fernsehen gehört, daß Werbespots mit übersteuerter Tonspur versehen werden, weil sie sonst gar nichts mehr vom Geplärr des Hauptprogramms unterscheidet. Die dicke Lippe ist durchaus keine Erfindung der Privatsender gewesen. Barbara Eligmanns Retorte war noch nicht einmal angesetzt, als die obersten Formprinzipien des Fernsehens, Etikettenschwindel und Krach, sich längst etabliert hatten. Die »Tagesschau« hieß bereits so, als ihre Filmbeiträge noch vom Vortag, frühestens, stammten; ein Magazin mit maximal sechs Beiträgen aus der Fremde nannte sich gleich »Weltspiegel«; und mit dem magischen Attribut »live« wurde am allerlautesten geworben, wenn sich in der »großen« Samstagabendshow die Untoten der Republik, von Walter Spahrbier übers Medium Terzett bis Paulchen Kuhn, versammelten.

Sehr wohl wissend, daß im Fernsehkasten auch die prächtigsten Motive hundserbärmlich wirken, wenn der Soundtrack fehlt, decken die Produzenten jedes Bild mit Worten und Geräuschen zu. Nichts, was die Kamera ins Visier nimmt, bleibt unkommentiert: Die banalsten Gegenstände, die trivialsten Handlungen werden mit einer Verve erklärt, als würden wir sie heute zum ersten Mal sehen (das ist der Etikettenschwindel); und bei Übertragungen, in denen die halbe Zeit gar nichts passiert, wie zum Beispiel von Tennisspielen, hat der Reporter vor allem die Aufgabe, uns zu versichern, wie dramatisch die Sache doch sei (das ist der Krach). Es gibt vermutlich außer einer Geraden von Mike Tyson kein besseres Mittel gegen Schlaflosigkeit als Fernsehen ohne Ton.

Gefangen zwischen seiner Sehnsucht nach Authentizität und der Fadenscheinigkeit seiner Bilder, hat das Medium sich frei*geredet*: Kein Radiosender verbraucht so viele Worte am Tag wie Pro 7 pro Stunde. Im Fernsehen, wo der Augenschein nicht mehr das sicherste Mittel gegen den Trug, sondern seine Voraussetzung ist, wird das Sprechen, mithin die leichteste Art zu lügen, zum Ausweis von Wahrheit und Redlichkeit. Und darum liebt das Fernsehen unter all seinen Formaten am innigsten das Interview und die Talkshow. Gerade weil es nirgends leichter als hier auf Bilder verzichten könnte, geht es nirgends souveräner mit ihnen um: In den Kubikkilometern heißer Luft, die da umgewälzt werden, findet es vollkommen zu sich selbst und sogar zu einem Gesicht. Zu dem von Alfred Biolek.

Denn wiewohl das Medium sich eine Unzahl Imageträger gebastelt hat, ein Arsenal von Typen, die nichts als eine Oberfläche, nämlich die Schokoladenseite hinzuhalten haben und beim Versuch, über ihren Schatten zu springen – wie der unglaubliche Reinhold Beckmann mit »No sports« – sofort auf die Sprechmaschine fallen, sind sie doch selber bloß Schatten, Geschöpfe eines zweidimensionalen Universums; wiewohl also das Fernsehen sich für jegliches Programm die

passende Charaktermaske zugelegt hat, ist es ihm, in der deutschen Fassung, bisher nur zweimal gelungen, Köpfe zu finden, in denen es sich ganz und gar wiedererkennt. Der andere gehörte Hanns Joachim Friedrichs.

Wer am Abend nach seinem Abgang die Nerven hatte, sich die Nekrologe der Kollegen bei den Staatlichen wie den Privaten anzutun, der konnte nicht nur bemerken, wie schockiert Friedrichs' Kopien auf den Tod ihres »großen Vorbildes« reagierten – als hätten sie mit dem Prototyp ihrer Posen auch die Legitimation dazu verloren. Dem Beobachter, der an »Hajo« außer einer satten Portion Altherrencharme und bemerkenswert ausdrucksstarken Augenbrauen eigentlich nichts Besonderes gefunden hatte, mochte überdies auffallen, daß *Pietät* die Stimmen der Nachrufer belegte; eine Haltung, die dem Medium und seinen Repräsentanten ansonsten herzlich fremd ist. »Ein Stück Fernsehgeschichte« sei da gestorben, betete ein Klöppel dem anderen nach; und hinter der barbarischen Phrase steckte diesmal sogar ein Stückchen Wahrheit.

Auf keine seiner Inkarnationen ist das Fernsehen je so stolz gewesen wie auf Friedrichs, weil keine von ihnen – außer Biolek, aber das werden die Kollegen erst nach seinem Abtritt zugeben – perfekter den Anschein erweckte, es sitze ein echter Mensch dort vor der Kamera, einer, der jeden Augenblick aus dem Apparat heraus ins Zimmer treten könnte. Obwohl sein ganzes Leben – wie das Bioleks – sich um gar nichts anderes drehte als den Dienst am Medium, spielte er sehr erfolgreich den distanzierten, eher zufällig in die Sache geratenen Gentleman, der lieber die Brocken hinschmisse als den Fernsehkasper zu machen. Alle paar Jahre wechselte er das Genre und wurde als »solide« gepriesen; der Vermischung von News und Show galt sein Ehrgeiz, aber wenn er die rohen Sitten des Reality-TV beklagte, kuschte die Branche. Figuren wie Friedrichs, die sich mit größter Nonchalance laufend selber widersprechen und dafür als »nachdenklich«, »kritisch« gar gelobt werden, sind die reinsten Spiegel des Fernsehens, dieses Systems von Paradoxa.

Was »Hajo«, dank seiner exemplarisch telegenen Erscheinung, nachgerade in den Schoß fiel, mußte Alfred Franz Maria Biolek, weder mit Schönheit noch mit einer angenehmen Stimme gesegnet, sehr lange studieren und trainieren. Als leitender Angestellter in den Showabteilungen des ZDF, der Bavaria, des WDR und schließlich als Chef seiner eigenen Agentur »Pro GmbH« konnte Biolek die Bedürfnisse des Mediums wie der Kundschaft in- und auswendig lernen, und sobald er alle Tricks heraushatte, die Talentmängel ausgleichen (von seinem beträchtlichen Einfluß nicht zu reden), drehte er dem Ersten »Bio's Bahnhof« an. Sechs Jahre ging das gut; nebenher wurde »Bei Bio« lanciert; 1985 »Mensch Meier«. Seit auch das ein Ende hat, läuft »Boulevard Bio«, die adäquateste Form, die er für seine eminent begrenzten Möglichkeiten bislang gefunden hat – und ein wünschenswert kompaktes Beispiel für Echtheitsgier und -schwindel des Mediums.

Die Bühne ist, durchaus liebevoll, als Wohnzimmer dekoriert: Gesessen wird auf noblen Jugendstilstühlen, geschritten über edles Parkett; der Hintergrund macht auf Wand mit vier großen Altbaufenstern und einer schmalen Balkontür, durch die Kölns Abendsilhouette funkelt. Die Beleuchtung ist, für Fernsehverhältnisse, eher dezent, und in der Riesenvase vor dem Fenster links außen steckt jede Woche ein neuer, gewaltiger Blumenstrauß. Der Herr des vornehmen Hauses tritt jetzt auf in teurem Zwirn samt Weste, heißt uns willkommen und sagt die »Gäste« an, die er erwartet. Die ersten sind auch schon da und nehmen Platz, die anderen huschen winkend durchs Bild, müssen aber vorerst draußen bleiben.

Das Bühnenbild – zweifellos von Biolek selber entworfen, so wohl fühlt er sich darin – soll ihm die schwerste Arbeit abnehmen: gediegene Intimität (die Blumen!) simulieren, wenn ihm schon wieder bloß die Fragen einfallen, die »Gala« längst beantwortet hat; einen eigenen Stil (die Stühle!) behaupten, während er Interviews führt, für die ein Volontär sich schämte; Urbanität (die Stadtsilhouette!) demonstrieren, dieweil er sich mit seinem schweren mährischen Akzent nach Kochgewohnheiten erkundigt. Der legendäre *Salon* der Großbourgeoisie, auf den die Kulisse anspielt, damit Alfred Biolek wenigstens entfernt wie Oscar Wilde wirkt, verkommt komplett zu der hohlen Form, die er, der Salon, tendenziell schon immer gewesen ist, in die sich alles verwandelt, was fürs Fernsehen bearbeitet wird.

Biolek, der vermutlich mehr vom Fernsehen versteht als das ganze Grimme-Institut (das ihm 1983 eine Goldmedaille verpaßte), hat seine Shows stets aus lauter disparaten Elementen zusammengemengt, weil er sehr genau weiß, daß einer, der mit keinerlei Talent glänzen kann, als Moderator dieses Chaos' auch gar keines braucht. Er muß nur glaubhaft *Integrität* darstellen können, gelegentlich erzählen, daß er im Grunde viel lieber »mit dem Fischkutter an der Küste der Türkei« entlangschipperte, und die Wahl zum »Entertainer des Jahres« (ebenfalls 1983) ist ihm ebenso sicher wie ein Marktanteil von über 20 Prozent.

In »Boulevard Bio« geht die Verwirrung schon beim Titel los. Mit Nightlife und Kieztrubel, wie der Vorspann es suggeriert, hat die Sendung nicht mal am Rande zu tun; und den rauhen Ton des Boulevardjournalismus meidet der Gentilhomme wie fertiggemahlenen Pfeffer. Der vertraulichen Unterhaltung, die das Bühnenbild verheißt, lauscht außer zwei Millionen Sesselmenschen noch eine gute Hundertschaft Studiopublikum. Die Stadt hinter den Fenstern ist nur gemalt, aber die Stehlampe rechts der Balkontür echt (und zum Zeichen ihrer Echtheit eingeschaltet). Verlassen kann man sich da nur noch auf den Hausherrn und die Regelmäßigkeit, mit der er sich räuspert.

Das einzige Pfund, mit dem der Talkmaster Biolek wuchert, sind seine hervorragenden Manieren. Niemandem fällt er ins Wort, außer um mit einer Formulierung auszuhelfen; jeder »Gast« wird begrüßt, als wäre er soeben von einer

Polarexpedition heimgekehrt; evtl. indiskrete Fragen werden im voraus bedauert; die übelsten Krähen dürfen damit rechnen, nett behandelt zu werden. Diese fortwährende Höflichkeit ist natürlich ganz darauf berechnet, sich, angenehm antiquiert und *menschlich*, abzuheben von den ruppigen Umgangsformen, die das Fernsehen beherrschen.

Hört man Biolek genauer zu, zeigt sich hinter der eisernen Freundlichkeit dasselbe genervte Desinteresse, das alle Hosts für ihre »Gäste« empfinden. »Man hat das Gefühl«, sagt er am 21. März zu Peter Steiner, dem coolen Öhi aus der Milka-Werbung, »Sie machen's nicht nur des Geldes wegen, hab ich das Gefühl. Es macht Ihnen Spaß!« – »Es macht mir Spaß.« – »Ja, das ist schön! Wer kann das von sich sagen, von dem, was er macht?!«

Bioleks vielgerühmte Artigkeit ist ebenso unverbindlich und kalkuliert wie die Koketterie, die er mit seinem Namen treibt. »Bio« signalisiert eine Kumpelhaftigkeit, die der Einserjurist und Karrierist sich in seinen Sendungen nur unter fürchterlichen Grimassen abringt. Daß er sein neuestes Geschäft mit der ARD »Alfredissimo!« genannt hat, obwohl ein etwas bescheideneres »Bio Bocuse« sich schreiend angeboten hätte, dürfte daran liegen, daß der gewiefte Produzent es für angebracht hielt, auf den Etikettenschwindel wieder eine Schippe draufzulegen.

»Alfredissimo!« präsentiert Prominente, die gemeinsam mit Biolek ihr Lieblingsgericht zubereiten; beiläufig wird geplaudert; zum Schluß die Mahlzeit probiert. Authentischer kann Fernsehen kaum daherkommen: Die Kamera schwelgt in Großaufnahmen kartoffelschneidender Hände; die Pfanne ist ein Erbstück von Bioleks Mutter; mißlungene Gerichte werden gnadenlos abgefilmt. Aber natürlich schlagen die authentischen Momente sofort ins Bizarre um: Biolek behauptet hartnäckig, »hier in meiner Küche« zu sein, obwohl er nach jedem Besteck erst mal suchen muß; die schlecht gedrillte Frau Süssmuth verrät en passant, daß wir einer Aufzeichnung zusehen; und Henry Maskes härtester Kampf, gegen Messer und Gemüse, erweist sich als völlig obsolet, weil unsichtbare Helferlein »seinen« Eintopf längst auf den Herd gestellt haben.

Mehr als eine Million Menschen ist jeden Freitag dabei, wenn bei »Alfredissimo!« Fluch und Macht des Fernsehens auf so kleinem Raum entfesselt werden, daß man klaustrophob werden könnte. Und kriegen sich gar nicht mehr ein, wenn der Mann, der sich weder als »Showmaster« noch als »Journalist« versteht, der nicht einmal richtig Witze erzählen kann, Frau Süssmuth diesen hier vorträgt: »Nehmen Sie auch SPD in den Salat?« – »SPD kommt da rein?« – »Da kommt SPD rein!« – (Süßmuth begreift langsam:) »Zum Beispiel Salz ...?« – (Bio freut sich:) »Nein! SPD ist – ist – hier drauf!« (Er holt den Kräuterteller.) »Schnittlauch, äh, 's P ist Petersilie, und Dill. – Man kann's auch mit PDS machen, aber dann ist es nicht mehr so sympathisch.« – »Da würd ich schon nicht mehr mitmachen.« – »Ich auch nicht!«

Mit Angela Marquardt, einige Wochen zuvor in »Boulevard Bio«, hat er sich trotzdem *sehr* freundlich unterhalten.

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 5/95 über Ror Wolf

Konkret 06/95, S. 50

Claudia Basrawi

Zeit der Fehler

Welche Bedeutung das »gedruckte Wort« für das Leben eines Menschen haben kann, zeigt das autobiographische Werk des marokkanischen Schriftstellers Mohamed Choukri

Als Choukri 1935 im Rif-Gebirge geboren wurde, erschütterten Weltwirtschaftskrise und Krieg das unter französischem Protektorat stehende Marokko. Eine neue Klasse von Großgrundbesitzern europäischer Herkunft kontrollierte die Gewinne der einheimischen Landwirtschaft. Viele Kleinbauern und Landarbeiter aus dem Rif, zu denen auch Choukris Familie gehörte, flüchteten vor Elend und Hunger in die Slums von Tanger, wo sie sich aus den Mülleimern der Stadt ernährten.

Choukri bewahrte die Erinnerungen an seine Kindheit in seinem Gedächtnis. Als Zwanzigjähriger faßte er den Entschluß, Lesen und Schreiben zu lernen, um eines Tages seine Lebensgeschichte als eine Art Plädoyer für Tagediebe, Huren und Ausgestoßene zu Papier bringen zu können.

Der erste Teil dieser »Kleinkriminellen-Autobiographie«, der inzwischen in 13 Sprachen übersetzte Roman *Das Nackte Brot* ist keineswegs verbittert oder weinerlich. In schnörkellosem, lakonischem Stil erzählt Choukri von seinem verhaßten, gewalttätigen Vater, der ihn für 30 Peseten im Monat an einen haschischsüchtigen Cafébesitzer verkauft, von den kleinen Gaunereien, mit denen er sich über Wasser hält und von seiner Seelenverwandtschaft mit den Prostituierten Tangers. Unmittelbar nach seinem Erscheinen wurde Das Nackte Brot in Marokko verboten. Choukri hatte Tabuthemen aufgegriffen und gewagt, sowohl die absolute Autorität des Vaters als auch Religion und Moral in Frage zu stellen.

Zeit der Fehler (1994), der zweite Teil der Autobiographie, erzählt vom Hunger nach Wissen und Erfahrung und der damit verbundenen Entdeckung des Geschriebenen. Der junge Choukri will ein neues Leben beginnen. Er verläßt Tanger, und es gelingt ihm, trotz völliger körperlicher Verwahrlosung, an einer Schule in Larache aufgenommen zu werden. Sein Vorsatz, Lesen und Schreiben zu lernen, erweist sich als stärker als alle Demütigungen durch die autoritären Lehrer.

Choukris Analphabetentum war im damaligen Marokko, das erst 1956 unabhängig geworden war, nichts Außergewöhnliches. Die Alphabetisierung und das moderne Bildungswesen steckten nach der Gründung einiger »franko-muslimischer« Schulen in den 40er und 50er Jahren noch in den Kinderschuhen. Nach Erlangung der Unabhängigkeit war die Verbesserung des allgemeinen Bildungsniveaus eines der wichtigsten Anliegen der neuen Regierung. Die arabische Kultur sollte nach jahrzehntelanger Stagnation zu neuem Leben erwachen. Dafür mußte das gesamte menschliche Potential aktiviert werden.

Der Impuls für das neue arabische Selbstverständnis war Ende des 19. Jahrhunderts aus Kairo und Beirut gekommen. Daß Ägypten zum Mutterland der modernen arabischen Literatur werden sollte, war unter anderem auf die Politik der durch Machtverlust gezeichneten osmanischen Zentralregierung in Konstantinopel zurückzuführen. Unter dem repressiven Regime Sultan Abdülhamids II. (1876-1909) herrschte geistige Friedhofsruhe. Jede politische Bewegung, das gesamte intellektuelle Leben wurde durch Zensur und Geheimpolizei niedergehalten. Wer dieser Tyrannei entgehen wollte, war gezwungen, ins Exil zu flüchten.

Kairo wurde für viele der geflohenen Schriftsteller und Journalisten ein Asyl, von dem aus der geistige Kampf um Selbstbestimmung weitergeführt werden konnte. Die britische Besatzungsmacht unter Lord Cromer fühlte sich in Ägypten so sicher, daß sie darauf verzichten konnte, sich durch Zensurmaßnahmen unbeliebt zu machen. Der Terror des abdülhamidischen Systems trug so indirekt zu einer Blütezeit der arabischen Presse in Ägypten bei. Die daraus entstandenen Zeitschriften wurden weit über die Landesgrenzen hinaus gelesen. Nach Jahrhunderten der Unterwerfung unter fremde Herrscher stand nun der Gedanke, die arabische Sprache wiederzubeleben und eine eigene Position innerhalb der modernen Welt zu formulieren, im Vordergrund. Es entwickelte sich eine arabische Literatur, die das neu erwachte Selbstbewußtsein verarbeitete und den arabischen Wortschatz um Idiome bereicherte, die der veränderten äußerlichen Welt sprachlich gerecht werden sollten.

Choukri profitiert von diesem neuen arabischen Selbstbewußtsein. Außer der modernen arabischen Literatur gibt es inzwischen vieles, was aus dem Französischen oder Englischen übersetzt bzw. adaptiert wurde. Er liest alles, was er finden kann. Der »Teufel der Literatur« beginnt ihn heimzusuchen. Er will wissen, was wahre Liebe ist, wozu man lebt, und hofft, auch auf andere Lebensfragen die richtige Antwort in Büchern zu finden. Durch Lesen entdeckt er sich als reflektierenden Menschen, der gelernt hat, über sich selbst zu bestimmen und sein Leben unabhängig von familiären Bindungen zu leben. Letzteres ist auch heute noch im arabischen Kulturkreis ein eigenwilliges und mutiges Wagnis. Choukri beginnt schließlich zu schreiben, und als das erste Mal eine Erzählung von ihm veröffentlicht wird, hofft er, daß damit aus »dem Sohn menschlichen Mists« ein Schriftsteller geworden ist.

Die Cafés von Tanger haben in den 60er Jahren Heerscharen von Hippies verkraften müssen, aber auch international renommierte Autoren auf der Suche nach Inspiration. Choukri, der ohnehin die Hälfte des Tages in Cafés verbrachte und

über ein reichliches Maß an Wißbegier verfügte, hat die Chance, die sich ihm damit bot, natürlich nicht verpaßt. Mit Jean Genet und Tennessee Williams in Tanger liegen uns nun Choukris Tagebuchaufzeichnungen über seine Begegnungen mit diesen beiden Autoren vor. Obwohl er bei seinem ersten Zusammentreffen mit Genet gerade mal zwei Erzählungen in der Beiruter Zeitschrift »Al-Adab« veröffentlicht hatte, stellte Choukri sich stolz als marokkanischer Autor vor. Mit unbefangener Neugier befragte er Genet über die Rolle des Schriftstellers in der Gesellschaft, das Leben, Musik und Literatur. Beide verbindet bald eine stille Freundschaft. Sie stammen aus demselben Milieu, und auch Genet hatte, trotz literarischen Erfolgs, seine Herkunft und seine Ziele nie verleugnet. Tennessee Williams aber wird von Choukri als eher ignoranter Amerikaner geschildert.

Mohamed Choukri versteht sich als Chronist der Stadt Tanger, der allerdings aus einer anderen als der üblichen Chronistenperspektive schreibt. Obwohl das erste seiner Bücher verboten worden ist und sein Name mittlerweile auf der »schwarzen Liste« der islamischen Fundamentalisten steht, hat er nicht vor, Tanger zu verlassen. Er will bleiben, weiterschreiben und eines Tages auch den dritten Teil seiner Autobiographie verfassen.

Mohamed Choukri: Zeit der Fehler. Eichborn Verlag, Frankfurt/M. 1994, 220 S., 36 Mark; Jean Genet und Tennessee Williams in Tanger. Literarische Porträts. Kellner Verlag, Hamburg 1995, 140 S., 32 Mark.

Mohamed Choukri geht im November in Nord- und Ostdeutschland auf Lesetour.

Konkret 06/95, S. 52

Zvi Hecker, Layla Dawson

»Überleben ist auch ein geistiger Akt«

Ein Gespräch mit dem Architekten Zvi Hecker über künstlerische Phantasie in der Architektur, über die von ihm entworfene Jüdische Schule in Berlin und über die Gegenwart der deutschen Vergangenheit

Zvi Hecker erzählt eine Anekdote. Er sitzt mit Frank Gehry im Berliner Café »Aedes«. Gehry ist auf dem Weg zu einem Interview mit einem Journalisten. Er steht auf, wendet sich aber noch einmal um und fragt mit leiser Stimme, so als wolle er ein Geheimnis erkunden: »Sagen Sie mal, Zvi, welche Philosophie ist denn gerade dran in der Architektur?«

Zvi Hecker wurde 1931 in Krakau geboren, verbrachte seine Kindheit in Samarkand und Buchara und ließ sich später in Israel nieder. Er studierte am Technion (Israelisches Technologie-Institut) in Haifa Architektur und danach Bildende Kunst an der Kunstakademie von Tel Aviv. Seit 1958 arbeitet er in Tel Aviv, und seit 1991 hat er in Berlin ein zweites Büro. 1991 vertrat er Israel auf der Architektur-Biennale in Venedig und gewann im selben Jahr die Berliner Ausschreibung für den Bau einer jüdischen Grundschule, die im kommenden Herbst fertiggestellt sein wird.

KONKRET: *An dem Entwurf für die Jüdische Schule (jetzt Heinz-Galinski-Schule) haben Sie in Tel Aviv während des Golfkrieges gearbeitet. Die Ironie der Situation wird Ihnen bewußt gewesen sein. Da entwerfen Sie ein öffentliches jüdisches Gebäude für Berlin, das nicht nur als Schule von Bedeutung ist, sondern mehr noch als Symbol, und gleichzeitig sitzen Sie in einem Luftschutzkeller.*

Hecker: Der Krieg begann mitten in der zweiten Phase des Wettbewerbs, und ich war mir nicht sicher, ob ich ihn überhaupt überleben würde. Meine ganze Familie saß in dem Schutzraum, während Saddam Husseins Scud-Raketen auf Tel Aviv abgefeuert wurden. Aber keine erreichte ihr Ziel. Sie landeten alle in Ramat-Gran, dort, wo das von mir entworfene Dunbiner-Apartmenthaus steht, in dem auch ich mit meiner Familie wohne. Die ganze Straße war ausgestorben, nur von den Bewohnern meines Gebäudes hatte niemand die Stadt verlassen.

Fühlten die Bewohner sich dort sicher?

Ich weiß es nicht. Es heißt ja, daß Intellektuelle im Krieg eher umkommen, und vielleicht hat meine Architektur diesen Menschentyp angezogen. Es mag auch daran gelegen haben, daß unser Schutzraum sicherer war als andere, da er seitwärts in einen Berg hineingebaut ist, aber gegen chemische Waffen bieten die Standardbunker keinen ausreichenden Schutz. Viele meiner Freunde hatten Tel Aviv verlassen, und ich drängte meine Tochter mit ihrem Baby zum Aufbruch. Vergeblich. Es herrschte eine Art stille Übereinkunft, daß man Ruhe bewahren, sich normal verhalten solle. Alle in meinem Büro arbeiteten weiter. Ich sage immer, daß mein Leben unter magischem Schutz steht, seit ich als Kind im 2. Weltkrieg nur knapp den deutschen Bomben entkam. Auf unserer Flucht aus Krakau machten wir in einer Stadt halt, die dann innerhalb von nur zwei Stunden dem Erdboden gleichgemacht wurde. Nur die Kirche blieb stehen, und in ihr hatten wir Schutz gesucht. Diese Erinnerungen haben mir zu denken gegeben, als ich die Jüdische Schule für ein Deutschland entwarf, das ja immerhin der Nachfolger jenes anderen Staates ist.

Trotz Ihres unguten Gefühls haben Sie sich aber an dem Projekt beteiligt.

Wir wissen sehr wenig über das Verhalten von Künstlern in solchen Situationen. Matisse z.B. blieb während des Vichy-Regimes an der französischen Riviera und malte einige seiner schönsten Werke. Luis Aragon schreibt, daß Frankreich in Matisse überlebt hat. Matisse war Frankreich. Wir Juden behaupten, daß wir alle Nazis allein durch die Tatsache, daß wir überlebten – wenn auch nur wenige von uns – , besiegt haben. Als Künstler sage ich, das reicht nicht. Wir müssen weiterhin schöpferisch tätig sein. Sei es, daß ich diese Schule baue oder jemand anders etwas anderes macht. Überleben ist nicht nur ein physischer, sondern auch ein geistiger Akt. In meinen Vorlesungen spreche ich allerdings nie darüber, da behandele ich eher prosaische Themen.

Warum übergehen Sie diesen Aspekt?

Vielleicht spricht man nicht gerne von ganz elementaren Dingen. Ich neige eher dazu, das Problem: Wie macht man Kunst? auf handfeste Weise zu behandeln. Ich möchte Architektur gerne in einer schlichten Sprache beschreiben, die von allen verstanden werden kann, und nicht in diesem Expertenjargon. Architektur sollte für jeden zugänglich sein; man sollte sie mögen oder ablehnen können, so wie alle Kunst. Ich halte es für besser, wenn die Menschen sich selber eine Meinung bilden und man ihnen nicht alles vorformuliert. Ich habe ein Lebensmotto. Als ich etwa sechzehn, siebzehn war, suchte ich mit einem Freund in den Büchern nach Anweisungen, wie ein junger Mann sich in der Öffentlichkeit verhalten soll. Und folgenden Satz habe ich mir gemerkt: »Versuche nie, witzig zu sein, bevor die Leute gemerkt haben, daß du klug bist.« Meine Architektur hat viel damit zu tun. Zuallererst muß ich immer sicher sein, daß meine Architektur intelligent ist, klar und präzise wie eine mathematische Gleichung. Wenn ich weiß, daß ich klug bin, dann kann ich auch witzig oder verspielt sein oder beides zugleich. Wenn man weiß, daß man klug ist, kann man auch dumm sein. Wenn man aber wirklich dumm

ist, kann man sich Dummheiten nicht erlauben. Da ich weiß, daß meine Arbeit gut ist, kann ich mir die Behauptung gestatten, sie sei dumm. Das ist nicht Bescheidenheit, eher vielleicht eine Art Arroganz.

Die erste Jüdische Schule in Berlin, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts von David Friedlaender und Isaak Daniel gegründet wurde, war insofern revolutionär, als dort christliche und jüdische, reiche und arme Kinder gemeinsam unterrichtet wurden. Klassische jüdische Themen wurden ebenso behandelt wie die allgemeinbildenden. Das ist eine 200 Jahre alte demokratische Tradition der liberalen Erziehung und der Toleranz zwischen den Kulturen. Wie haben Sie versucht, diesen Geist in Ihre Planung zu übersetzen?

Ich fange selten mit dem Anfang an. Wenn ich z.B. einen Konzertsaal entwerfen sollte, würde ich niemals als erstes über die Akustik nachdenken, da sie der wichtigste Faktor ist. Eine gute Akustik sollte vielmehr Ergebnis der Art und Weise sein, wie ich Menschen zum Hören von Musik zusammenführe. Niemand versteht wirklich etwas von Akustik. Der letzte, der das vermochte, war Antonio Stradivari, der die berühmte Geige baute. Ich gehe ein Problem nie direkt an. Die Lösung sollte sich vielmehr als Ergebnis meiner Bemühungen einstellen. Mit all der »Akrobatik«, die ich mit dem Entwurf und der Konstruktion der Berliner Schule veranstalte, will ich einfach einen angenehmen Ort für Kinder schaffen, einen Ort, an dem sie lernen und gedeihen können. Das gelingt mir aber nur in einem sehr komplexen Prozeß, an dessen Ende sich, so hoffe ich, alle Stränge miteinander verbinden.

Sie haben einmal beschrieben, wie Sie vor zwanzig Jahren auf dem Jerusalemer Markt eine Sonnenblume gekauft haben, da Sie von Ihrer Struktur so hingerissen waren. Diese Blume ist, ebenso wie die Schlange und seit kurzem auch der Berg, ein stets wiederkehrendes Motiv in Ihrem Werk. Alle drei tauchen nun in Ihrem Schulprojekt wieder auf. Offenbar gehen Sie nicht von theoretischen Ideen aus, sondern verlassen sich großenteils auf Ihre Vorstellungskraft.

Der Raum, in dem wir hier sitzen, enthält meiner Überzeugung nach alle Antworten auf die Fragestellungen von Architektur, Kunst usw. Er ist da, aber wir sehen ihn nicht. Unsere Augen und unser Verstand sind nicht einmal in der Lage, diese Information aufzunehmen und zu speichern, ohne daß wir uns auf eine Art Reise begeben. Wir nehmen einen Zug, um die Landschaft zu betrachten. Ohne den Zug sehen wir die Landschaft nicht. Durch das Fenster sehen wir vielleicht das, was schon in unserer Erfahrung existiert. Nehmen Sie die Sonnenblume. In den 60er Jahren war ich in Philadelphia, und Ann Tynn, die Freundin von Louis Khan, zeigte mir geometrische Strukturskizzen dieser Blume. Wahrscheinlich habe ich wegen dieser Begegnung 1972 dann die Sonnenblume in Jerusalem gekauft. Sie wächst überall in Israel, und ihr Samen ist sehr ölhaltig. Während des 2. Weltkriegs herrschte in Samarkand eine Hungersnot. Wir haben überlebt, indem wir die ausgepreßten Schalen der Sonnenblumenkerne gegessen haben, die man normalerweise ans Vieh verfüttert. Sie sind sehr kalorienreich, und damals haben wir uns davon ernährt. Heute begreife ich die Sonnenblume als ein Abbild des Universums. Sie ist etwas ganz Einzigartiges. Meine Schule ist allerdings keine Sonnenblume. Bildliche Vorstellungen können zwar anregend wirken, aber Architektur ist immer etwas anderes.

Der Entwurf für die Schule sieht eher aus wie ein Wirbel oder wie ein Taifun – mit dem runden Hof als Auge des Sturms, um das die Klassenpavillons und die geschlängelten Flure im Uhrzeigersinn rotieren. Ihre bewußten oder unbewußten Anleihen bei derartigen Motiven setzen einen umfassenden kulturellen Bildungsfundus voraus.

Ich habe eine normale liberale Schulbildung, aber ich habe mich seit jeher für klassische Architektur sowie für die Geschichte der Architektur und der Kunst im allgemeinen interessiert. Auf diese Weise besitze ich einiges, worauf ich zurückgreifen, und vieles, was ich vergessen kann. Das reicht, um zu wissen, daß wir nichts wissen. Als Cézanne Tag um Tag versuchte, den Berg St. Victoire zu malen, schrieb er in sein Tagebuch, daß es ihm nicht gelinge, das auszudrücken, was er sah. Er fühlte sich wie ein Versager. Aber nur wenige Zeilen später notierte er dann ohne jeden Selbstzweifel: »Ich bin der einzige klassische Maler, dem der Schritt ins zwanzigste Jahrhundert gelingt.«

Hat die kabbalistische Tradition des Judentums, der Glaube an Zeichen und Zahlen, Sie in irgendeiner Weise beeinflußt?

Nicht bewußtermaßen. Ich weiß nicht, wieviel Jüdisches ich an mir habe. Gestern sagte jemand, mein Humor sei sehr jüdisch, womit die Selbstironie gemeint war. Aber Sie müssen bedenken, daß Israel nicht identisch mit Judentum ist. Vielleicht wird das Land mit der Zeit jüdischer, nun, da das zionistische Ideal von der Erschaffung des neuen jüdischen Menschen sich als nicht so erfolgreich erwiesen hat. Wir sind immer noch dieselben Menschen. Dieses Jahrhundert ist ja berühmt dafür, daß es ständig den neuen Mann und die neue Frau erschaffen wollte und dazu die passende neue Architektur, in der sie zu leben hatten. Jene Experimente zur Verbesserung der menschlichen Rasse waren glücklicherweise nicht von Erfolg gekrönt.

Neben der Heinz-Galinski-Schule in Berlin bauen Sie auch das Palmach-Museum für Vorisraelische Geschichte in Tel Aviv.

Palmach war der Name einer militärischen Untergrundeinheit, die in den 40er Jahren zur Bekämpfung der britischen Mandatsregierung in Palästina aufgestellt wurde. Bei der Gründung des Staates Israel bildeten Palmach-Mitglieder den Kern der israelischen Armee. Die Organisation selber wurde jedoch aufgelöst und in die regulären Einheiten integriert. Viele berühmte israelische Militärs und Politiker, wie z.B. Moshe Dayan und Itzak Rabin, kommen von der Palmach. Das

Museum wird von privaten Geldgebern finanziert und soll diese vorisraelische Geschichte dokumentieren. Es wird seinen Platz auf einem Hügel neben der Universität von Tel Aviv finden, mit Blick über das Meer. Für mich als Architekten stellte sich das Problem, daß jene Organisation nicht mehr existiert. Ich wollte also kein Gebäude im eigentlichen Sinne errichten. Das Museum ist keine Firma, die ihre Produkte verkaufen muß, sondern repräsentiert so etwas wie die Voraussetzung für die Gründung des Staates Israel. Deshalb entwarf ich weniger ein Gebäude als vielmehr eine Reihe von Terrassen und Mauern, und das hat die Jury beeindruckt.

Gewöhnlich sind es die Architekten in einer Jury, denen ein guter Entwurf gefällt, aber bei diesem Wettbewerb war es der Auftraggeber, die »Generation der Palmach«, der von dem Vorschlag begeistert war, weil er die Idee der Gründung formuliert. Das Gebäude gruppiert sich um die alten Bäume, die dort oben stehen. Als mein Freund, der Bildhauer Micha Ulman, das Modell des Museums sah, sagte er, es wirke so, als wüchsen die Bäume mitten in einem Gebirge. Auf diesen Gedanken war ich während des Planens nicht gekommen. Doch nun begriff ich, daß das Gelände das Projekt »entworfen« und ich nur wenig dazu beigetragen hatte. Ich wurde durch mich selber überrascht.

Wann wird der Bau beendet sein?

In Israel kann man das nie sagen. Vielleicht vor dem nächsten Krieg oder vorm übernächsten. Theoretisch braucht es noch ein Jahr, aber in Wirklichkeit wahrscheinlich noch achtzehn Monate.

Einige Ihrer Gemälde beziehen sich auf Themen Ihres architektonischen Werks. Haben Sie mehr Freunde unter den Künstlern oder unter den Architekten?

Ich umgebe mich mehr mit Malern und Bildhauern als mit Architekten. Vielleicht aus praktischen Gründen. Künstler sind spontaner und denken nicht so kommerziell. Der große italienische Künstler Mario Merz hat mich stark beeinflußt mit seinen Schichtungen von einander überlappenden Stein- und Glasplatten, auf denen Früchte liegen, und auch mit anderen Werken. Künstler haben eine ganz wunderbare Möglichkeit, Gesten zu erzeugen, die so aussehen, als wären sie vollkommen mühelos entstanden. Für einen Architekten dagegen ist es schwierig, dieses Moment der Leichtigkeit während des langen Prozesses der Umsetzung vom Zeichenpapier in das Gebäude auch zu erhalten. Es gibt Hunderte von Sprachen in der Architektur. Man muß sie alle beherrschen. Beim Bau meines Spiral-Apartmenthauses in Ramat-Gran habe ich selbst auf der Baustelle gearbeitet, und der Entwurf bekam mehr Kraft und Eleganz, da ich als einziger für die Übersetzung meiner Skizzen in die Wirklichkeit der Konstruktion verantwortlich war.

Sowohl Ihr Berliner Büro als auch Ihre Wohnung stehen rund um die Uhr unter Polizeischutz. Wie finden Sie das Leben in Berlin?

In Anbetracht all meiner persönlichen Erinnerungen und unseres kollektiven Gedächtnisses weiß ich nie, wie ich diese Frage beantworten soll, aber anders als in Israel kann man in Berlin der Geschichte nicht entkommen. In Berlin sehe ich nicht fern, aber ich weiß, daß es im Augenblick viele Sendungen und Dokumentarfilme über den Krieg und den Holocaust gibt. Hier ist die Vergangenheit tägliche Realität, viel mehr als in Israel, wo die Menschen, die neu beginnen wollten, jahrelang die Vergangenheit beiseite schoben. Noch bis vor kurzem wurde dort nicht einmal Jiddisch, die europäische jüdische Sprache, gesprochen, sondern nur Hebräisch. Selbst an den israelischen Schulen wurde die europäische Geschichte nicht angemessen unterrichtet, und die jungen Leute wußten sehr wenig darüber. Vor einiger Zeit habe ich eine Ausstellung mit Graphiken und Plakaten von israelischen Künstlern der 30er Jahre besucht und war schockiert über all die Bilder von nordischen, starken, götterähnlichen Männern und Frauen. Die Antisemiten hatten es tatsächlich fertiggebracht, uns davon zu überzeugen, daß wir auszusehen hätten wie sie.

Es wird erzählt, daß Sie einmal bei einem Streit mit einem Auftraggeber selber auf eines Ihrer Gebäude geschossen hätten.

Das stimmt so ganz und gar nicht. 1964 entwarf ich eine Werkstatt für Maschinenbau für das Technion, wo ich zehn Jahre früher Architektur studiert hatte. Gegen Ende der Bauphase stand ich vor der Tatsache, daß der Auftraggeber den Bauleiter angewiesen hatte, meine Pläne und Vorschriften nicht zu befolgen. Ich hatte ganz spezielle prismatische Fenster vorgesehen, die das Licht zerstreuen sollten, doch dann wurden andere eingebaut. Man teilte mir mit, daß es sich um eine vorübergehende Lösung nur für die Einweihungszeremonie handele. Außerdem wurden die Wände nicht in der angegebenen Weise gestrichen. Dabei waren die Farben entscheidend, da das Innere durch indirektes Tageslicht ausgeleuchtet werden sollte. Ich wollte deshalb meine Einwände in einer Protestaktion während der offiziellen Einweihung deutlich machen, bei der Politiker und andere Prominenz anwesend sein würden. Also erschien ich mit einem Assistenten ziemlich früh an Ort und Stelle und begann, die Wände wie vorgesehen gelb und weiß zu streichen. Man befahl uns, damit aufzuhören, da schon die ersten Gäste eintrafen und man keinen Ärger wünschte. Ich sagte, ich würde die Zeremonie nicht stören und weitermalen. Schließlich erhielt ich einen vom Präsidenten des Technions unterzeichneten Brief. Die Hochschule für Architektur hatte sich eingeschaltet, und man versprach die Fortführung des Baus nach meinen Plänen. Ich malte also nicht weiter, da ich die Geschichte für beendet hielt. Doch der Präsident ging nach Amerika und hinterließ Anweisungen, die im Widerspruch zu seinem Brief standen. Eines Nachts dann, am 1. November 1966, kletterte ich auf das

Dach des Gebäudes und zerstörte mit einer Brechstange der Reihe nach alle 32 Metallfensterrahmen, so daß sie nicht mehr zu gebrauchen waren. Am nächsten Tag teilte das Technion der Presse mit, daß es sich um Sabotage handele, ohne mich allerdings direkt zu beschuldigen. Doch ich stellte mich freiwillig der Polizei. Die Geschichte ging durch sämtliche Zeitungen, und die Öffentlichkeit war auf meiner Seite. Bei der Gerichtsverhandlung entschied der Richter, daß an dem Gebäude nichts entgegen meinen Anweisungen geschehen dürfe, und nach fünf Jahren und einer Menge Kosten gewann ich den Prozeß. Seit diesem Vorfall habe ich den Ruf, ich sei nicht kompromißbereit. Jeder, der mit mir arbeitet, ist fest davon überzeugt, daß ich bis zum äußersten gehen würde, um meine Vorstellungen durchzusetzen. Ich bedaure diese Geschichte nicht, aber so etwas schafft man nur, wenn man sehr jung ist.

Gelten Sie deshalb als »schwieriger« Architekt?

Ich werde häufig gefragt, ob ich Schwierigkeiten mit meinen Auftraggebern bekomme, wenn es um die Ausführung meiner Entwürfe geht. Meine Antwort lautet, daß ich niemals Schwierigkeiten habe, weil ich niemals zweimal mit demselben Auftraggeber arbeite. Mein Ruf ist mir sogar bis nach Berlin gefolgt. Es gab beim Wettbewerb um die Jüdische Schule ein Jurymitglied, das die anderen vor mir warnte. Und tatsächlich hat sich die Schule seit der Ausschreibung verändert und entwickelt. Die Bauvorschriften sind in Berlin nicht gerade liberal. Das nehme ich zur Kenntnis, so wie ein Bildhauer es zur Kenntnis nimmt, daß sein Werk aus Marmor gearbeitet sein soll. Ein Bildhauerfreund hat zu mir gesagt: Wenn deine Idee stark genug ist, dann wird sie überleben. Mit der Hilfe meiner unschätzbaren Bauleiterin Inken Baller und des Bauingenieurs Gerhard Pichler arbeite ich auch während des Baus noch an meinen Plänen und verändere sie. Im Laufe der Zeit haben wir bei den Gesprächen zwischen den verschiedenen Büros bestimmten Bauelementen richtige Namen gegeben: Die Flure sind Schlangen, die Treppen Berge und die Pavillongebäude Fische. Viele Besucher des Baugeländes sagen, den Kindern wird diese Anlage sehr gefallen. Womöglich soll das eigentlich heißen, daß sie selber das Gebäude nicht mögen, aber für Kinder werde es schon recht sein. Noch ist das ganze in Bau, aber die Schule wird eine richtige kleine Stadt für Kinder sein. Und ich hoffe, sie gefällt ihnen.

Ihr jüngster Vorschlag lautete, man solle in Berlin »Berge« bauen, sozusagen als Hintergrund für die Plattenbauten.

Ich habe auf eigene Initiative Dr. Stimmann (Baudirektor des Berliner Senats, L.D.) aufgesucht. Ich war dabei sehr vorsichtig und habe keine Zeichnungen mitgenommen, nur meinen Stift. Ich habe zu ihm gesagt: »Hören Sie, ich habe da eine alberne Idee...« Seltsamerweise schien er interessiert. Meine Idee hängt unmittelbar mit der politischen Situation nach der Vereinigung zusammen. Ich denke da an die ungeheure Arroganz westlicher Architekten, die ihre Gebäude mit diesen geschwungenen Dächern in die ehemalige DDR exportieren. So als wollten sie angeben und sagen: Schaut her, zu was wir in der Lage sind. Und was habt ihr dagegen fertiggebracht? Wir brauchen ein Konzept, das nicht mit der Überlegenheit des Westens gegenüber dem Osten protzt, eine Idee, die weder im Westen noch im Osten je ausprobiert worden ist. Le Corbusiers Vision von schachtelartigen Blöcken, die in wunderschöne Landschaften gesetzt werden, hat sich überholt, da uns mittlerweile die Landschaft ausgeht. Ich schlage vor, Wohn-»Berge« als Landschaften zu bauen. Sie würden ein sanftes Gegengewicht zu den scharfkantigen Plattenblöcken bilden. Dabei denke ich nicht an die Imitation echter Berge. Das wäre Disney. Ihre Formen würden sich vielmehr aus der Idee der Berge entwickeln, so wie die Schule sich aus der Idee der Sonnenblume entwickelt hat. Die höhlenartigen Innenräume sollten ein Gefühl der Geborgenheit vermitteln mit ihren über den »Abhängen« errichteten Lichtkonstruktionen. Mit »Bergen« läßt sich eine neue Landschaft zum Himmel hin auffalten. Es entstehen Räume zwischen den schon existierenden und den neuen Gebäuden und damit auch neuartige Ausblicke und Rahmungen. Denn ich frage mich, ob wir wirklich immer noch mehr Schachteln in eine nichtvorhandene Landschaft bauen können.

Übersetzung aus dem Englischen von Christel Dormagen

Mit Zvi Hecker sprach Layla Dawson. In KONKRET 8/94 erschien ein Gespräch, das sie mit dem Architekten Daniel Libeskind führte

Konkret 06/95, S. 56

Rayk Wieland

Willkommen im eigenen Saft!

Was darf die literarische Polemik? Der Fall Wiglaf Droste

Neben Kapitalismus und Patriarchat einer der drei Bestandteile der vielbeschworenen *triple obsession*, scheint der Sexismus namentlich für das autonome und feministische Milieu zur *single obsession* geworden zu sein. Sexist ist potentiell und vor allem, den Direktiven der verschiedenen bundesweit agierenden Frauen- und Fantifa-, aber auch linksautonomen Männergruppen zufolge, jeder Mann, der zudem und ebenfalls potentiell als Vergewaltiger, Kinderficker und Täterschützer in Betracht kommt. Das Mögliche ist ungeheuer, schlimm genug, und auch angesichts der Realität der von Männern gegenüber Frauen und Kindern angewendeten Gewalt nicht zu bestreiten. Ungeheuer aber ist auch, mit welcher paranoiden Energie das alle wohlfeilen Phrasen von sexueller Gewalt als grundsätzlichem Strukturelement gesellschaftlicher Machtverhältnisse und notwendiger Kritik an Geschlechterhierarchie zwecks Emanzipation eintönig variierende Milieu die allgemeine politische Diskussion okkupiert und diejenigen, die sich dem pietistischen Ritual nicht unterziehen wollen, als den eigenen latenten Sexismus nicht genügend hinterfragende Protagonisten des antifeministischen Rollbacks zu denunzieren sucht.

Dies hätte nun Wiglaf Droste, wahlweise als Satiriker oder sogenannter Satiriker mißkannt, tatsächlich besser als »Mickey Rourke der Literatur« (Ripplinger) getroffen, bedenken sollen, als er Anfang Mai seine Lesetour »Die schweren Jahre ab 33« antrat. Er hätte sich nicht gewundert. Schon am 24.3. war seine Lesung im Nürnberger »antisexistischen Stadtteilzentrum DESI« von einer Handvoll Frauen behindert worden. Die »humorlosen Hysterikerinnen«, wie sie sich selbst nennen, hatten seinerzeit, nachdem sie die Veranstaltung auch durch »Nazi raus«-Rufe und die Blockade des Eingangs nicht verhindern konnten, eine Diskussion mit Droste über seine Äußerungen und Texte zum Thema »sexueller Mißbrauch« durchgesetzt, die sie freilich hauptsächlich mit der Trillerpfeife führten. In den Tagen nach der offenbar als beispielhaft erfolgreich ausgewerteten Aktion netzwerkelte das Nürnberger Spartenfanzine »Schwarze Witwen« an alle Städte der Drosteschen Lesetour »Informationen« und Boykottaufrufe, die in der Regel im Appell: »Kein Forum für Täterschützer! Keinen Raum für Sexisten!« ihren Gipfel und Tiefpunkt hatten.

Droste sei, so dekretierten sie ohne Umschweife und Beleg, nun was: Sexist und Frauenfeind in Personalunion, diffamiere in seinen Texten und Äußerungen alle diejenigen, die sich dafür einsetzen, daß Mädchen nicht mehr vergewaltigt und benutzt werden, und die es erreicht haben, daß Mädchen Möglichkeiten bekommen, sich zu äußern über das, was ihnen angetan wird: in Form von Beratungsstellen und einer Sensibilisierung derer, die mit Kindern zu tun haben. Und zwar täte er dies nicht auf dem Teppich der frommen Denkungsart, sondern unter dem Deckmantel der Satire. Dagegen hätten linke und antifrauenfeindliche Kräfte einzuschreiten – mit antisexistischen Grüßen, emanzipatorischen, autonomen und humorlos-hysterischen: die rote Front der schwarzen Witwen.

In Bonn und Oldenburg sagten, derart in Kenntnis gesetzt, die Veranstalter daraufhin die Lesung ab, weil sie »unter den gegebenen Umständen nicht für die reibungslose Durchführung garantieren« konnten. In Kassel kippte die »gruppe autonomer männer« kübelweise Eigenkotspenden vor den Eingang des Dokumentacafés – »Wir scheißen auf Droste!« – und pöbelte, prügelte und pfiff auf das Publikum ein, das nicht weichen wollte. Verliefen die Lesungen in Göttingen und Stuttgart, wie Lesungen normalerweise auch bei Droste verlaufen, nämlich unanstößig normal, kam es am 10. Mai in Tübingen zum Tumult. Die »humorlosen Hysterikerinnen Tübingens« besetzten trillerpfeifepfeifend den Saal, es folgten Handgreiflichkeiten, Prügeleien, Beschimpfungen, und im Verlauf der Eskalation konnten die Parteien einander genugsam von dem offenbaren, was sie sich gegenseitig unterschoben: Droste seinen »abgrundtiefen Frauenhaß«, die Hysterikerinnen »SA-Methoden«.

Die wechselseitigen Vorwürfe noch weiter zu spezifizieren hieße, der Folklore der Ereignisse eine durchaus unergiebige Aufmerksamkeit zu widmen. Wo Droste einen Witz macht, liegt zumeist ein Problem verborgen, und wo Feministinnen nicht lachen können, womöglich auch. Es muß nicht dasselbe sein. Hintergrund der Feindseligkeiten sind zwei in der »Titanic« zum Abdruck gekommene Texte Drostes, die nach Auffassung der Blockiererinnen in der Debatte über den sexuellen Mißbrauch »täterschützende Positionen« beziehen, welche hinwiederum entschiedene Positionierungen aller »emanzipatorischen Kräfte« erforderten, im speziellen Fall vor den Eingängen der Veranstaltungsorte.

Die inkriminierten Texte – »Der Schokoladenonkel bei der Arbeit« und »Zur Dialektik von Vatermutterkind« – sind mitnichten Satiren, auch keine »sogenannten«, wie immer unterstellt wird, um sogleich die Anmaßung des Genres, alles zu dürfen, zurückzuweisen, sondern vielmehr literarische Polemiken. Der »Schokoladenonkel« ist die Geschichte eines Mannes, der im Görlitzer Park spazierengeht, einem vierjährigen, bettelnden Mädchen Schokolade schenkt, kurz darauf aber – »die Situation ist absolut eindeutig« – befürchtet, hier ahnungslos in eine Kindesmißbrauchsfalle getappt zu sein. Wer weiß, daß die Technik des Fallenstellens in der Vergangenheit probates Mittel von Frauengruppen war, etwa um Grapscher in der Berliner U-Bahn zu überführen, und wer ebenso weiß, daß einer mißbrauchsensibilisierten Umgebung

mitunter kleinste Indizien genügen, einen schwerwiegenden Verdacht auszusprechen, wird den Plot so abwegig nicht finden; selbst wenn er's wäre, er wär' nichts sonst als Literatur. Wobei nicht ausgeführt zu werden braucht, daß das Fiktionale in literarisch organisierten Texten eine andere Funktion hat als in den statistischen Dunkelziffer-Erhebungen, mit denen Frauen- und Mißbrauchselbsthilfegruppen operieren: »Politische Zahlen« (Wildwasser) nennen's die einen, »Paranoia und Hysterie« (Droste) die anderen.

Seine Haltung zum Milieu, das im Dunstkreis feministischer Beratungsstellen offenbar nur Täter und Täterschützer zu sondieren weiß, hat Droste in einem kleinen polemischen Einwurf keineswegs satirisch bedeckmäntelt: »... andererseits fantert und gackert gerade diese Klientel über kein anderes Thema so gleichermaßen aufgekratzt wie ahnungslos durcheinander wie über *das* Modesujet der Saison 1992/93, Kindesmißhandlung. Denn über nichts läßt sich in entsprechenden Kränzchen und Runden ... prickelnder und raumgreifender sprechen als über, so heißt das ›einschlägig‹, die diesbezüglichen eigenen ›Erinnerungen und Nichterinnerungen‹, wobei noch zu klären wäre, was enervierender bzw. nicht enervierender ist: das sich Brüsten mit tatsächlich Erlittenem, das sich Ergehen in permanenter Opfergestik und -rhetorik, oder aber das Kramen und Nichtkramen in Nichterinnerungen, das Zutagefördern erfundener Schrecken, um im Zuge der allgemeinen Wichtigtuerei nicht abseits stehen zu müssen ...« Parteilich im Sinne der »parteilichen Anlaufstellen« ist dies nicht gesprochen, aber anders zu sprechen soll dem Mann schlechthin versagt sein, wie die »humorlosen Hysterikerinnen« aus Nürnberg meinen: »Es ist unserer Meinung nach nicht möglich, sich als Mann in dieser bestehenden patriarchalen Gesellschaft satirisch über Gewalt gegen Frauen und sexuellen Mißbrauch zu äußern. Die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse mit der Allgegenwart von Männertaten lassen dies immer auch als Verharmlosung und Rechtfertigung von Männergewalt erscheinen.«

Da ist's heraus, wer hier den Mund zu halten und Witzverschonung zu gewähren hat, abgesehen von den wie immer Betroffenen, nämlich alle. Nur Frauen dürfen sich über Frauen, nur Mißbrauchte über Mißbrauchte, nur Opfer über Opfer mokieren. Behinderte sind für Behinderte, Randgruppen für Randgruppen, Linke für Linke und Faschisten für Faschisten zuständig und jeder imgrunde nur für sich selbst. Dann aber auch Satiriker ausschließlich für Satiriker.

Willkommen im eigenen Saft!

Rayk Wieland ist Redakteur der Tageszeitung »junge Welt«

Konkret 06/95, S. 57

Frieder Lehmann

Ein neuer B. Traven?

"Fritjof Haft« - Annäherung an ein geheimnisvolles Talent

Der Beck-Verlag hat unter dem eigenartigen Titel »Strafrecht Allgemeiner Teil 4. Auflage«, unter dem Pseudonym »Fritjof Haft« und der Legende, dieser sei ordentlicher Professor an der Universität Tübingen, ein Buch herausgebracht, welches sehr geeignet ist, Stevensons Schatzinsel auf Dauer von Geburtstags- und Weihnachtsgeschenktischen zu verdrängen. In einer dramatischen Handlung voller Mord und Totschlag tritt der Autor für die Entrechteten, Bedrohten und Beraubten ein, ganz wie der geheimnisvolle Schriftsteller B. Traven, dessen Identität erst vor wenigen Jahren ermittelt werden konnte. Und ganz wie die Travens bleibt auch die Person »Fritjof Hafts« im Dunkeln: Wer ist »Fritjof Haft<<? Wir wissen nichts von ihm und sind angewiesen auf die Informationen, welche uns sein Buch gibt.

1. Es kann sich bei »Fritjof Haft« keineswegs um einen deutschen Autor handeln; 76 originelle, von der gewöhnlichen deutschen Orthographie, Interpunktion, Syntax abweichende Schreibweisen und einige offensichtliche Sinnfehler auf insgesamt 325 Seiten (Inhaltsverzeichnis, Abbildungsverzeichnis, Text und Glossar), also ein Regelverstoß auf 4,28 Seiten, lassen keinen anderen Schluß zu. Ein Fehler wie »Carakter« (S. 124) könnte auf einen französischen Autor hindeuten, einer wie »Appelfunktion« (S. 74) eher auf einen englischen (appeal=Appell), andere für eine bestimmte Nation typische Fehler sind im Text nicht zu finden.

2. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß »Fritjof Haft« einige eher bei deutschen Juristen zu vermutende Kenntnisse hat: Nicht nur juristische - die ihm auch zu einigen göttlichen Insider-Pointen verhelfen, so z. B. »... kommt es für den ... Schuldbegriff . . . darauf an, ob dem Täter ein Vorwurf daraus gemacht werden kann, daß er sich für das Recht, gegen das Unrecht entschieden hat ...« (S. 306), die Erfindung eines »Nullapoenta-Satzes« (S. 52), des »Wiederstandsrechts« (S. 69), der »Tagbestände« (S.37) -, sondern auch solche der (Unsitten der) Wissenschaftsliteratur, so wenn er auf Seite 18 »August Comte« schreibt, auf Seite 23 den Rat gibt, sorgfältig auf Schreibweisen von Eigennamen zu achten, »... also hier z. B. Mezger und nicht Metzger«.

3. Außerdem liegt der Gedanke nahe, daß es sich bei »Fritjof Haft« nicht um eine einzelne Person handelt, sondern um eine Gruppe; darauf deutet nicht nur hin, daß nach dem ersten Absatz des Vorwortes ein nicht näher beschriebener »wir«, der »Subsumtionstrainer« ohne p schreibt (S. VI), während Subsumption und mit Subsumption zusammengesetzte Wörter sonst fast im ganzen Buch mit p geschrieben werden (Ausnahmen Seiten 149 einmal, 159 zweimal), ein von »Professor Dr. Haft« erarbeitetes »computergestütztes Lernprogramm« ankündigt, sondern es lassen sich auch recht verschiedene Stilmittel feststellen, deren Verschmelzung zu einem einheitlichen Stil noch nicht recht gelungen scheint:

Erinnert nämlich die eher sehr triviale Handlung mit sehr viel Mord, Raub, Totschlag einerseits an Karl May, mit Inzest und Familiendiebstahl andererseits an Fernsehserien wie Dallas und Denver-Clan, so sind stilistisch sehr unterschiedliche Mittel »Fritjof Hafts« zu bemerken: Während sich ganz unmerklich das Grauen wie bei E. A. Poe in die Gedanken des Lesers einschleicht: ».. . wenn es also im Beispiel auch wirklich zu einer Körperverletzung (und nicht nur zur Gefahr einer solchen) gekommen ist. 7« (S. 226), erinnern Wortschöpfungen wie »kausel« (S. 161), »mögich« (S. 168), »Bmühen« (S. 263), »zu eröternden« (S. 39) und »Sparziergänger« (S.83) sehr an eine Person in Niebelschützens Blauem Kammerherrn, humorvolle Wortschöpfungen wie »Plutativnotwehr« (S. 139) eher an Karl Valentin, »Vosatzdelikte« (S. 254) lassen an Asterix' Piraten denken (dort würden sie Vo'satzdelikte geschrieben), während die sehr gelungene Parodie der Honeckerschen, Wort/Satzbedeutung und Sprachrhythmus voneinander trennenden Sprache auf Seite 120 - »Die Rechtsordnung, kann einen Vorrang der individuellen Überzeugung des einzelnen nicht anerkennen.... Das so verstandene Sittengesetz, kann gar nicht erlauben, gegen ein gültiges Gesetz zu handeln« - oder die Parodie der Sprache Kohls »Hndlungsbefugnis« (S. 79) doch stark an Arbeiten Eckhard Henscheids erinnern; bei einem tiefschürfenden Autor wie Drewermann dagegen erwartet man Worte wie »wirk sam« (S. 103) oder »Rechts gutes« (S . 231), und an die letzten Großwerke Arno Schmidts erinnert der dramaturgisch überaus geschickte Einsatz der Interpunktion, etwa der Einsatz eines einzelnen Punkts hinter dem Schlußsatz in einer Text-Tabellenzelle von vieren auf Seite 118, einer von sechsen auf Seite 138, einer von achten auf Seite 208, oder neun von zehnen auf Seite 190, sonst aber in keiner Zelle, oder das Weglassen des Punktes auf Seite 79. Auch einige Einflüsse des Starckdeutschen - »spätetestens« (S. 22), »Euthanassie« (S. 143), »Normmen« (S. 246), »wirkendden« (S. 208) - sowie Jandls - »Antragsdelitk« (S. 38), »Antowrt« (S. 286) - sind nicht zu übersehen.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß alle diese stilistischen Eigenarten wohl kaum einer einzelnen Person zu eigen sein dürften, nur wie viele Personen unter dem Pseudonym »Fritjof Haft« schreiben, bleibt vorerst ein Geheimnis: Der Verlag äußert sich nicht über seinen Autor, und die über ihn an »Fritjof Haft« gerichteten Interview-Wünsche hat der Autor nie beantwortet.

Trotz aller Einwände ist das Buch ein interessanter Erstling, der im letzten Weihnachtsgeschäft einer der großen Renner gewesen sein soll, wie aus Kreisen des Buchhandels zu hören war. Man darf gespannt sein auf das nächste Buch dieses geheimnisvollen Newcomers.

Nachschrift: Kurz nach Fertigstellung dieser Rezension war in einer Tageszeitung eine kurze Agenturmeldung über den bekannten international tätigen Detektiv »Ratte« zu lesen. »Ratte« will ermittelt haben, daß es sich bei »Fritjof Haft« nur um einen einzelnen Mann handele; dessen wahrer Name sei Fritjof Haft, und er sei ordentlicher Professor in Tübingen - also darauf wäre man nach Lektüre des Buches nicht gekommen!

Konkret 06/95, S. 58

Barbara Kirchner, Dietmar Dath

Nichts ist uns zu klein

Über Nanotechnologie – eine Technik, die es nicht gibt und die dadurch schon heute das Leben verbessert

»Die grundlegenden Erkenntnisse der Physik widersprechen, soweit ich sehe, nicht dem Versuch, die Dinge Atom für Atom zu verändern.«
Richard Feynman 1959 über die denkbare Nanotechnologie

»Die aktuelle technologische Entwicklung, die darauf zielt, das Primat der Thermodynamik durch das der Informatik zu ersetzen, ist in Wirklichkeit von der Größenverminderung der Maschinen begleitet.«
Deleuze/Guattari 1972 über die heraufziehende Nanotechnologie

»Das ist ein riesiges, allumfassendes Ding.«
Charles Ostman 1994 über die Nanotechnologie ante portas

Eine alte Tugend aller mit dem bloß Vorgefundenen (der »Natur« oder, wie Marx gern sagte: dem »Naturwüchsigen« an Natur & Gesellschaft) unzufriedenen Köpfe ist die Bereitschaft, das Augenmerk gelegentlich aufs Kleine und ganz Kleine zu richten: die »Localnotizen« (Engels) zu studieren, die »molekularen Revolutionen« ins Werk zu setzen (Deleuze/Guattari), »das Entgegenkommen des Materials bei minimalen Paaren von Ideen« (Freud) zu begutachten, den kürzesten Zeitraum zu bestimmen, in dem die Partei des Fortschritts bereit sein muß, ihre Taktik zu wechseln (Lenin), oder infinitesimale semiotische Quanteneffekte zu studieren (frühe politically cor-rect-Feldforschung).

Es muß also, weil jederzeit Zeit und überall Platz sein könnte für den Kampf, im Himmel der Abstraktion vom öden Bestehenden eine Party gegeben haben, als 1990 und 1991 ein Weg entdeckt wurde, die physikalisch kleinsten noch sinnvoll bestimmbaren Zeit- und Raumabstände für die Poesie nutzbar zu machen: In den beiden Bänden der *Hyperion*-Saga des Amerikaners Dan Simmons (*Hyperion* und *The Fall of Hyperion*) konnte bewiesen werden, daß der gezielten Spekulation aus dem Schlechten raus ins Bessere wirklich nichts zu klein ist. Die schönste Stelle dieser so anmutig, lichtvoll und freundlich erzählten Science-Fiction-Geschichte ist der Passus, in dem einem der »Helden« des Buches, dem Dichter John Keats, von einem gigantischen Rechner offenbart wird, daß das, was er »Bewußtsein« nennt, auch in Planckzeit und Plancklängen noch Platz hat – wirklich der Gipfelpunkt einer quadrierten abgeklärten Aufklärung: Denn wo die Religion und andere Denksysteme, die das alternativlose Anhimmeln des Bestehenden empfehlen, mit Eifer dazu auffordern, sich doch bitte vorzustellen, wie groß und toll alles sei (sogenannter Nürnberger-Reichsparteitagsgelände-Trick der Architektur der Macht), da verkündet Simmons, daß, wie im Idealfall die Guerilla im Volk, so auch das »Imaginäre«, das zwischen Essenz und Syntax oszillierende »Bewußtsein« der Unzufriedenen, in der Raumzeit schwimmen lernen kann.

Für physikalisch Desinteressierte: Planckzeit, das ist praktisch ein Hui, das ist so gut wie nix, das ist die Zeit, in der in Deutschland eine Sauerei vergessen wird, also: 10-43 Sekunden. In Prosa formuliert (was die Physik ja leider gar nicht mehr mag) handelt es sich um die (Achtung, ein wunderschöner langer Ausdruck) »Quadratwurzel aus dem Produkt der Gravitationskonstante des durch zwei p geteilten Planckschen Wirkungsquantums durch die Lichtgeschwindigkeit hoch fünf«. Die Plancklänge, das kleinste sinnvoll benennbare Entfernungsmaß, ist genau dasselbe – mit dem kleinen (ha!) Unterschied, daß da die Lichtgeschwindigkeit bloß im Kubik vorkommt statt hoch fünf. Ergibt 10-35, diesmal Meter. Auch nicht grad viel. Jetzt darf der KONKRET-Leserschaft fünf Minuten schwindlig werden. Dann geht sie geschlossen in die nächste Buchhandlung, kauft die komplette, im Moment mit großem Werbeaufwand lancierte rororo-Science-Reihe, dazu noch John Gribbins *In Search of Schrödingers Cat* und ein paar Witzbücher von Stephen Hawking, Albert Einstein, Roger Penrose, Douglas R. Hofstadter und vor allem K. Eric Drexler – man kann ja ein paar alte rororo-Aktuell-Polit-Schmonzetten in Zahlung geben. Nur daß das natürlich wieder niemand macht.

Also begeben wir uns von den ganz unvorstellbar kleinen Dingen hinauf auf die Ebene der nur sehr schwer vorstellbar kleinen Dinge, die immerhin groß genug sind, um gegenwärtig nicht nur der Poesie, sondern sogar der Technologie was bieten zu können. Reden wir also über Nanotechnologie, die vorerst spannendste Schnittstelle von nicht schwafeliger (weil in ökonomischen, industriellen Verwertungszusammenhängen gebundener) Spekulation und gesellschaftlichen »Mißständen«. Die Stimmen aus dem Wissenschafts- und Geistesleben, die das Aufkommen real existierender Nanotechnologie für die nähere Zukunft vorhersagen, verstehen darunter etwas, was unterhalb der Schwellen aller heutigen Technologien wirksam würde, und zwar nicht einfach, indem man Maschinen, die es bereits gibt, immer weiter verkleinert (sog. »Top-Down«-Verfahren, das laut Nanotech-Fans alle klassischen, von ihnen gern auch als »totaler Scheißdreck« bezeichneten Technologien vom Dampfcomputer bis zum Gentech-Faustkeil gemeinsam haben), sondern indem man den ganzen Laden auf der Grundlage dessen, was man heute über die kleine und ganz kleine Beschaffenheit von Materie weiß

und raten kann, neu überdenkt und dann da eingreift, wo kleine Ursachen große Wirkungen haben (sog. »Bottom-Up«-Verfahren, ihr dürft auch »Das Sein bestimmt das Bewußtsein« dazu sagen, wenn der in Anschlag gebrachte Begriff von »Sein« ein bißchen differenzierter ist als der, den die Angst vor der Erpressung und Entfremdung normalerweise in dieser Gesellschaft erzeugt, und also übers Vegetieren hinaus die Dinge einschließt, die vernunftgemäß (!) sein könnten und sollten).

Nanotechnologie hat einen unübersehbar großen Vorteil gegenüber allen anderen Argumenten gegen die Unlust, sich heute noch auf Ansprüche an die Zukunft einzulassen: Sie ist klein. Sie ist so klein, daß es sie sogar noch nicht mal gibt. Nur die Japaner stecken bislang echtes Geld rein und bauen turmhohe Forschungskomplexe, um für Nanotech die Tür niedrig genug und das Tor schmal genug zu machen. Nanotech heißt Nanotech wegen der »Neun«: Es geht um Technik, die im Bereich von 10-9 (gutes altes metrisches System) wirksam werden soll (das ist die Größenordnung von 10 Ångström, eben Nanometerbereich). Neulich interviewte eine junge, sichtlich aufgeschlossene, im synthetischsten Dancefloor-Style slick gewandete MTV-Reporterin im Rahmen irgendeines Future-Features einen Nanotech-Propagandisten, der ihr die übliche Geschichte erzählte, die die Nanotech-Propaganda in allen ihren Statements bringt: Das Vorbild für Nanotech sei die Natur, dort gebe es diese molekularen Fabriken, diese Maschinchen auf der Ebene des Bastelns an Molekülen schon lange, das beste Beispiel sei die Photosynthese, sauber, billig, leise und prima. Darauf erwiderte die Frau, und das war eine Frage, der auch das blöde gekaufte MTV-Getue die Brisanz nicht nehmen konnte: Dann müsse sie sich also in der Nanotech-Zukunft nur noch einen einzigen Satz Klamotten kaufen, und der Homecomputer samt dem Nanowandler würden ihr das Outfit dann gemäß den neuesten Trends Molekül für Molekül zusammensetzen?

Mit anderen, deutlicheren als den auf MTV erlaubten Worten: Die Faszination, die für die Science Fiction und jene Teile von Jugendkultur, die ein SF-affines Lebensgefühl tragen, an der Metapher »Nanotech« hängt, ist in Wirklichkeit die: Ob die Verfechter von Nanotech das nun einsehen oder nicht, und ob das in den zu erwartenden Ergebnissen zum Ausdruck kommen wird oder nicht (wir fürchten: nicht), es geht beim Konzept von Nanotech um nichts anderes als die alte, so oft verratene, im Grunde von Anfang an an der Aporie aller »bürgerlichen Wissenschaft« zu scheitern verdammte Utopie einer demokratischen Technologie. Etwas, was wirklich nützlich wäre. Etwas, was auch die Frage nach der Übernahme der (hier sehr weit gefaßten) (»Re-«)Produktionsmittel durch die (»Re-«)Produzentinnen und -Produzenten wieder stellen würde. Etwas, worin der Gedanke aufgehoben sein könnte, daß die Geschichte zwar dank diverser Scheißrechenfehler im Moment wieder naturwüchsig erlitten wird von den Massen der Erde, daß das aber nicht so sein muß.

Nanotech mag eine Bombe ergeben (wir fürchten: wird, mal wieder), aber die Idee ist da: der Schatten, geworfen von dem Licht, das Selbstbestimmung heißen könnte. Und das ausgerechnet in einer Sphäre (»Naturwissenschaften«), die nur noch unverständliche Kuriosa hervorzubringen schien, wenn man etwa dem auf sublime Weise behindertenfeindlichen (»Seht den Krüppel denken, er macht sich nützlich!«), dem großen Forscher nicht gerecht werden wollenden, sondern einfach mies sensationalistischen Hawking-Rummel Glauben schenkt. Oder dem Stil, in dem »Spiegel« und jetzt auch »Focus« in regelmäßigen Abständen den Urknall belauschen und darüber grübeln, was denn nun mit der Ausdehnungsgeschwindigkeit des Universums sei. Oder der Vulgärdefinition von etwas, was »Chaostheorie« genannt wird und diesen Namen in Wirklichkeit gewöhnlichstem Fatalismus leiht, dabei unterschlagend, daß etwa der Begriff des »seltsamen Attraktors« nicht aus gottseliger Kontemplation, sondern aus dem mit neuer Computerpower eröffneten, vorher unbekannten Feld der »induktiven Mathematik« stammt. – Ein Image vom Diskurs de rerum Weltall wird da geschaffen, daß z.B. keine kluge, an den echten Problemen des echten Lebens zwischen echten Menschen interessierte junge Frau mehr Lust bekommt, sich diesen Denkrichtungen als Lebensentwurf anzuvertrauen und etwa Physik zu studieren. Und so bleibt dann alles beim schlechten Alten.

Wie auch in dem MTV-Interview – denn statt daß dieser Quantendandy von Physiker sich verstanden gefühlt und der forschenden Jugend seine Anerkennung ausgesprochen hätte, guckte er bloß indigniert wie irgendein Geistesheroe, dessen Forschungen irgendeiner jungen, cleveren, vielleicht tolpatschigen, aber wichtigen radikalen emanzipatorischen Bewegung Modelle liefern, und der das gar nicht will, weil er das für eine Profanierung hält. Siehe, da wohnt das Elend aller Vernunft, wenn wir das hier im 150. Jahr der D-eutschen P-hysikalischen G-esellschaft, deren avanciertere Mitglieder auch allmählich auf den Trichter mit der Nanotech kommen, mal sagen dürfen. (Das mit den DPG-Leuten treibt allerdings auch schon wieder eher dusselige Blüten, so wenn aus dem Umfeld der »Selbstorganisations«-Forschung plötzlich behauptet wird, deren Ergebnisse böten auch einer noch zu entwerfenden Nanotech tolle Rezepte. Klar, und vor zehn Jahren meinten dieselben Leute, ihreMuster-Erkennungs-und-Selbststrukturie-rungs-Forschung liefere den Schlüssel zum Verständnis des »Denkens«. So wie eben vor dreißig Jahren »Kybernetik« die Hitvokabel war und noch früher jeder lustige Avantgarde-Scharlatan und Kunstgewerbler die »Relativität im All und so« vermittels kühner Werke zu erläutern vorgab. Gleichwohl sollte man all diesen Leuten nun nicht den Scheitel nachziehen, und auch über den Kamm der Scharlatanerie wollen wir sie nicht scheren, vielmehr wären alle zu ermutigen, die richtige oder auch nur plausible Erkenntnisse gleich welcher Erkenntniszweige überstürzt »anwenden« wollen, genauso wie natürlich umgekehrt jene Gehör verdienen, die demgegenüber auf bereits gesichertem und in älteren Kämpfen angeblich oder wirklich »bewährtem« Wissen bestehen. Der Zeitpfeil wird’s schon richten. Näheres steht in den Feuerbach-Thesen von Marx/Engels.)

Man darf sich nicht blöd machen lassen, daher empfiehlt sich 1. der Blick auf den tatsächlichen Ablauf der »Bottom-up«-Einführung von Nanotech, also auf die Entwicklung von Richard Feynmans im Motto zitierter Anregung (die allerdings noch aus einem »Top-Down«-Denken stammte, wie man in James Gleicks hervorragender Feynman-Biographie nachlesen kann), über die gegenwärtigen heroischen Leistungen bei der Dreckarbeit (Beseitigung der Hindernisse thermischer »Schwankungen«, »lockerer« Moleküle, Ausschaltung der Liederlichkeit der Quantenprozesse, Rechnen und Rechnen lassen ...), über die mögliche Herstellung der »Self-Replicating Assemblers«, des wichtigsten noch fehlenden Bausteins einer funktionierenden Drexler-Nanotech, da jene das alte Von-Neumann-Problem selbstreproduzierender Maschinen auf die Nanoebene tragen, bis hin zur denkbaren Einführung »echter Nanotech«, also des »molecular manufacturing«, für das wir noch nirgends in der Literatur eine brauchbare deutsche Übersetzung gefunden haben. Wie wäre es, in Erinnerung an ähnlich wacklige Phasen im Verhältnis von Produktivkräften zu Produktionsverhältnissen, mit dem Wort »Nanofaktur«? Das jedenfalls ist das Ziel des ganzen großen kleinen Aufbruchs.

Es steht zu erwarten, daß viele der scheinbar so zwingend mit dem »Wesen« von Nanotech verbundenen Aussichten, wie die Verbilligung von Werkstoffen und Nahrung, die Erschwinglichkeit von fast allem für ziemlich viele, die Aussichten der Nanomedizin (Bekämpfung von Krebszellen im Körper, Empfängnisverhütung durch Abschießen der blöden Spermien; überhaupt alles, was unsere Phantasie, als wir klein waren, an dem Film »Die phantastische Reise« so aufgegeilt hat), sehr kleine, super-leistungsfähige Computer für alle etc. allmählich und ganz unmerklich links (!) liegengelassen werden, egal, was der sympathische K. Eric Drexler, Nanozauberer supreme, sagt und durchsetzen will. In *Unbounding the Future* deuten Drexler et al. dezent an, daß da wohl auch Banken und Konzerne was zu sagen haben werden, aber einen Ansatz, das Politikum Nanotech auch wirklich auf breiter Front zum Politikum zu erklären, gibt es bisher nirgends, dabei könnte die linke Kritik von Wissenschaft und Szientismus gerade an diesem Objekt nicht nur zeigen, daß die Macht immer reinredet, wo es was zu verbessern gäbe, sondern auch sehr instruktiv, *wie* sie das tut, denn hier ist was im Werden, und wenn man schon das Hase und Igel-Spiel gegen die technomerkantile, szientomilitärische, kapitalbürokratische Arschlöcherkratie nicht gewinnen kann (übrigens: woran liegt das?), sollte man sich doch wenigstens bemühen, dabei ein bißchen weniger scheiße auszusehen.

Zu diesem Zweck könnte es 2. nichts schaden, der Spekulation bei der Arbeit zuzusehen und von ihr zu lernen. Science Fiction-Autorinnen und -Autoren waren unter den ersten, die Greifbarkeit von Nanotech (& wer da wohin greift) zu untersuchen und mit sozialspekulativen Fragen abzugleichen, klug und informiert, belesen und kombinationsfreudig. Technik als Politik auf neuem, tieferem Level, si parva licet componere magnis (und dem Latinum gleich die Antwort hinterher: Und ob! Gerade das!). Als besonders herausragende Beispiele sind uns aufgefallen: –

Greg Bears *Queen of Angels*, noch unübersetzt, allerdings leidend an der Schwäche aller, auch der besten Bücher Bears (*Blutmusik*, *Äon*, *Ewigkeit*, in denen Nanotech auch gelegentlich gestreift wird): Die Menschen sind nicht recht lebendig, ziemlich schabloniert. Dafür ist die Gesellschaft, in der sie leben und mit den Auswirkungen von Nanotech zu kabbeln haben, sehr plausibel geraten. –

Ian McDonalds *Terminal Café*, angeregt von der ziemlich größenwahnsinnigen Annahme I. Watsons, daß »das erste, was wir mit einer funktionierenden Nanotechnologie kriegen würden, Unsterblichkeit« wäre. McDonald, ein wirklich begnadeter Prosaist & Extrapolator des Wahrscheinlichen, spielt das dann durch anhand von »Städten der Toten«, und das ganze Buch ist durchzogen von einem starken, gruseligen Gefühl, daß hier die Tricks, die es solch zähen Erscheinungen wie Kapitalismus und Patriarchat und Christentum erlauben, sich über das Ablaufen der ihnen von der »Geschichte« scheinbar gesetzten Zeit hinaus am Leben zu erhalten, offen vor uns liegen. Man wundert sich, daß das Kino den Leuten heute noch Angst vor Vampiren einjagen kann, wo sie vor der Warenform oder der Zwangsheterosexualität so tragisch wenig Angst haben – oder ist das genau der Witz? (Ja.) Ein fabelhaftes Buch jedenfalls, gar nicht genug zu loben. –

Die sehr Science Fiction-hafte Art, in der bspw. die Zeitschriften »Mondo 2000« oder »Wired« gelegentlich den Konnex streifen. In »Mondo 2000«, Nummer 12, etwa das Interview mit Charles Ostman, dem besonders die Verbindung von Nanotech und Biologie am Herzen liegt. Schön auch, zu erfahren, daß Ostman sich seine ersten Sporen mit der Ausarbeitung von computersimulierten Abbildungen von Bucky-Balls verdient hat (siehe KONKRET 12/94, wir haben es immer gesagt...).

All das liegt brach, und wenn die Kritik sich erlauben kann, Bereiche brachliegen zu lassen, die mit dem, was Menschen wünschen, so dringend zu tun haben (dringender als alle bisherigen Fortschrittsmythen – von der Besiedlung des Alls über das Essen als Pille bis zum Roboter im Wohnzimmer, Dinge, von denen E. Drexler sagt: Das kam nicht zustande, weil es eigentlich niemand gewollt hat ...), dann ist uns diese Kritik nicht geheuer. Nanotech, das ist die Geschichte der »Wunschmaschinen« – sowohl im Sinne von Guattaris »petits et grandes machines à inventer la vie« als auch in dem zweischneidigen der »Wunschkinder«, des »Wunschdenkens« etc.

Oder wie Werner Heisenberg zum Walter Benjamin der »Geschichtsphilosophischen Thesen« gesagt haben könnte: »Mein Gott, Walter, das, was ich da ausgerechnet hab', glaubt uns doch wieder keine Sau.«

Literatur:

K. Eric Drexler: *Nanosystems. Molecular Machinery, Manufacturing and Computation.* New York/Chichester, Wiley 1992, 576 S., ca. 90 Mark. (Das Standardwerk. Achtung, Vorwissen wird verlangt, sehr fachspezifisch geschrieben. Allgemeinverständlicher dagegen die folgenden:)

K. Eric Drexler/Chris Peterson/Gayle Pergamit: *Unbounding The Future / The Nanotechnology Revolution.* New York, Quill/Morrow 1991, 302 S., ca. 30 Mark. Deutsche, leicht ergänzte/revidierte Ausgabe: Drexler/Peterson/Pergamit: *Experiment Zukunft. Die nanotechnologische Revolution.* Bonn, Addison-Wesley VVA, 320 S., 48 Mark.

James Gleick: *Genius. The Life and Science of Richard Feynman.* New York, Vintage 1992, 530 S., ca. 20 Mark. Mit den Anekdoten über die Geburt des Nanotech-Gedankens. Inzwischen auch deutsch, sehr teuer als gebundenes Buch bei Droemer/Knaur.

Greg Bear: *Queen Of Angels*. London, Legend 1991, 472 S., ca. 20 Mark.

Ian McDonald: *Terminal Café*. New York, Bantam 1994, 300 S., ca. 30 Mark.

Brandneu und in England bereits ein Bestseller ist Peter F. Hamiltons Thriller *The Nano Flower.* London, Pan Books/Macmillan 1995, 566 S., ca. 20 Mark.

Barbara Kirchner schrieb in KONKRET 5/95 über die Komikerin Roseanne Barr; Dietmar Dath schrieb in KONKRET 2/95 über Klaus Theweleits »Buch der Könige II«

Kasten Seite 60

Kirchner / Dath

Nanotechnologie

Als Oberbegriff bezeichnet Na-notechnologie die vollständi-ge, im Kosten/Nutzen-Sinneffektive Manipulation derStruktur von Werkstoffen und Apparaten auf der molekularen Ebene. Darunter fallen: a.) Nanotechnologie als Zweig der »theoretisch angewandten (nicht theoretischen oder *angewandten) Wissenschaften« Chemie/Physik/Informatik, also die Lehre von der Ausschaltung der Hindernisse auf dem Weg zu echter »molekularer Technik«, diesen Zweig verwaltet z.B. K.E. Drexler; b.) die molekulare Technik selbst, ihre Produkte (Nanomaschinen für die Medizin und in der Computertechnik, vergleichbar heutigen Halbleitern, bessere Werkstoffe, »Ökosystemschützer«, also kleine Staubsauger für Luft/Boden/Wasser, winzige Replikatoren (selbstproduzierende Maschinen) und schließlich »intelligentes« Material: etwa der Koffer, der weiß, was in ihn reingehört) – all das gibt es (noch) nicht, aber Konzerne wie Xerox, das MIT und »die Japaner« sind ganz wild drauf; c.) die Spekulation über die möglichen sozialen Folgen der Einführung molekularer Technik, vertreten durch Bear, McDonald, Kirchner, Dath u.a. – Gelehrte wie Drexler wollen solche Spekulationen unbedingt als Bestandteil der Nanotechnologie verstanden wissen.*

Konkret 06/95, S. 62

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Heilige Unordnung, die segensreiche Himmelstochter, läßt mich auf der Suche nach dem Impfpaß des Terriers einen Zeitungsschnipsel aus der Golfkriegszeit finden:

Hermann L. Gremliza und der Bankrott des negativen Nationalismus

steht drauf. Und noch immer weiß ich nicht, was mir der Autor damit sagen wollte. Was bedeutet negativer Nationalismus? Ob er sich zum Nationalismus verhält wie, sagen wir: negativer Rheumatismus zum Rheumatismus? Daß er also wohltut, statt weh? Und deshalb bankrott ist? Ach, versteh' die deutschen Schreiber, wer mag!

Erst die Frankfurter Schule, dann die Neue Frankfurter Schule, und jetzt fängt schon die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« ihre Leitartikel mit Wortspielchen an:

Präsident Clinton hat einen Dole am Bein.

Wie lange wird die dritte Frankfurter Schule uns warten lassen, bis Günther Nonnenmacher in Helmut Kohls Kopf ein Schäuble so sehr lockert, daß der Kanzler mit Frau Merkel Süßmuth raspelt?

Wehrmachtsleutnant z.b.V. Rudolf Augstein über Nazideutschland und die DDR:

Zwischen den Qualitäten dieser beiden Unrechtsstaaten zu unterscheiden lohnt sich nicht.

Wäre ich sein Redakteur gewesen, hätte ich die Lüge ohne Streichung oder Hinzufügung eines einzigen Wortes, allein aus dem sprachlichen Material des Autors, mit sanftem Stift in eine Wahrheit redigiert:

Zwischen den Qualitäten dieser beiden Unrechtsstaaten nicht zu unterscheiden, lohnt sich.

Und tatsächlich leben ganze Fabriken der Bewußtseinsindustrie (Journalismus, Sozialwissenschaft, Werbewirtschaft) davon in Saus und Braus.

Hier spricht der Direktor des Instituts für europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität:

Fußballer müssen ihre Beine erhalten, sie sind ihr Handwerkszeug.

Welche europäische Ethnie kommt für diesen Satz »mentalmäßig« (B. Becker) in Betracht? Der Name des Direktors gibt eine Kopfnuß zu knacken: Er heißt W. Kaschuba.

Es ist nicht wahr, daß Springer die Ossis mit einer Banane aus dem roten Urwald gelockt hat, bloß um sie hier in Armut, Arbeitslosigkeit und Alkohol versinken zu lassen. Wer sich, wegen Schwäche der Muskulatur oder des Kopfes, nicht im Haushalt eines »Welt«-Abonnenten nützlich machen konnte, wurde zuweilen sogar in die Redaktion der »Bild«-Zeitung aufgenommen, wo er, wie der Josef Nyary beispielsweise, sogenannte Fernsehkritiken abfassen durfte, dieser Art:

Handfeste Story, solide Action, aber sehenswert ist die Serie nur wegen Klaus Löwitsch: Der deutsche Jack Nicholson mit dem Wolfsgeknurr...

Der amerikanische Josef Nyary hieß? Richtig: Pulitzer. Und die deutsche Madonna? Katja Ebstein. Sehenswert.

Aus dem Schwesterblatt »Bild am Sonntag«:

Gegendarstellung

In der »Bild am Sonntag«, Ausgabe 30. April/1. Mai 1995, wird auf Seite 14 in dem Bericht »Mädchen (14) erstach Frau« behauptet: »Maike und Grace prügelten sich. Plötzlich zog die 14jährige ein Klappmesser aus der Tasche, stach einmal zu – traf direkt ins Herz. In Itzehoe soll die Messerstecherin schon mehrfach aufgefallen sein – als Mitglied einer Mädchenbande, die Frauen überfällt. Grace G. wurde am Wochenende in einer Klinik untergebracht. Dienstag soll sie von Psychiatern untersucht werden.« Diese Behauptungen sind falsch. Weder hat Grace G. ein Klappmesser aus der Tasche gezogen und Maike D. erstochen. Noch ist sie Mitglied einer Mädchenbande, die Frauen überfällt. Auch ist Grace G. nicht in einer Klinik untergebracht worden. Von einem Psychiater wird sie auch nicht untersucht werden. Jochen Roggenbock, Rechtsanwalt und Notar

Was sagt die Redaktion? Die Redaktion sagt:

Anmerkung der Redaktion

Herr Roggenbock hat recht. Die Redaktion bedauert die Fehlinformation und bittet um Entschuldigung.

Die Wahrheit hinter der Geschichte »Hund beißt Mann« heißt »Kein Hund beißt keinen Mann«: Grace gehörte keiner Mädchenbande an, die keine Frauen überfällt, sie hatte kein Klappmesser, mit dem sie nicht zugestochen hat – direkt ins Bein, sie wurde in keine Klinik eingeliefert, wo sie nicht von einem Psychiater untersucht wurde. Und die Redaktion bedauert die Fehlinformation. Im Singular. Singulär. Ein Einzelfall. Kann mal passieren.

Diesmal ist es eine verlorene Tochter, die mit der »TAZ« unterm Arm zu Vati und Mutti heimkehrt:

Noch vor zehn Jahren

schreckliche Zeit!

bügelten die Nachgeborenen

die Nachgeburten!

die Berichte ihrer Eltern über Flucht und Vertreibung als politisch unkorrekt ab. Ihre Erzählungen über Vergewaltigung, Mord und Totschlag schienen einer Generation, die gerade erst entdeckt hatte, daß ihre Eltern Täter waren, peinliche Lappalien zu sein im Verhältnis zu dem, was die Deutschen der halben Welt antaten

(deutsch: angetan hatten, von wegen consecutio temporum, deutsch: Verfolgungszeit.)

Jede Erzählung, die nicht mit Deutschlands Schuld begann, galt als neuerlicher Beweis für Verdrängung und Relativierung.

So ging schon vor zehn bis vierzig Jahren in jedem völkischen Schriftstück der Gedanke, der in mündlicher Rede die Form fand: »Ich habe nichts gegen Juden, einige meiner besten Freunde sind Juden, aber...«

In diesen Monaten aber hörten die Enkel den Großeltern zu, und die durch Lebenserfahrung und Wissen milder gewordenen 68er kramten in Tagebüchern und Fotoalben, ohne gleich zu moralisieren.

Da, guck mal, Vati, ist das nicht Opa? – Wer? Wo? – Na, der in der geilen schwarzen Uniform da, vor der Einfahrt, wo »Arbeit macht frei« drübersteht? – Nein, Anita, Kleines, das ist dein Patenonkel Paul. Opa Kugler war doch zu der Zeit wie alle andern bei der Wehrmacht, in Frankreich, das Kaff hieß Romadour oder so. Bis sie ihn dann vertrieben haben, die Franzosen, weil er politisch unkorrekt gewesen sei. – Hör mal, Mutti, hast du das gewußt? Das kann ich mir bei Opi gar nicht vorstellen.

Da ist es nur recht, daß andere Mitarbeiter aus Frau Kuglers Firma der Revolution gute Ratschläge geben:

Wenn der »Erkenntniszugewinn« der neuen linken Fundamentalisten sich ähnlich »stürmisch« entwickelt wie bei den alten RAF-Kadern, steht eine blutige Gewalteskalation ins Haus, die neben dem Leid für die unmittelbaren Opfer auch eine eklatante Erschwernis für alle emanzipatorischen Politikansätze in Deutschland mit sich bringen würde.

Er redet ein bißchen geschwollen, der Walter Jakobs, bei ihm geht nichts unter eklatant, eskalant, fundamental, gewaltig, unmittelbar, blutig, emanzipatorisch. Was er meint, ist, daß also, wenn diese militanten Gruppen so weitermachen mit ihren Anschlägen, Joschka Fischer 1998 vielleicht gar nicht Bundespostminister wird.

Zwar sind es Schwule, die die besten Schwulenwitze machen, wenn aber einer Anlaß zu der Schlagzeile gibt:

Schwuler Elton John: Ich will ein Kind!

darf man schon fragen: Von sich?

Modern Talking Heads:

Schluß mit dem Chaos in der Werkzeugkiste oder im Gartenschuppen. Wenn Sie einen neuen »Spiegel«-Abonnenten werben, haben Sie die Wahl: zwischen dem Gartenprofi, einem handlichen Koffer mit 15 Kleingeräten, die sie in der Grünzone immer wieder brauchen, und dem Qualitätswerkzeug aus Chrom-Vanadium-Stahl, für das Sie dankbar sein werden,

wenn Sie beim Lesen in der Naßzelle über das Wort Grünzone vom Bidet gerutscht sind und den Syphon mitgenommen haben.

Der »Leiter des Projekts Hiroshima und Nagasaki, Geschichte und Gegenwärtigkeit« an der »HSKF« (was immer das ist) teilt mit:

Sehr geehrte Damen und Herren, wegen der Krajina-Krise ist Herr Hans Koschnick am 9. Mai in Mostar unabkömmlich. Deshalb müssen wir Ihnen heute leider mitteilen, daß er seinen ursprünglich für Dienstag, den 9. Mai 1995 um 20.00 Uhr geplanten Vortrag »Zerstörte Welt: Das Ende des Zweiten Weltkriegs – die Lehren für die Gegenwart« nicht halten kann. Mit der Bitte auch um Ihr Verständnis bin ich mit meinen besten Grüßen...

Ob er telegrafisch abgesagt hat? So?:

rede zweiter weltkrieg unmöglich – stop – dritter macht probleme – stop – bin an front u.k. – stop – h.k.

Gegenwärtige Gegenwart.